

Wirtschaftspolitik darstellen

Von Führungskräften wird in zunehmendem Maße die Fähigkeit erwartet, die vielschichtigen Wechselbeziehungen zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu begreifen und auf Grund der dabei gewonnenen Erkenntnisse volkswirtschaftlich zu handeln.

Angesichts des fortschreitenden Prozesses der europäischen Einigung und der wachsenden Globalisierung wirtschaftlicher Beziehungen wird für Technikerinnen und Techniker ein Denken und Handeln über die Grenzen von Deutschland hinaus zunehmend wichtiger.

Dieses Lernmodul trägt dazu bei, grundlegende Einsichten in wirtschaftliche Zusammenhänge zu gewinnen und die Abhängigkeiten wirtschaftlicher Vorgänge zu durchschauen.

Alle notwendigen Informationen und Arbeitsunterlagen sind in diesem Lernmodul enthalten.

Dieses Lernmodul ist im häuslichen Studium zu erarbeiten.

Der benötigte Zeitaufwand liegt bei ca. 14 Stunden.

LERNMODUL 1

Ziele

Ausgangssituation

Planung

Inhaltsverzeichnis

1 Volkswirtschaftliche Grundbegriffe	3
1.1 Gesellschaft im Wandel	3
1.2 Notwendigkeit des wirtschaftlichen Handelns.....	12
1.3 Bestimmungsgrößen einer Volkswirtschaft.....	12
1.4 Volkswirtschaftliche Produktionsverfahren	14
1.5 Wirtschaftskreislauf.....	15
2 Entstehung und Verteilung des Nationaleinkommens	17
2.1 Nationaleinkommen, der Lebensstandard und Wohlstand.....	17
2.2 Grundzüge der Besteuerung.....	22
3 Markt und Preisbildung	30
3.1 Märkte und Markttypen	30
3.2 Preisbildung	32
4 Geldwesen	45
4.1 Geld im Wirtschaftskreislauf	45
4.2 Messung des Geldwertes	48
4.3 Geldwertstörungen.....	51
5 Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	57
5.1 Konzeption der sozialen Marktwirtschaft	57
5.2 Konjunkturpolitik.....	62
5.3 Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik	66
5.4 Wirtschaftspolitische Maßnahmen	69
6 Europäische Union	78
6.1 Ziele und Aufgaben der Europäischen Union	78
6.2 Europäischer Binnenmarkt.....	82
6.3 Europäisches Währungssystem und Europäische Währungsunion.....	84
Lösungsanhang	89

1 Volkswirtschaftliche Grundbegriffe

Lernbereich

1.1 Gesellschaft im Wandel

Unter dem Begriff „Gesellschaft“ wird heute eine soziale Einheit von Menschen, die in einem komplexen Zusammenhang wechselseitig eingebrachter Fähigkeiten, Bedürfnisse und Hilfen stehen und auf einem klar definierten Territorium leben.

Weiterhin ist der Mensch von Natur aus ein nach staatlicher Gemeinschaft strebendes Wesen, das die Gesellschaft zu seiner Entfaltung benötigt.

Eine Gesellschaft ist immer einem sozialen Regelwerk mit Ge- und Verboten unterworfen, die gewissermaßen die Spielregeln für das Zusammenleben in der Gesellschaft bilden.

Die komplexen gesellschaftlichen Strukturen sind über lange Zeiträume hinweg historisch gewachsen und eng mit wirtschaftlichen, sozialen und technischen Aspekten der jeweiligen Epochen verknüpft.

Die folgende Abbildung zeigt eine Übersicht über die Gesellschaftstypen der vergangenen Epochen.


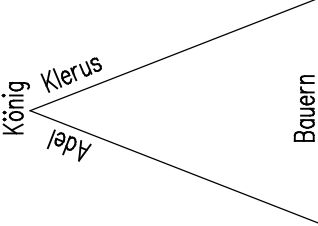
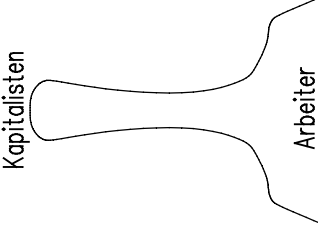
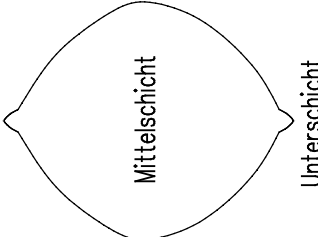
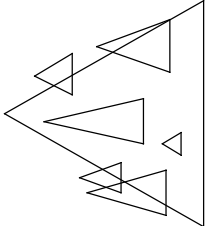
Gesellschaftstyp	Jäger und Sammler	Agargesellschaft	Indriegesellschaft		Informationsgesellschaft
	 <p>Urkommunismus</p>	 <p>Pyramide</p>	 <p>Sanduhr</p>	 <p>Zwiebel</p>	 <p>Flickenteppich</p>
Epoche	Vorgeschichte	Jungsteinzeit - Antike - Mittelalter - Frühe Neuzeit	1750	1950	1970 ff.
Wirtschaft	ohne	Ackerbau - Handwerk - Manufaktur	Industrie	Fordismus	Postfordismus - Informationstechnik
Soziale Unterschiede, Soziale Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Geringe soziale Unterschiede • Keine Ansammlung von Reichtum • Patriarchat 	<ul style="list-style-type: none"> • Wachsende soziale Unterschiede • Keine Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> • Sehr große soziale Unterschiede • Beginn der Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> • Verminderung der sozialen Unterschiede • Hohe soziale Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> • Große soziale Unterschiede • Postmaterialisten • Sehr hohe soziale Mobilität
Familie, Zusammenleben	Stamm - Clans	Großfamilie, Vielgenerationenfamilie	Großfamilie	Kleinfamilie, Kinderlose Ehe	„Restfamilie“, Lebensabschnittspartner, Allein Erziehende
Technologien	<ul style="list-style-type: none"> • Steinwerkzeuge 	<ul style="list-style-type: none"> • Sklaverei • Keramikgefäße • Städte • Ackerbau - Viehzucht 	<ul style="list-style-type: none"> • Dampfmaschinen 	<ul style="list-style-type: none"> • Auto • Elektro-Industrie • Massenproduktion • Fließband 	<ul style="list-style-type: none"> • PC - IT • Bio-Technologie

Abbildung 1 Gesellschaft im Wandel

Der soziale Wandel als Ganzes wird dabei nicht von einzelnen Menschen geplant und durch zweckgerichtete Maßnahmen verwirklicht. Sozialer Wandel vollzieht sich aber auch nicht ohne Ordnung.

Technische und wirtschaftliche Aspekte

Beschäftigt man sich mit Aspekten des gesellschaftlichen Wandels aus wirtschaftlicher Sicht, so stößt man unweigerlich auf den Begriff der „Industriegesellschaft“. Er bezeichnet die gesellschaftliche Umgestaltung, die durch die Industrielle Revolution eingeleitet wurde. Die Merkmale sind die industrielle Produktionsweise infolge systematischer Anwendung technischer Erfindungen, und der Veränderungsprozess, der über den technisch-ökonomischen Bereich hinaus einen sozialen und politischen Wandel der Gesellschaft bewirkt.

Der entscheidende Faktor, der dem ökonomischen Wandel zu Grunde liegt, ist der technische Fortschritt und die damit verbundene Steigerung der Arbeitsproduktivität. Jahrtausendlang arbeiteten die Menschen in vier Wirtschaftsbereichen: Der Jagd, der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Handel.

Die Menschen bedienten sich natürlicher Energiequellen und einfachster Werkzeuge. Dabei dienten diese auf einer ersten Stufe der technischen Entwicklung entstandenen Werkzeuge dem Ersatz der menschlichen Handarbeit oder der Verstärkung der Muskelkraft. Bestimmte technische Erfindungen waren dann die Voraussetzung für die nächsthöhere Stufe der technischen Entwicklung, der „Mechanisierung“. Der Übergang zur arbeitsteiligen und maschinellen Produktion in Fabriken bildete die Grundlage der Massenherstellungsweise, die heute unsere Produktion kennzeichnet.

Die dritte Stufe der technischen Entwicklung, die „Automation“, wurde durch die Entwicklung informationsverarbeitender Maschinen ab der Mitte des 20. Jahrhunderts eingeleitet. Hier ist besonders die Erfindung der Mikroelektronik zu nennen, die das Verhältnis von Mensch und Maschine von Grunde auf verändert hat und demzufolge auch zu einem grundlegenden Wandel der Gesellschaft führte.

Die Lebensqualität bemisst sich seitdem nicht mehr primär in der Quantität der Güter, sondern nach den erreichten Dienstleistungen aus dem Gesundheits- und Bildungswesen, aus dem Freizeit- und Kulturangebot. In der postindustriellen Gesellschaft zählen nicht mehr allein Muskelkraft und Energie, sondern vor allem Information.

So kann sich heute niemand mehr dem Einfluss des technischen Fortschritts entziehen. Er durchdringt in zunehmendem Maße nicht mehr nur die Arbeitswelt, sondern wirkt sich auch auf Schule und Freizeitgestaltung aus. Die technische Revolution lässt also nicht nur die Berufsbilder nicht mehr zur Ruhe kommen, sondern verändert auch die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten. Damit zeigt sich, dass nicht nur die industrielle Produktionsweise infolge systematischer Anwendung technischer Erfindungen verändert wird; der Veränderungsprozess geht über den technisch-ökonomischen Bereich hinaus und bewirkt einen sozialen und politischen Wandel der Gesellschaft.

Soziale Aspekte

In der Alltagserfahrung vieler Menschen ist die Pluralisierung der Lebensformen zu einem deutlichen Kennzeichen der Gegenwart geworden. Unterschiedliche Lebensauffassungen, Lebensentscheidungen, Lebensstile bestehen nebeneinander mit dem Anspruch darauf, als gleichwertig anerkannt zu werden.

Verbunden ist diese Pluralisierung mit einer Veränderung in den Werthaltungen bzw. in der Art und Weise, wie weiterhin gültig bleibende Werte angestrebt und gesichert werden. Auch religiöse oder kirchlich vermittelte Werte sind in diese Veränderungs-

prozesse mit hineingenommen; dies äußert sich in einer abnehmenden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für sie bzw. in einer deutlichen Verschiebung hinsichtlich ihrer alltagsprägenden Kraft.

Daneben treten verstärkt neue Vorstellungen, Wertmuster, Lebensbilder in Erscheinung und behaupten ihre Gültigkeit. Das Nebeneinander unterschiedlicher Wertvorstellungen und -entscheidungen ist oft verbunden mit Wertrelativierung und Wertunsicherheit. Für den Einzelnen kann diese Entwicklung eine Zunahme an Möglichkeiten der eigenständigen Gestaltung seines Lebens bedeuten. Individualisierung wird demnach fast von allen zunehmend als Lebenskonzept begriffen.

Das Leben in einer offenen, dynamischen und pluralen Gesellschaft ist allerdings auch durch eine Abnahme von Sicherheit bietenden Ordnungssystemen gekennzeichnet. Die Einbettung und Verankerung des Einzelnen in soziale Ordnungsgefüge nimmt ab, die soziale Mobilität - gleichsam eine neue soziale Beweglichkeit - nimmt demgegenüber zu.

Die Entwicklung von der Großfamilie von einst hin zur Kleinfamilie ist eine Folge. Immer weniger Kinder wachsen mit mehreren Geschwistern auf, zunehmend - vor allem im städtischen Bereich - ist die Zahl der Einzelkinder.

Die Großelterngeneration ist in vielen Haushalten nicht mehr anzutreffen. Seit den 70er-Jahren ist in Europa ein starker Geburtenrückgang zu verzeichnen. Dadurch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich gesunken.

Neben der traditionellen Kernfamilie hat die Bedeutung anderer Familienformen und -zusammensetzungen - nicht eheliche Lebensgemeinschaften, allein Erziehende, getrennt lebende Eltern, wieder verheiratete Eltern mit Kindern und Stiefkindern - zugenommen. So hat beispielsweise, einhergehend mit einer zunehmenden Individualisierung der Lebensführung und entsprechender Lebensplanung, die Zahl der allein Erziehenden deutlich zugenommen.

Familien sind leichter Veränderungen unterworfen und lösen sich leichter auf: Die deutlich zunehmende Zahl der Ehetrennungen und -scheidungen ist ein klares Indiz dafür. Auch Kinder, die in ihrer eigenen Familie diese Brüche, Beziehungsverschiebungen und Neuorientierungen nicht erleben, nehmen um sich herum diese Pluralisierung von Lebensformen wahr.

Verändert haben sich auch die Rolle und Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft. Es lässt sich anhand der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen eine zunehmende Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben feststellen. Diese Tatsache wird im öffentlichen Bewusstsein zunehmend wahrgenommen, die Bereitschaft für eine neue Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb der Familien allerdings bleibt oft noch weit hinter den Anforderungen zurück.

Dabei lassen sich durchaus widersprüchliche Folgen beobachten: Kinder und Jugendliche erfahren heute in einer Kleinfamilie vonseiten der Eltern und anderer Erwachsener mehr Beachtung, mehr Zuwendung und mehr Umsorgung; sie erleben aber auch verstärkt eine belastende Erwartungshaltung und betreuende Kontrolle, in manchen Fällen auch eine völlige Vernachlässigung von Erziehung.

Gerade im Bereich sozialer Erwartungen wird deutlich, wie sehr die sozialen Regeln der Gesellschaft und somit auch die Gesellschaft selbst einem ständigen Wandel unterworfen wird.

Demographische Aspekte

Die Bevölkerungsentwicklung eines Landes wird im Wesentlichen durch die Geburtenrate, die Lebenserwartung und das Verhältnis von Ein- und Auswanderungen bestimmt, womit sich die Demographie als interdisziplinäre Wissenschaft beschäftigt.

Geburtenrate und Lebenserwartung können recht genau aus den Zahlen der Vergangenheit abgeleitet werden. Die Migrationsströme (Ein- und Auswanderungen) können sich auf Grund politischer Entscheidungen kurzfristig ändern und sind deshalb entsprechend schwierig vorherzusagen.

Genau bekannt dagegen ist die Altersstruktur einer Bevölkerung. Auch sie ist für die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung entscheidend.

Die Vereinten Nationen gehen bei ihrer Weltbevölkerungsprognose von 2,1 Kinder pro Frau aus, was langfristig zu einer konstanten Bevölkerung führen müsste, da jede Elterngeneration durch eine gleich große Zahl an Nachkommen ersetzt würde.

Dennoch wächst nach dieser Voraussage die Weltbevölkerung von heute 6,3 auf 9,3 Mrd. Menschen im Jahr 2050. Der Grund liegt in der relativ jungen Altersstruktur. Die geburtenstarken Jahrgänge kommen erst noch in das Alter, in dem sie selbst eine Familie gründen und Kinder bekommen.

In den „älteren“ Industriestaaten dagegen ist das Bevölkerungswachstum faktisch zum Stillstand gekommen oder, wie im Falle Deutschlands, bereits negativ. Das Wachstum der Weltbevölkerung findet heute nahezu vollständig in den Entwicklungsländern statt. Die gegenläufigen Trends in Entwicklungs- und Industrieländern erhöhen vermutlich in Zukunft den globalen Migrationsdruck.

Im Jahre 1910 verdiente die Altersstruktur des Deutschen Reiches noch den Namen „Bevölkerungspyramide“: Jeder nachfolgende Jahrgang ist größer als der vorangehende, was auf eine hohe Geburtenrate hinweist, aber auch auf eine hohe Sterblichkeit, denn die Jahrgänge werden nach oben hin rasch kleiner. Im Altersaufbau von 1950 haben beide Weltkriege tiefe „Einkerbungen“ hinterlassen, die auch heute noch sichtbar sind („zerzauste Tanne“). Die aktuelle Altersstruktur ist geprägt durch die „geburtenstarken“ mittleren Jahrgänge und einen schmalen Sockel der unter 25-jährigen.

Der Geburtenrückgang der 60er-Jahre („Pillenknick“) wirkt bis in die Zukunft fort. Es „fehlen“ für künftige Geburten schon heute die Mütter und Väter, und die Geburtenrate ist mit 1,4 Kinder pro Frau so niedrig, dass jede Elterngeneration nur zu 65 Prozent durch Nachkommen ersetzt wird. Als Folge werden die jüngeren Jahrgänge immer mehr ausgedünnt, während die am stärksten besetzten Jahrgänge ins Rentenalter hineinwachsen.

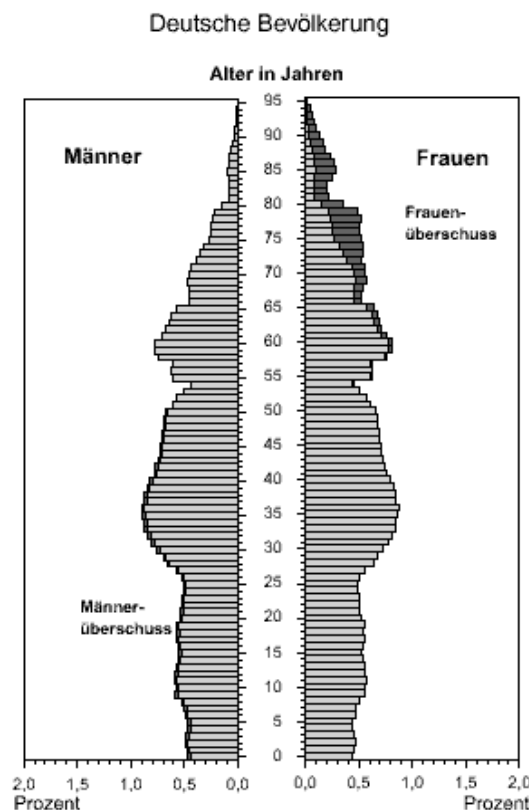


Abbildung 2 Altersaufbau der deutschen Bevölkerung (2002)

Der durchschnittliche Deutsche mittleren Alters gehört heute zu den wohlhabendsten Menschen der Welt. Wer glaubt, dieser Wohlstand sei allein „deutscher Wirtschaftskraft“ zu verdanken, übersieht die Bedeutung der Demografie: In den vergangenen Jahrzehnten haben die Deutschen davon profitiert, dass sie vergleichsweise wenige alte Menschen und Kinder zu versorgen hatten. Die einen starben im Krieg, die anderen wurden nie gezeugt. Die Prognosen der Bevölkerungswissenschaftler sind düster.

Nach Berechnungen von Bevölkerungsexperten müssten bis 2050 insgesamt 188 Millionen Menschen mehr zu- als abwandern, allein um das jetzige Verhältnis von Arbeitsfähigen zu Rentnern aufrechtzuerhalten. Die Bevölkerungszahl müsste dann auf insgesamt 299 Millionen ansteigen, denn nur eine Bevölkerung, die („von unten her“) wächst, altert nicht. Die steigenden sozialen Kosten für Pflege, Krankheit und Renten lassen sich, wenn überhaupt, nicht mit einer sozialpolitischen Maßnahme auffangen.

Man wird an mehreren Stellschrauben drehen müssen, um der demografischen Herausforderung zu begegnen. Dazu gehören in erster Linie der Umbau des Sozialstaates (längere Lebensarbeitszeiten, geringeres Rentenniveau, höhere Rentenbeiträge für aktiv Beschäftigte) und eine wirksame Familienpolitik, damit die Geburtenraten langfristig wieder steigen. Die Welt ist demografisch zweigeteilt.

Im 19. Jahrhundert waren es noch häufig die Kinder, die ihre Eltern ernährten, wenn diese nicht mehr für sich selbst sorgen konnten. An die Stelle der familiären Altersversorgung ist heute der Generationenvertrag der gesetzlichen Rentenversicherung getreten. Die Erwerbstätigen führen aus ihrem Arbeitseinkommen Beiträge ab, nicht mehr nur für die eigenen Eltern, wie in früheren Zeiten, sondern für die gesamte ältere Generation (Umlageverfahren).

Auf diese Weise bilden sie zwar keine Rücklagen, erwerben aber einen Anspruch auf Versorgung im Alter, für die wiederum die nachfolgende Generation aufkommen muss. Ein ausgeglichenes Verhältnis von aktiven Beitragszahlern und Rentnern ist die wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren dieses Rentensystems. Die „Verschlechterung“ des Altenquotienten ist das Hauptproblem der umlagefinanzierten Rente. Natürlich spielen auch Veränderungen im Erwerbsverhalten und in der Erwerbslosigkeit eine Rolle: Verlängerte Ausbildungszeiten, steigende Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung, Frühverrentung und Schwarzarbeit verringern die Einnahmen der Rentenversicherung.

Auf der Ausgabenseite sind höhere Belastungen entstanden vor allem durch eine wachsende Zahl an Rentnern, durch eine höhere Lebenserwartung und durch den früheren Einstieg in das Rentenalter. Die demografische Alterung erhöht die Ausgaben und senkt die Einnahmen aller Sozialsysteme, insbesondere auch der Kranken- und Pflegeversicherung.

Wertewandel

Die Werte der westlichen Welt haben sich von einer überwältigenden Betonung des materiellen Wohlstands und der körperlichen Sicherheit hin zu einer größeren Betonung der Lebensqualität verschoben.

Die Ursachen und Folgen dieser Veränderung sind komplex, ihr Grundprinzip lässt sich jedoch sehr einfach ausdrücken: Die Menschen neigen dazu, sich mehr mit unmittelbaren Bedürfnissen und Bedrohungen zu befassen als mit Dingen, die entfernt oder ungefährlich erscheinen. Gegenwärtig ist ein beispiellos großer Anteil westlicher Bevölkerungen unter Bedingungen außerordentlicher wirtschaftlicher Sicherheit aufgewachsen.

Die veränderte Situation auf dem Arbeitsmarkt, die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungschancen verändern das Wertgefüge in der Bundesrepublik Deutschland erneut, doch gibt es keinen Zweifel, dass sich unsere Gesellschaft seit der Mitte der 60er-Jahre erheblich in den Lebensformen, ihren sozialen Werten und in der Rolle der Einzelnen geändert hat.

Beruf und Freizeit, neue Gesellschaftsklassen

Auf Grund der Situation in modernen Industrieländern haben sich zum Beispiel folgende Klassifizierungen für unsere heutige Gesellschaft entwickelt:

Die „Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft“, die definiert wird durch den auf einem sehr hohen Niveau liegenden Lebensstandard mit dem damit verbundenen Massenkonsum.

Die „Informationsgesellschaft“, sieht sich im Gegensatz zur Vergangenheit, in der Information ein rares Gut war, heute regelrecht mit einer nicht mehr zu bewältigenden Flut von Informationen zugedeckt. In der Bundesrepublik kann man derzeit beispielsweise zwischen rund 1.700 Zeitungen, 20.000 Zeitschriften und mehreren Dutzend privater und öffentlicher Fernsehkanäle wählen. Hinzu kommen neue digitale Medien, wie das Internet.

Die „Dienstleistungsgesellschaft“, ein Begriff, der aussagen soll, dass die verschiedensten Faktoren des soziokulturellen Wandels den Dienstleistungsbereich anwachsen und so andere Gruppen (Arbeiter und Bauern beispielsweise) zunehmend schrumpfen ließen.

Die „Arbeits- und Freizeitgesellschaft“ als eine Form des Neben-, Gegen- und Ineinander zweier Gesellschaften mit eigenen Werten. Hier ist weniger die Form der Ge-

sellschaft strukturell bestimmt. Als Dilemma tritt hier die Frage auf, ob uns in der Zukunft die Arbeit ausgeht und wir zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft neueren Typs kommen werden: Eine eigene Klasse der Arbeitsplatzbesitzer, die mit ihrer Arbeit genug verdient, um sich Freizeit leisten zu können, und der anderen Klasse der Arbeitslosen oder nur teilweise Erwerbstätigen, denen freie Zeit kein Gewinn, sondern nur Zwang zur Freiheit von Arbeit ist.

Die „Erlebnisgesellschaft“, die mit dem Wohlstand der Freizeitgesellschaft einhergeht, und in der auf Grund dieses Wohlstandes und dem durch Rationalisierung und technischen Fortschritt erzielten „Mehr“ an Freizeit, das Bedürfnis nach Individualität geweckt wird und in der viele verleitet sind, im Sinne dieses Bedürfnisses ständig nach neuen Reizen, nach Erlebnissen Ausschau zu halten.

Die „Risikogesellschaft“, die für ein neues Gesellschaftsmodell steht, das sich auf dem Weg in eine andere Moderne aus den Konturen der klassischen Industriegesellschaft herausgelöst hat. Die neue moderne Industriegesellschaft ist angesichts der Veränderungen im gesellschaftlichen, aber auch im Bereich von Forschung, Technik, Wissenschaft und Politik in einen Rechtfertigungszwang geraten, die Folgen zukünftiger Entwicklungen in die künftigen Überlegungen mit einzubeziehen.

Bedürfnisse der Menschen und Knappheit der Güter

Bedürfnisse sind ein Gefühl des Mangels und der Wunsch, diesen Mangel zu beseitigen. Jeder Mensch hat eine Vielzahl an Bedürfnissen. Dabei kann man mehrere Bedürfnisebenen unterscheiden.

- **Grundbedürfnisse** nach Lebensmittel, Kleidung, Wohnung
- **Sicherheitsbedürfnisse**, d.h. der Wunsch nach Sicherung der Grundbedürfnisse auch für die Zukunft
- **Kultur- und Sozialbedürfnisse**, also der Wunsch nach Bildung, nach Leben in der Gemeinschaft, nach Geselligkeit oder nach Unterhaltung
- **Luxusbedürfnisse**, z.B. Schmuck, Modeartikel, Genussmittel

Die Grundbedürfnisse sind heute weitgehend erfüllt. Auch die Sicherung der Grundbedürfnisse wird heute vom Sozialstaat mit seinen Sozialversicherungen (z.B. Krankenversicherung, Rentenversicherung) erfüllt. Private Sicherheiten, z.B. Sparkonten, Aktiendepots, sind ebenfalls eine Absicherung für die Zukunft. Sind diese Bedürfnisse befriedigt, strebt der Mensch nach einem höheren Lebensstandard. Dadurch entstehen die Kultur- und Sozialbedürfnisse, die sich im Wunsch nach sozialen Kontakten und nach Anerkennung und Bestätigung durch andere Menschen widerspiegeln.

Jede Bedürfnisbefriedigung führt dazu, dass die vorhandenen Bedürfnisse qualitativ und quantitativ besser befriedigt werden sollen (besseres Essen, größere Wohnung) und dass die nächste Bedürfnisebene nachgefragt wird.

Die beschriebenen Bedürfnisse werden häufig als Individualbedürfnisse bezeichnet. Demgegenüber werden gemeinsam zu lösende Aufgaben wie Bildungswesen, Verkehrsnetz oder Rechtsschutz als Kollektivbedürfnisse bezeichnet. Da aber diese Bedürfnisse auch von Individuen empfunden werden, kann sich die Unterscheidung in Individual- und Kollektivbedürfnisse nur darauf beziehen, wie diese befriedigt werden. Entweder durch den Staat oder durch den Einzelnen.



Abbildung 3 Bedürfnispyramide

Die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung bezeichnet man als **Güter**. Diese treten auf als **freie Güter** und als **wirtschaftliche Güter**. Freie Güter gibt es in der Natur in ausreichender Menge und stehen kostenlos zur Verfügung (z.B. Luft zum Atmen). Wirtschaftliche (knappe) Güter werden vom Menschen hergestellt (z.B. Kleidung) oder kommen nur selten vor (z.B. Edelsteine). Deshalb stehen sie nur begrenzt zur Verfügung. Zu den knappen Gütern gehören **Produktionsgüter** (z.B. Rohstoffe, Maschinen), **Konsumgüter** (z.B. Wohnungen) und **Dienstleistungen** (z.B. ärztliche Behandlung). Der Wert eines Gutes richtet sich nach dessen Knappheit. Je knapper ein Gut ist, desto höher ist sein Wert. Auch scheinbar freie Güter können zu knappen und damit wertvollen Gütern werden (z.B. sauberes Wasser).

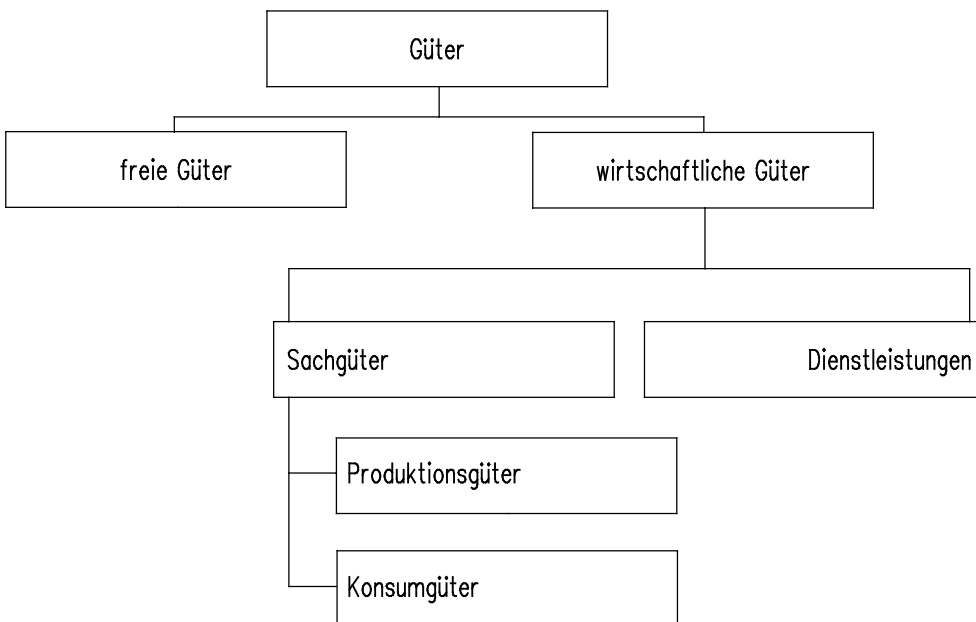


Abbildung 4 Die Arten der Güter

1.2 Notwendigkeit des wirtschaftlichen Handelns

Wie können trotz der Knappheit der Güter die menschlichen Bedürfnisse befriedigt werden? Da die menschlichen Bedürfnisse unbegrenzt sind, die zur Verfügung stehenden Güter jedoch nicht, muss der Mensch durch sinnvolles Planen und Haushalten versuchen, diesen Unterschied auszugleichen. Dieses nennt man **Wirtschaften**. Zu diesem Zweck müssen die Produktionsgüter so eingesetzt werden, dass eine optimale Gütermengenkombination angeboten werden kann.

Zudem versucht jeder Mensch vernünftig und für sich optimal, die Güter nachzufragen, die seinen Bedürfnissen am meisten entsprechen. Den Ort, an dem Angebot und Nachfrage zusammenkommen, nennt man **Markt**. Dieses kann nicht nur der Wochenmarkt oder das Kaufhaus sein; man versteht darunter auch örtlich ungebundene Märkte wie den Arbeitsmarkt oder den Kapitalmarkt. Der jeweils aktuelle Wert eines Gutes wird durch das Angebot und die Nachfrage nach diesem Gut bestimmt. Diesen Wert nennt man den **Preis**.

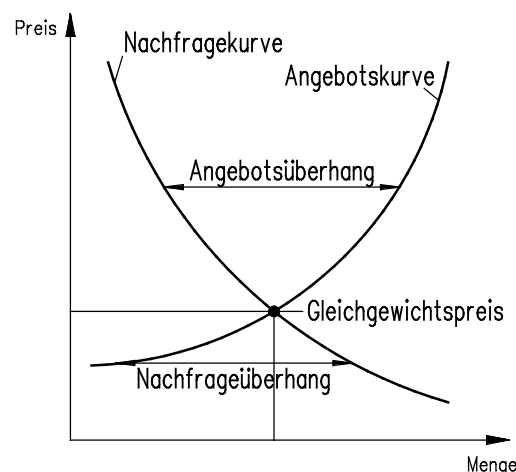


Abbildung 5 Angebot und Nachfrage auf Märkten

1.3 Bestimmungsgrößen einer Volkswirtschaft

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung in Zeitungen über volkswirtschaftliche Themen stößt man auf immer wiederkehrende Begriffe. Diese sollen im Folgenden erläutert werden.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Summe der Geldwerte aller in einem Jahr erzeugten Sachgüter und Dienstleistungen. Es werden jedoch nur die tatsächlich am Markt gehandelten Produkte in die Statistik einbezogen. So werden z.B. Hausarbeit oder Schwarzarbeit nicht mitberechnet.

Die jährliche Steigerung des Bruttoinlandsproduktes wird als Wirtschaftswachstum bezeichnet. Hierbei ist zu beachten, dass auch die Veränderung des Geldwertes das Wirtschaftswachstum beeinflusst. Bleibt die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen gleich, muss aber für diese Güter am Markt ein höherer Preis bezahlt werden (Sinken des Geldwertes), so würde sich allein durch die Inflation (Preisanstieg = jährlicher Wertverlust des Geldes) das Bruttoinlandsprodukt erhöhen.

Um das wirkliche Wirtschaftswachstum zu bestimmen, berechnet man das reale Bruttoinlandsprodukt:

Bruttoinlandsprodukt
abzgl. **Preisanstieg** in %

= **reales Bruttoinlandsprodukt**

Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kann also durchaus negativ sein, auch wenn das Bruttoinlandsprodukt nominal gewachsen ist.

Das Bruttonationaleinkommen (BNE; früher Bruttosozialprodukt BSP) zeigt an, welcher Wert von den **Staatsbürgern** eines Landes geschaffen wurde, im Gegensatz zum BIP, das anzeigt, welcher Wert von den **in einem Land** wohnenden Menschen erwirtschaftet wurde. Beim deutschen BNE werden also die Einnahmen von Deutschen im Ausland mitgerechnet, während die Einnahmen von Ausländern in Deutschland nicht mitgerechnet werden.

Daten für Deutschland	
Bruttoinlandsprodukt	2302,70 Mrd. €
Bruttonationaleinkommen	2318,83 Mrd. €
Wirtschaftswachstum	+ 2,5 %
Inflationsrate	+ 1,7 %

Tabelle 1 Daten für Deutschland 2006

Ausgehend vom Bruttonationaleinkommen wird das Nettonationaleinkommen (NNE) berechnet. Maschinen und Anlagen verlieren durch die Nutzung beständig an Wert. Dieser Wert muss ersetzt werden. Dieses geschieht durch Abschreibungen, um die das Bruttonationaleinkommen vermindert wird. Daraus ergibt sich das Nettonationaleinkommen.

Berechnet man die Differenz aus indirekten Steuern (Umsatz- und Verbrauchsteuern) und aus Subventionen (staatliche Förderungsmittel, Steuervergünstigungen) mit, so erhält man das Volkseinkommen. Dieses ist die Summe aller Einzeleinkommen einer Volkswirtschaft. Dazu gehören die Einkommen der Arbeitnehmer, der Unternehmer und der Kapitaleigentümer.

Bruttonationaleinkommen
– Abschreibungen
= **Nettonationaleinkommen**
– indirekte Steuern + Subventionen
= **Volkseinkommen**

Das Volkseinkommen steht also in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung des Bruttonationaleinkommens und damit auch des Wirtschaftswachstums. Um eine fortlaufende Erhöhung des Lebensstandards in einer Volkswirtschaft zu erreichen ist es also notwendig, ein stetiges Wirtschaftswachstum zu erzielen.

1.4 Volkswirtschaftliche Produktionsverfahren

In einer Volkswirtschaft werden Sachgüter und Dienstleistungen produziert. Dies geschieht durch den Einsatz von Arbeitskräften, Maschinen, Grundstücken und Gebäuden.

Die Herstellung verschiedener Produkte unterscheidet sich durch den Umfang der eingesetzten Produktionsmittel. Es gibt die dauerhaften Produktionsmittel, die **Produktionsfaktoren**, die nicht selbst in die produzierten Güter mit einfließen.

Produktionsfaktoren sind Boden, Arbeit und Kapital. Zum Boden gehören die Bodenflächen und die Bodenschätze, Arbeit ist das gesamte Arbeitskräftepotenzial und Kapital sind Maschinen, Gebäude, Straßen, aber auch technisches Wissen (z.B. Patente). Eine Veränderung des Kapitalbestandes bezeichnet man als **Investition**. Unterschieden von den Produktionsfaktoren werden die nicht dauerhaften Produktionsmittel, die in die Produktion mit einfließen, also z.B. Vorprodukte und Rohstoffe.

Es entstehen **produzierte Güter**. Das können wieder Produktionsmittel (Vorprodukte, Maschinen) sein, aber auch Konsumgüter, die der Bedürfnisbefriedigung dienen (z.B. Nahrungsmittel, Fernseher). Die produzierten Güter können auch unterschieden werden in private Güter, die von privaten Unternehmen und Haushalten hergestellt werden und öffentliche Güter, die vom Staat erstellt werden. Dazu gehören Bildung, öffentliche Sicherheit usw.

Es kann immer nur eine begrenzte Menge an Gütern hergestellt werden, weil der Bestand der Produktionsfaktoren in einer Volkswirtschaft kurzfristig begrenzt ist, also nur langfristig verändert werden kann.

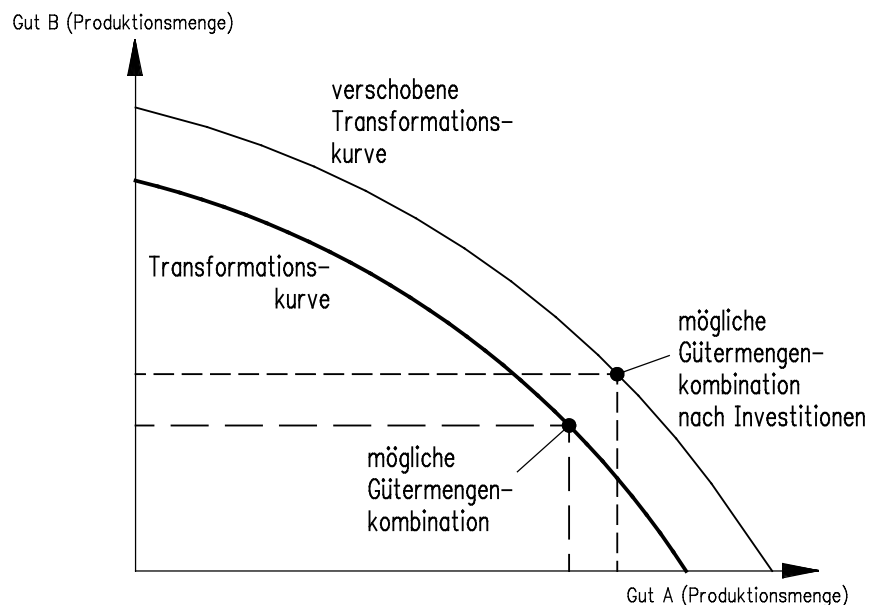


Abbildung 6 Volkswirtschaftliche Transformationskurve

Die **volkswirtschaftliche Transformationskurve** macht deutlich, dass die Produktion eines Gutes auch Einfluss auf die Produktion anderer Güter hat. In der vereinfachten Darstellung wird angenommen, dass in einer Volkswirtschaft nur zwei Güter hergestellt werden (Gut A und Gut B). Von jedem der beiden Güter kann mit den vorhandenen Produktionsfaktoren nur eine bestimmte Höchstmenge produziert werden (z.B. 500 Einheiten von Gut A). Um die Bedürfnisse nach beiden Gütern optimal zu befriedigen, kann von beiden Gütern jeweils nur weniger als die Höchstmenge hergestellt werden.

Die Mehrproduktion von einem Gut bedingt also immer die Verringerung der Produktion eines anderen Gutes. Eine Mehrproduktion von beiden Gütern ist nur möglich, wenn es gelingt, die Transformationskurve nach außen zu verschieben. Das kann geschehen durch einen Mehreinsatz von Produktionsfaktoren, also durch neue und bessere Maschinen, durch Einstellung von neuen Arbeitskräften oder durch optimierte Produktionsverfahren.

Um die vorhandenen Produktionsmittel optimal ausnutzen zu können, gibt es in entwickelten Volkswirtschaften ein System der **Arbeitsteilung**. D.h. die Produktion wird in einzelne Teilschritte zerlegt, die von jeweils spezialisierten Arbeitern, Maschinen und Betrieben ausgeführt werden.

Hier wird unterschieden zwischen drei Formen der Arbeitsteilung: Die innerbetriebliche, die zwischenbetriebliche und die internationale Arbeitsteilung. Eine weit reichende Arbeitsteilung bedingt natürlich eine genaue Abstimmung der verschiedenen Produktionsvorgänge. Auch dürfen die Wünsche der Verbraucher in dem Geflecht der Arbeitsteilung nicht aus den Augen verloren werden.

1.5 Wirtschaftskreislauf

In einer Volkswirtschaft gibt es zwei große Gruppen. Die erste wird gebildet von den privaten Haushalten, die zweite von den Unternehmen. Wie beide Gruppen in einer Marktwirtschaft miteinander verbunden sind, soll im Folgenden erläutert werden. Um das Modell möglichst einfach zu halten, werden einige Einschränkungen gemacht: Die außenwirtschaftlichen Beziehungen und die staatlichen wirtschaftlichen Eingriffe werden vernachlässigt.

Die Beziehungen zwischen Haushalten und Unternehmen gehen in zwei Richtungen, die sich auf den Märkten für Konsumgüter und für Produktivleistungen treffen. Auf dem Markt für Konsumgüter treten die privaten Haushalte als Nachfrager, die Unternehmen als Anbieter auf. Die Käufe werden mit Geld bezahlt. Der Geldstrom fließt also von den Haushalten zu den Unternehmen, der Güterstrom in die entgegengesetzte Richtung. Auf dem Markt für Produktivleistungen bieten die Haushalte ihre Arbeitskraft an. Diese fließt also in Richtung der Unternehmen und wird von diesen bezahlt. Das Geld fließt also in die Haushalte.

Auf dem Konsumgütermarkt wird entschieden, welche Güter in welchen Mengen produziert werden. Zudem wird der Preis der Güter durch Angebot und Nachfrage reguliert. Wird ein Gut stark nachgefragt, so steigt der Preis des Gutes. Dadurch steigen die Gewinnmöglichkeiten für die Unternehmen und die Produktion wird ausgeweitet. Die Haushalte entscheiden also durch ihr Nachfrageverhalten, was am Markt angeboten wird.

Das Ausweiten der Produktion durch die gestiegene Nachfrage führt auch zu einer stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften am Markt für Produktivleistungen. Der Preis für diese Leistungen wird hier durch die Nachfrage der Unternehmen und das Angebot der Haushalte bestimmt.

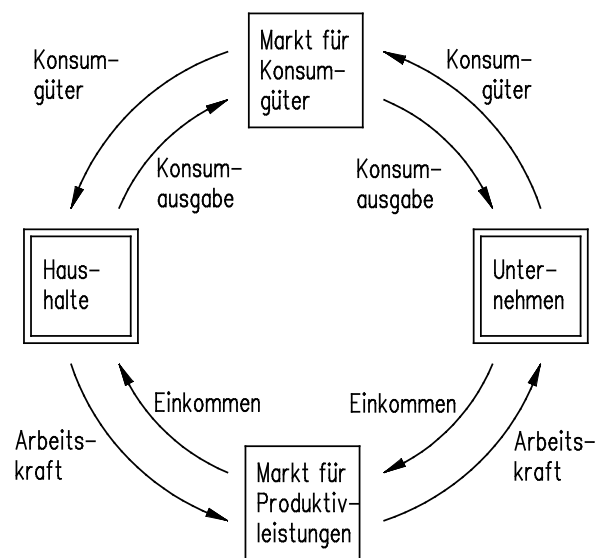


Abbildung 7 Der vereinfachte Wirtschaftskreislauf

Aufgaben

Aufgabe 1

Welchen Einfluss hat Werbung bei der Entstehung von Bedürfnissen?

Aufgabe 2

Erklären Sie den Unterschied zwischen Produktionsgütern und Konsumgütern! Nennen Sie Beispiele!

Aufgabe 3

Warum können freie Güter zu wirtschaftlichen Gütern werden? Erklären Sie an einem Beispiel!

Aufgabe 4

Warum muss der Mensch wirtschaften?

Aufgabe 5

Was ist der Unterschied zwischen realem BIP und nominalem BIP?

Aufgabe 6

Was versteht man unter Wirtschaftswachstum?

Aufgabe 7

Was sind Produktionsfaktoren?

Aufgabe 8

Erläutern Sie die Vor- und Nachteile von Arbeitsteilung!

2 Entstehung und Verteilung des Nationaleinkommens

Lernbereich

2.1 Nationaleinkommen, der Lebensstandard und Wohlstand

Das **Bruttonationaleinkommen** haben wir eingeführt als den Wert, der von den Staatsbürgern eines Landes innerhalb eines Jahres geschaffen wurde. Wie entstehen diese Werte, wer trägt zu dieser Wertschaffung bei? Diese Fragen sollen im Folgenden geklärt werden.

Eine Volkswirtschaft kann in **drei Sektoren** aufgeteilt werden: in den Sektor Unternehmen, in den Sektor private Haushalte und in den Sektor Staat. Die staatlichen Unternehmen (z.B. Deutsche Bahn) werden zum Sektor Unternehmen gezählt. In allen drei Sektoren werden Güter und Dienstleistungen produziert und damit Werte geschaffen.

Beispiele:

- Die privaten Haushalte „produzieren“ Arbeitskraft, die den Unternehmen gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt wird.
- Unternehmen produzieren Konsum- und Produktionsgüter sowie Dienstleistungen (z.B. Fernseher, Maschinen, Rechtsberatung).
- Der Staat produziert Dienstleistungen wie Bildung an Schulen durch Lehrer.

Die Summe der jeweils in den Sektoren produzierten Werte sind die Produktionswerte der Sektoren Unternehmen, private Haushalte und Staat. Insgesamt ergeben diese Werte den Produktionswert einer Volkswirtschaft.

Beispiel:

Ein forstwirtschaftlicher Betrieb produziert Holz. Dieses Holz verkauft der Betrieb für 300 € als Rohstoff an einen Papierhersteller. Der Produktionswert des forstwirtschaftlichen Betriebes beträgt 300 €. Der Papierhersteller produziert aus dem Holz Papier für 800 €. Er produziert also Waren im Wert von 800 €. Für diesen Preis verkauft er das Papier an eine Druckerei. Diese druckt auf dem Papier Zeitungen und verkauft diese Zeitungen für 1400 € an private Haushalte. Der Produktionswert der Druckerei beträgt demnach 1400 €. Folglich beträgt die Summe der Produktionswerte dieser drei Unternehmen $1400 € + 800 € + 300 € = 2500 €$.

Wie fließen diese 2500 € in die Berechnung des BNE ein? Sind diese 2500 € wirklich der Wert der neuproduzierten Güter, also der Zeitungen, des Papiers und des Holzes? Es ist offensichtlich, dass die Druckerei und der Papierhersteller jeweils Produkte (Vorleistungen) eines anderen Betriebes einbringen müssen, um ihre eigenen Produkte herstellen zu können. Der Papierhersteller benötigt Vorprodukte im Wert von 300 € und die Druckerei Vorprodukte im Wert von 800 €. Um den wirklichen Gesamtwert der neuproduzierten Güter zu berechnen, müssen also von den Produktionswerten der einzelnen Unternehmen noch die erhaltenen Vorleistungen abgezogen werden. In dem Beispiel erhält man demnach folgende Werte:

$$\begin{array}{rclcl} \text{Produktionswert} & - & \text{Vorleistungen} & = & \text{Bruttoinlandsprodukt} \\ 2500 \text{ €} & - & 1100 \text{ €} & = & 1400 \text{ €} \end{array} \quad (\text{Formel 1})$$

Also ist das Bruttoinlandsprodukt gleich dem Produktionswert der Volkswirtschaft abzüglich der erhaltenen Vorleistungen. Dieser Wert entspricht genau dem Wert der Güter, die für die letzte Verwendung, egal ob Konsum oder Investition, zur Verfügung gestellt werden. Im Beispiel sind das die Zeitungen im Wert von 1400 €.

Das **Bruttoinlandsprodukt** ist der Wert der in einem Jahr im Inland produzierten Güter. Dieser Wert ist aber nicht nur von Inländern geschaffen worden. Ausländische Produktionsfaktoren, z.B. im Ausland wohnende, aber im Inland arbeitende Ausländer (im Inland arbeitende ausländische Gastarbeiter gelten als Inländer), ausländische LKWs, ausländische Patente, haben ebenfalls zur Produktion und damit zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen. Das Gleiche gilt natürlich auch umgekehrt für inländische Produktionsfaktoren im Ausland, die zum dortigen Bruttoinlandsprodukt beitragen.

Das **Bruttonationaleinkommen** berechnet man nun, indem man vom Bruttoinlandsprodukt die produzierten Werte der ausländischen Produktionsfaktoren im Inland subtrahiert und die Einkommen der Inländer im Ausland addiert. Das Bruttonationaleinkommen kann deshalb auch als Inländerprodukt bezeichnet werden, im Gegensatz zum Inlandsprodukt (Bruttoinlandsprodukt).

	1985	1998	2002	2006
Schleswig-Holstein	63,9	117,1	62,4	69,7
Hamburg	86,6	146,4	70,4	86,0
Niedersachsen	181,0	331,4	171,5	196,5
Bremen	26,3	42,0	21,7	25,3
Nordrhein-Westfalen	490,2	826,9	429,8	500,7
Hessen	182,9	353,1	184,6	204,1
Rheinland-Pfalz	96,3	161,0	88,5	100,3
Baden-Württemberg	290,2	546,3	288,4	337,2
Bayern	325,0	643,1	348,8	408,3
Saarland	27,8	45,7	24,5	28,0
Berlin (West)	69,7	-	-	-
Berlin (Gesamt)	-	155,8	72,7	80,3
Mecklenburg-Vorpommern	-	48,4	28,1	32,3
Brandenburg	-	77,8	42,1	49,5
Sachsen-Anhalt	-	71,4	40,8	50,0
Sachsen	-	125,3	71,7	88,7
Thüringen	-	66,5	38,3	45,8
Gesamt	1839,9	3758,2	1984,3	2302,7

Tabelle 2 Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern in Mrd. DM, ab 2002 in Mrd. €

Wir haben gesehen, dass jeder Wirtschaftssektor zur Erstellung des Bruttonationaleinkommens beiträgt. Diese erwirtschafteten Werte werden den Wirtschaftssubjekten in den drei Sektoren wieder zur Verfügung gestellt. Die Unternehmen machen Gewinne (wenn ein Unternehmen dauerhaft Verluste erzielt, wird das Unternehmen nicht lange überleben können), die privaten Haushalte erzielen Einkommen durch ihre zur Verfügung gestellte Arbeitskraft und der Staat erhält seinen Anteil am Bruttonationaleinkommen durch Gebühren und Steuern.

Wie werden die erwirtschafteten Werte auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte verteilt? Dies ist eine ganz zentrale Frage in jeder Volkswirtschaft. Die Rahmenbedingungen für die Güterverteilung werden durch die vom Staat vorgegebenen Wirtschaftsordnung entscheidend mitbestimmt. Wirtschaftspolitik betrifft also nicht nur den Staat oder die Unternehmen, sie hat Einfluss auf den Lebensstandard jedes Einzelnen.

Das Bruttonationaleinkommen erfasst die volkswirtschaftliche Gesamtleistung gütermäßig. In direktem Zusammenhang mit dem Bruttonationaleinkommen steht der Begriff des Volkseinkommens. Das **Volkseinkommen** ist die einkommensmäßige Erfassung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Die Frage des Lebensstandards und des Wohlstandes der Bevölkerung ist also ein Problem der Verteilung des Volkseinkommens.

Das Volkseinkommen setzt sich zusammen aus den Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (Löhne) und den Einkommen aus Unternehmertätigkeiten (dazu gehören auch die Einkommen aus Vermögen, also z.B. Zinseinnahmen).

Wie kann nun eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens auf diese beiden Bereiche aussehen? Ist es z.B. gerechtfertigt, dass die Gewinne der Unternehmer häufig höher sind als die Löhne der Arbeiter und Angestellten?

Betrachten wir ein Unternehmen mit 100 Arbeitern und einem Unternehmer. Wie kann die Leistung jedes Einzelnen bewertet werden? Fällt ein Arbeiter aus, so wird sich dieser Leistungsausfall auf den Unternehmensertrag nur relativ gering auswirken. Der Ausfall des Unternehmers hätte demgegenüber wahrscheinlich größere Auswirkungen. Sein Anteil am Unternehmensertrag ist also größer als der eines einzelnen Arbeiters. Kommen hohe Gewinne eines Unternehmens nur durch außerbetriebliche Faktoren zu Stande (z.B. günstige Wechselkurse, starke Konjunktur), so ist der Anteil des Unternehmers an diesen höheren Gewinnen nicht höher zu bewerten als der eines seiner Arbeitnehmer.

Hier wären Forderungen der Arbeitnehmer nach höheren Löhnen also berechtigt. Hohe Unternehmergewinne können auch dadurch berechtigt sein, weil der Unternehmer ein hohes Risiko eingeht, indem er sein Privatvermögen für das Unternehmen einsetzt. Dieses Risiko wird er nur bereit sein einzugehen, wenn er den Anreiz entsprechend hoher Gewinne hat. Andererseits braucht der Unternehmer motivierte und zufriedene Arbeiter, wenn sein Unternehmen Erfolg haben soll. Dieses erreicht er zum einen durch entsprechende Rahmenbedingungen (z.B. angemessene Urlaubsregelungen) und natürlich durch Löhne, die den Leistungen und den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen, und die diese zufrieden stellen.

Wie werden die Löhne der Arbeitnehmer festgesetzt? In der Bundesrepublik Deutschland sind für das Aushandeln der Löhne die **Tarifparteien** zuständig, das sind die Verbände der Arbeitgeber und die Verbände der Arbeitnehmer, also der Gewerkschaften. In Verhandlungen, die frei von staatlicher Einmischung sind (man spricht hier von **Tarifautonomie**), wird versucht, einen **Tarifvertrag** auszuhandeln, der dann für beide Tarifpartner für die Vertragslaufzeit bindend ist. Der Tarifvertrag legt die Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen fest.

Gelingt es den Tarifparteien nach dem Auslaufen eines Tarifvertrages nicht, sich durch Verhandlungen auf einen neuen Vertrag zu einigen, so haben die Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter das Recht, einen Streik, d.h. Arbeitsniederlegungen, auszurufen. Das Recht auf Arbeitskämpfe ist in Artikel 9 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland festgelegt. Allerdings ist die Rechtmäßigkeit eines Streiks an Bedingungen geknüpft. Es müssen vorher alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, die Friedenspflicht während der Laufzeit eines Tarifvertrages ist einzuhalten und der Streik darf insbesondere keine politischen Ziele verfolgen.

Der Versuch einer gerechten Einkommensverteilung darf aber nicht den Arbeitgebern und Arbeitnehmern allein überlassen werden. Der Staat muss außerhalb der Tarifverträge mit Gesetzen regelnd eingreifen. Wir haben gesehen, dass der Staat durch Gesetze das Recht auf Arbeitskämpfe sichert. Auch durch andere Gesetze soll eine gerechte Verteilung des Wohlstandes erreicht werden. Artikel 14 (Abs. 2) Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Eine weitere Möglichkeit des Staates bei der Beeinflussung der Einkommensverteilung ist die Steuergesetzgebung. Wer ein hohes Einkommen erzielt, muss entsprechend hohe Steuern zahlen, wer nur wenig verdient, zahlt auch nur wenig Steuern. Direkte Zahlungen des Staates (z.B. Kindergeld, Erziehungsgeld) sind ebenfalls Wege, die Einkommensverteilung gerechter zu gestalten.

Welcher Zusammenhang besteht nun zwischen der Höhe und dem Wachstum des Bruttonationaleinkommens und dem Lebensstandard oder dem Wohlstand der Bevölkerung eines Landes?

Zunächst ist zu beachten, dass einige Leistungen bei der Berechnung des Bruttonationaleinkommens nicht mitberechnet werden, weil sie nicht an einem Markt gehandelt werden und deshalb preislich nicht erfassbar sind. Dazu gehören insbesondere Hausarbeit, Kindererziehung und Heimwerkarbeiten.

Beispiel:

Heiratet eine Frau einen Handwerker, der vorher Reparaturarbeiten im Haushalt der Frau gegen Bezahlung erledigt hat, so wird er diese Arbeiten in Zukunft unentgeltlich erledigen. Das Bruttonationaleinkommen wird dadurch vermindert, der Lebensstandard ändert sich jedoch nicht.

Auch die so genannte Schwarzarbeit kann bei der Berechnung des Bruttonationaleinkommens bzw. des Bruttoinlandsproduktes nicht mit einbezogen werden, da diese Leistungen nicht offiziell an Märkten gehandelt werden. Nach Schätzungen wurden im Jahr 2003 in Deutschland durch Schwarzarbeit 380 Milliarden € erwirtschaftet. Das entspräche einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 16,5 %. Das Mitbewerten der Schwarzarbeit würde das Bruttonationaleinkommen also erheblich steigern, während der Lebensstandard sich nicht wesentlich ändern würde. Durch eine Überführung der Schwarzarbeit in offizielle Beschäftigungsverhältnisse würde der Staat natürlich erhebliche zusätzliche Steuereinnahmen erzielen können, die dem Wohlstand der Gesamtbevölkerung dienen würden.

Eine Steigerung des Bruttonationaleinkommens kann auch negative Ursachen haben.

Beispiel: Ein Verkehrsunfall mit Verletzten.

Nach einem solchen Unfall werden eine Vielzahl von Dienstleistungen und Gütern benötigt, die alle in das Bruttonationaleinkommen eingehen. Der Einsatz eines Rettungswagens wird benötigt. Im Krankenhaus werden die Dienste von Ärzten und Krankenpflegern in Anspruch genommen. Es werden Medikamente verbraucht, die hergestellt werden müssen. Es wird ein Abschleppwagen eingesetzt, der das Auto in eine Werkstatt bringt. Dort verwenden die Monteure Ersatzteile zur Reparatur. Anschließend werden noch die Dienstleistungen von Versicherungen in Anspruch genommen. Alle diese Güter und Dienstleistungen fließen in das Bruttonationaleinkommen ein, während der Wertverlust des Autos keine Berücksichtigung findet, da das Auto ein privates Konsumprodukt ist. Dessen Wertverlust wird im Gegensatz zum Wertverlust von Produktionsgütern nicht durch Abschreibungen berücksichtigt.

Wir sehen, dass in diesem Fall der Anstieg des Bruttonationaleinkommens nicht mit einem Anstieg des Wohlstandes einhergeht.

Ein hohes Bruttonationaleinkommen pro Einwohner ist nur ein Hinweis auf einen hohen **Lebensstandard** der Bevölkerung. Die Verteilung des Volkseinkommens ist dabei ein wichtiger Aspekt. Wenn sich ein Großteil des Volkseinkommens nur auf wenige Einwohner verteilt, so hat die Mehrheit der Bevölkerung dennoch keinen großen Wohlstand. Viele Länder der sog. Dritten Welt können als Beispiel hierfür angesehen werden. In diesen Ländern ist es oft so, dass ein ganz großer Teil der Bevölkerung in großer Armut lebt, während eine kleine Führungsschicht erheblichen Reichtum genießt. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird in den letzten Jahren häufig davon gesprochen, dass sich die „Wohlstandsschere“ zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet.

Als Nächstes stellen sich die Fragen: Was ist eigentlich **Wohlstand**? Kann man Wohlstand aus rein finanzieller Sicht betrachten? Welche anderen Faktoren beeinflussen den Wohlstand?

Ein möglicher Hinweis auf einen hohen Lebensstandard in einem Land kann die **Lebenserwartung** der Bevölkerung sein. Haben die Menschen eine hohe Lebenserwartung, so kann diese ihre Ursachen z.B. in einer guten Absicherung durch Renten-

zahlungen oder in der medizinische Versorgung haben. Indikatoren dafür könnten die Anzahl der Einwohner pro Arzt oder die Kindersterblichkeit sein.

Eine geringe **Arbeitslosenquote** in einem Land kann ebenfalls ein Hinweis auf einen hohen Lebensstandard sein. Hier ist aber zu beachten, dass solche Statistiken in jedem Land nach anderen Kriterien aufgestellt werden, sodass die Quoten oft nicht direkt vergleichbar sind. Zudem ist zu beachten, wie die Arbeitslosen durch staatliche Hilfen abgesichert sind.

Auch die **Inflationsquote** kann Aufschluss über die Lebensqualität in einem Land geben. Eine hohe Inflation bedeutet, dass Sparen kaum möglich ist, weil das Ersparte irgendwann weniger oder keinen Wert mehr hat. Stabile Preise geben demgegenüber Sicherheit und haben somit positiven Einfluss auf das Leben der Menschen. Deshalb steht in vielen Ländern bei den wirtschaftspolitischen Zielen die Preisstabilität ganz oben.

Ein wichtiger Aspekt ist auch das **Schul- und Ausbildungssystem** in einem Land. Kinder und Jugendliche, die nicht Lesen und Schreiben lernen, haben kaum Möglichkeiten, eine gute Berufsausbildung zu bekommen. Diese ist aber wichtig, um Anteil am Wohlstand zu bekommen.

Staat	BNE pro Kopf	Inflation	Arbeitslosenquote	Alphabetisierungsquote	Kindersterblichkeit	Einwohner pro Arzt
Schweiz	42280 \$	0,6 %	2,8 %	99,0 %	0,4 %	510
Japan	35610 \$	– 0,9 %	5,4 %	99,0 %	0,4 %	610
USA	34290 \$	1,6 %	5,8 %	99,0 %	0,8 %	381
Großbritannien	25120 \$	3,2 %	5,2 %	99,0 %	0,6 %	611
Niederlande	24330 \$	3,9 %	2,7 %	99,0 %	0,5 %	398
Deutschland	23560 \$	1,4 %	9,8 %	99,0 %	0,5 %	298
Frankreich	22730 \$	1,7 %	8,9 %	99,0 %	0,5 %	333
Mexiko	5530 \$	5,7 %	2,7 %	91,1 %	3,3 %	621
Polen	4230 \$	2,0 %	18,1 %	99,0 %	1,0 %	436
Brasilien	3070 \$	12,5 %	10,5 %	84,9 %	4,0 %	847
Südafrika	2820 \$	9,6 %	37,0 %	84,9 %	6,9 %	1523
Russland	1750 \$	15,0 %	7,1 %	99,0 %	2,2 %	220
China	890 \$	– 0,8 %	9,0 %	83,5 %	4,1 %	3446
Indien	460 \$	3,6 %	10,4 %	56,5 %	9,8 %	2439
Burkina Faso	220 \$	3,0 %	k.A.	23,0 %	19,9 %	27158

Tabelle 3 Internationaler Vergleich von Wohlstandskriterien. Ausgewählte Länder, Werte von 2002

Zudem gibt es eine Reihe anderer Faktoren, die den Lebensstandard beeinflussen können, deren statistische Erfassung aber schwierig ist. Dazu gehören ein gut funktionierendes Gerichtswesen, innere und äußere Sicherheit und eine intakte Umwelt. So wird der Verbrauch von natürlichen Umweltressourcen (z.B. Verschmutzung von Luft und Gewässern, Landschaftsverbrauch) bei der Berechnung des Bruttonationaleinkommens nicht durch Abschreibungen berücksichtigt. Würde dies geschehen, so hätten beispielsweise der PKW- und LKW-Verkehr erheblichen negativen Einfluss auf das Bruttonationaleinkommen.

Um all diese Aspekte des Wohlstandes beeinflussen und verbessern zu können, ist aber eine gewisse Höhe und ein stetiges Wachsen des Volkseinkommens und damit des Bruttonationaleinkommens notwendig. Zum Beispiel müssen Polizisten bezahlt und ausgerüstet werden, um die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Das Bruttonationaleinkommen und das Volkseinkommen sind also ganz wichtige Kenndaten jeder Volkswirtschaft, deren Aussagekraft aber stets kritisch hinterfragt werden muss.

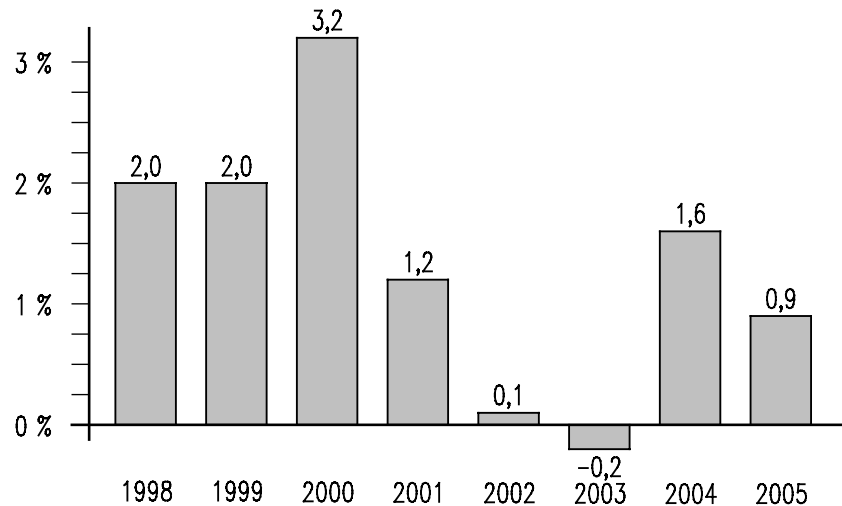


Abbildung 8 Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland
Veränderung des Bruttoinlandsproduktes gegenüber den Vorjahren

2.2 Grundzüge der Besteuerung

Steuern: die von den öffentlichen Gebietskörperschaften ihren Bürgern ohne Anspruch auf Gegenleistung auferlegten Zwangsabgaben. Zölle fallen auch darunter, aber nicht Gebühren und Beiträge. Die Steuern dienen neben der fiskalischen Einnahmegewinnung als wirksame Mittel der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Fast alle wirtschaftlichen Vorgänge sind in den heutigen Kulturstaaten irgendwie Gegenstand der Besteuerung. Hauptgrundsätze der Besteuerung sind u.a. Gleichmäßigkeit, Bestimmtheit und Billigkeit.

In einer Volkswirtschaft sind im Wesentlichen drei Sektoren am Wirtschaftsleben beteiligt. Den ersten Sektor bilden die privaten Haushalte, den zweiten die Unternehmen und den dritten der Staat.

Im Folgenden steht der dritte Sektor, also der **Staat**, im Mittelpunkt der Betrachtungen. Es wird geklärt, was unter dem Begriff Staat zu verstehen ist, welche Aufgaben der Staat in einer Volkswirtschaft erfüllt und wie er diese Aufgaben finanziert. Als Beispiel wird die Bundesrepublik Deutschland betrachtet.

Was ist der Staat?

Die Bundesrepublik Deutschland kann in drei Ebenen betrachtet werden. Die oberste Ebene wird als **Bund** bezeichnet. Der Bund wird politisch vertreten durch den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, die Bundesregierung und den Bundestag. Der Bund ist aufgeteilt in insgesamt 16 **Länder** (z.B. Niedersachsen, Thüringen, Berlin) mit ihren politischen Institutionen. In den Ländern gibt es auf der untersten Betrachtungsstufe die **Gemeinden**, die ebenfalls politische Vertretungen haben. Ebenfalls zum Sektor Staat werden die Sozialversicherungen (Renten-, Krankenversicherungen etc.) gezählt.

Welche Aufgaben hat der Staat in einer Volkswirtschaft?

Die Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat, werden auch **öffentliche Aufgaben** genannt. Der Staat schafft die Voraussetzungen, dass eine Volkswirtschaft funktionieren kann. D.h. er sorgt mit Gesetzen dafür, dass Verträge zwischen Wirtschaftssubjekten eingehalten werden müssen, er sorgt mit seinen Gerichten dafür, dass Verträge auch in Streitfällen eingehalten werden. Mithilfe der Polizei sorgt er für innere Sicherheit. Er schafft die Infrastruktur (z.B. Straßen) oder die Voraussetzungen für Infrastruktur, indem er z.B. die Frequenzen für Mobilfunk zuteilt. Zudem sorgt er mit seinen Kartellbehörden für ein dauerhaftes Funktionieren der Märkte, indem er versucht, Monopole und Preisabsprachen zu verhindern.

Die soziale Absicherung der Bevölkerung ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Dieses geschieht durch entsprechende Sozialversicherungen, durch direkte Zahlungen an die Bevölkerung (z.B. Sozialhilfe) oder durch Gesetze, die z.B. das Streikrecht und damit die Möglichkeit, Einkommenssteigerungen zu erzielen, sichern.

	2002	2006	Vergleich
	in Mrd. €		
Gesamtausgaben	247,5	261,0	+ 13,5
davon:			
Konsumausgaben	222,5	238,3	+ 15,8
Investitionen	25,0	22,7	– 2,3
Steuereinnahmen	199,3	203,9	+ 4,6
Nettokreditaufnahme	21,1	27,9	– 6,8

Tabelle 4 Bundeshaushalte 2002 und 2006

Durch Subventionen (also durch staatliche Zahlungen) versucht der Staat, Unternehmen oder ganzen Wirtschaftszweigen, die wirtschaftliche Probleme haben, finanzielle Hilfe zu geben, um so insbesondere auch Arbeitsplätze zu sichern.

Besonders hohe Subventionen wurden 2002 für den dt. Steinkohlebergbau geleistet (3,1 Mrd. €). Die Landwirtschaft wurde mit 708 Mio. € unterstützt, der soziale Wohnungsbau mit 675 Mio. € gefördert. Die staatlichen Subventionen betrugen im Beispieljahr 2002 insgesamt 58 Mrd. €.

Wie finanziert der Staat die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben?

Zur Erfüllung seiner Aufgaben muss der Staat **Einnahmen** erzielen. Dies kann auf mehreren Wegen geschehen. Der Staat erhebt Gebühren (z.B. für die Ausstellung eines Personalausweises), er kassiert Beiträge (z.B. Krankenversicherungsbeiträge) und er erhält Einnahmen aus Strafgeldern. Er erzielt Erwerbseinkünfte, weil er Gewinne aus seinen Unternehmensbeteiligungen erhält. Der Staat kann auch Kredite aufnehmen. Der mit Abstand größte Einnahmeposten des Staates sind aber die **Steuern**.

Neben der reinen Einnahmeerzielung können mit Steuern auch andere Zwecke verfolgt werden. Durch steuerpolitische Maßnahmen kann versucht werden, Einkommens- und Vermögensumverteilungen herbeizuführen. Das kann dadurch erreicht werden, dass hohe Einkommen stärker besteuert werden als niedrige und indem Steuereinnahmen für soziale Maßnahmen verwendet werden (z.B. für Kindergeld, Sozialhilfe etc.).

Die Einkommenserzielung sollte ebenfalls mehr in den Hintergrund treten, wenn der Zweck der Steuererhebung gesundheitspolitischer oder umweltpolitischer Art ist (z.B. bei der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer).

Welche Steuerarten gibt es und wie lassen sich diese einteilen?

Steuern können unter verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt werden:

1. Einteilung nach der Ertragshoheit
2. Einteilung nach der Überwälzbarkeit
3. Einteilung nach dem Gegenstand der Besteuerung

1. Einteilung nach der Ertragshoheit:

In Artikel 106 des Grundgesetzes ist festgelegt, wem die Ertragshoheit zusteht, das heißt, wie die Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden zu verteilen sind. Dabei ist zwischen den Steuern zu unterscheiden, die einer der genannten Gebietskörperschaften in voller Höhe allein zufließen und den Steuern, die Bund, Ländern und Gemeinden gemeinschaftlich nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel zustehen:

Beispiele:

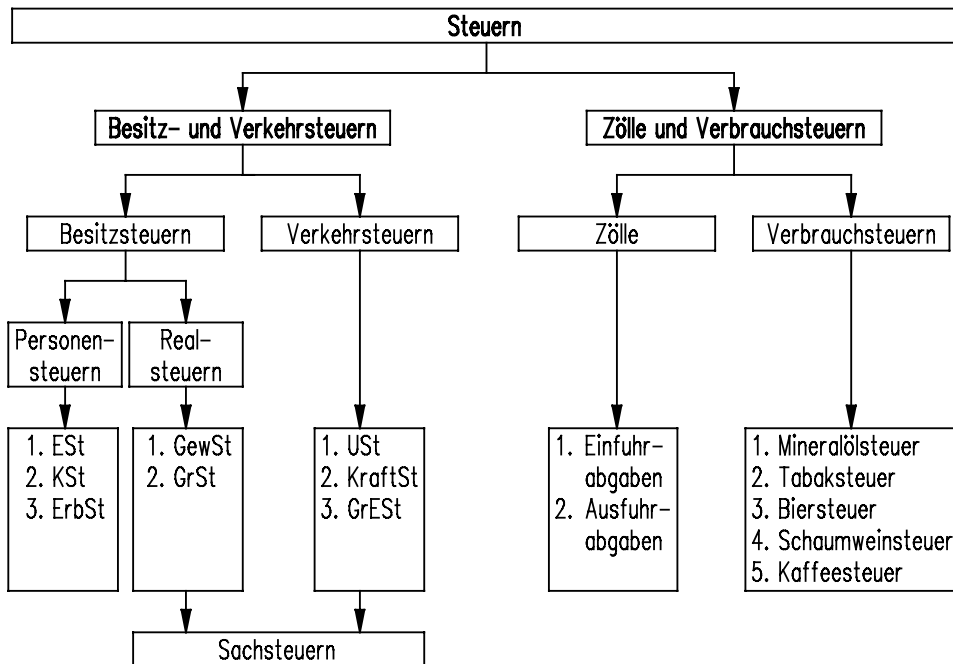
Bundessteuern:	Mineralölsteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer
Landessteuern:	Erbschaftsteuer, Biersteuer, Kraftfahrzeugsteuer
Gemeindesteuern:	Gewerbsteuer, Grundsteuer
Gemeinschaftssteuern:	Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer

2. Einteilung nach der Überwälzbarkeit:

Bei dem Merkmal der Überwälzbarkeit werden die Steuern in direkte und indirekte Steuern eingeteilt. Bei den direkten Steuern sind der Steuerträger und der Steuerschuldner identisch; derjenige also, der die Steuern trägt, muss sie auch an das Finanzamt abführen. Sind der Steuerschuldner und der Steuerträger nicht identisch, so spricht man von der indirekten Steuer; der Unternehmer als Steuerschuldner gibt die Steuer auf den Endverbraucher (= Steuerträger) weiter.

Beispiele:

Direkte Steuern:	Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer
Indirekte Steuern:	Umsatzsteuer, Versicherungssteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer

3. Einteilung nach dem Gegenstand der Besteuerung:

Besitzsteuern sind Steuern, deren Gegenstand Besitzwerte (Einkommen/Ertrag) sind. Sie werden unterteilt in Personensteuern, die an persönliche Verhältnisse und Leistungsfähigkeit geknüpft sind und Realsteuern, die an ein Objekt (z.B. Grund und Boden) anknüpfen.

Verkehrsteuern sind Steuern, die an rechtliche oder wirtschaftliche Vorgänge gebunden sind.

Verbrauchsteuern knüpfen an den Verbrauch von Waren.

Die Besitz- und Verkehrsteuern werden von den Finanzämtern, die Ein- und Ausfuhr-abgaben sowie die Verbrauchsteuern werden von den Hauptzollämtern verwaltet.

Aufgabenbereich	Januar bis Dezember 2006 in Mrd. €
Einnahmen darunter:	232,8
Steuern	203,9
Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbsteuerumlage	159,7
- Lohnsteuer	52,1
- Veranlagte Einkommensteuer	7,5
- Kapitalertragsteuer	6,0
- Zinsabschlag	3,4
- Körperschaftsteuer	11,4
- Steuern vom Umsatz	77,7
- Gewerbesteuerumlage	1,6
Bundessteuern	84,2
- Energiesteuer	39,9
- Tabaksteuer	14,4
- Solidaritätszuschlag	11,3
- Versicherungssteuer	8,8
- Stromsteuer	6,3
- Branntweinsteuer	2,2
- Kaffeesteuer	1,0
- Schaumweinsteuer	0,4
- Sonstige Bundessteuern	0,002
Abzugsbeträge	-40,0
- Ergänzungszuweisungen an Länder	-14,7
- Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisie- rung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	-7,1
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3,7
- Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	-14,6

Tabelle 5 Steuereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland in Mrd. € für das Jahr 2006
(Quelle: Bundesfinanzministerium)

Anteil an den Gemeinschaftssteuern in %			
Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
Kapitalertragsteuer	50,0	50,0	-
Steuer vom Umsatz	53,0	44,9	2,1
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbsteuerumlage	23,1	76,9	-

Tabelle 6 Anteil an den Gemeinschaftssteuern in %
(Quelle: Monatsbericht des BMF – Februar 2007)

Der Steuertarif

Bei der Berechnung der steuerlichen Belastung sind zwei Begriffe von entscheidender Bedeutung. Die **Steuerbemessungsgrundlage** (z.B. das Einkommen oder der Verkaufspreis eines Gutes) und der **Steuertarif**, also der Prozentsatz, mit dem die Bemessungsgrundlage belastet wird.

Beim Steuertarif wird unterschieden zwischen progressivem und proportionalem Steuertarif.

Beim **progressiven Steuertarif** nimmt der Durchschnittssteuersatz mit wachsender Bemessungsgrundlage zu. Die steuerliche Belastung steigt mit wachsendem Einkommen also nicht nur absolut, sondern auch relativ zum Einkommen.

Beispiel:

	Einkommen	Steuerbetrag	Steuertarif
1. Fall	2000,- Euro	400,- Euro	20 %
2. Fall	3000,- Euro	750,- Euro	25 %
3. Fall	5000,- Euro	1500,- Euro	30 %

Tabelle 7 Beispiel für progressiven Steuertarif

Üblich ist auch der Einbau eines **Freibetrages** in einen Steuertarif, um z.B. niedrige Einkommen zusätzlich zu entlasten.

	Einkommen	Freibetrag	Zu versteuern- des Einkommen	Steuersatz	Steuerbetrag
1. Fall	2000,- Euro	1000,- Euro	1000,- Euro	20 %	200,- Euro
2. Fall	3000,- Euro	1000,- Euro	2000,- Euro	25 %	500,- Euro
3. Fall	5000,- Euro	1000,- Euro	4000,- Euro	30 %	1200,- Euro

Tabelle 8 Beispiel für progressiven Steuertarif mit Freibetrag

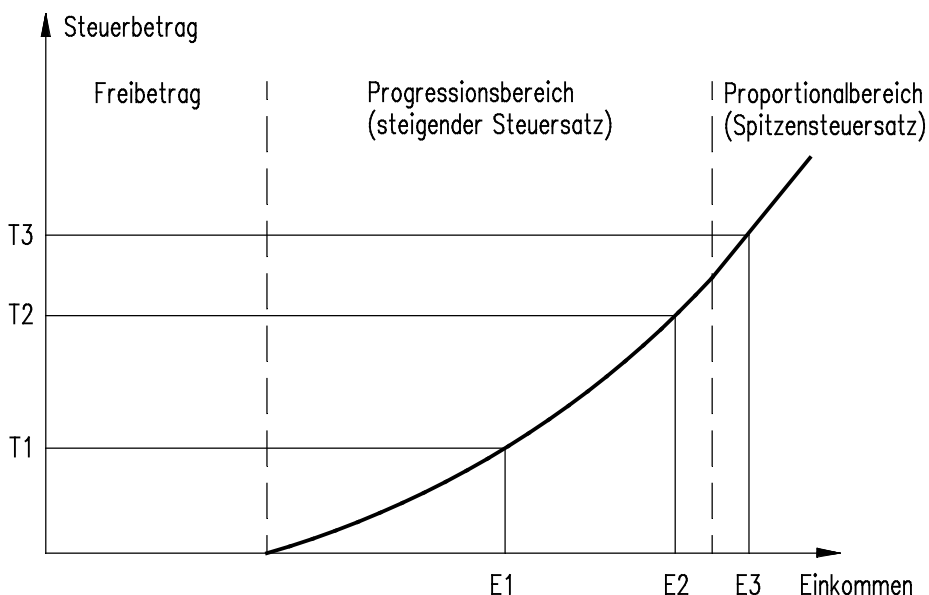


Abbildung 9 Progressiver Steuertarif mit Freibetrag und Spitzensteuersatz

Beim proportionalen Steuertarif ist die durchschnittliche steuerliche Belastung immer gleich hoch. Dieser Tarif tritt z.B. bei den **Verkehrssteuern** auf, hier spielt die persönliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Besteuerenden keine Rolle. Als Beispiel sei hier die Umsatzsteuer genannt, die bei den meisten Gütern 19 % (Lebensmittel 7 %) beträgt.

Abgabenquoten in der EU	2002	2004
Schweden	51,4	50,3
Dänemark	48,2	48,9
Belgien	46,1	44,6
Finnland	45,7	44,1
Frankreich	44,6	43,3
Österreich	44,4	42,4
Italien	42,8	41,6
Deutschland	40,8	38,7
Luxemburg	40,8	-
Niederlande	39,7	37,3
Großbritannien	37,3	36,8
Griechenland	36,9	-
Portugal	36,2	-
Spanien	36,0	34,8
Irland	29,4	-

Tabelle 9 Abgabenquoten in der EU (2002 und 2004)
Steuern und Abgaben in % des Bruttoinlandproduktes

Aufgaben

Aufgabe 1

Was versteht man unter Tarifparteien? Was ist die Tarifautonomie?

Aufgabe 2

Unter welchen Voraussetzungen ist ein Streik gerechtfertigt und gesetzlich erlaubt?

Aufgabe 3

Warum wird Hausarbeit nicht bei der Berechnung des Bruttonationaleinkommens mitbewertet?

Aufgabe 4

Eine Steigerung des Bruttonationaleinkommens kann auf Kosten der Zukunft einer Gesellschaft geschehen.

Führen Sie hierfür Beispiele an!

Aufgabe 5

Nennen Sie soziale Indikatoren für Wohlstand und erläutern Sie diese!

Aufgabe 6

Welchen Einfluss hat ein längerfristiges Absinken des Bruttonationaleinkommens auf den Wohlstand in einer Gesellschaft?

Aufgabe 7

Welche Aufgaben hat der Staat in einer Volkswirtschaft?

Aufgabe 8

Erklären Sie den Begriff „Steuern“!

Aufgabe 9

Welche Zwecke der Steuererhebung gibt es?

Aufgabe 10

Nennen Sie die wichtigsten Steuerarten in der Bundesrepublik Deutschland!

Aufgabe 11

Was ist die Steuerbemessungsgrundlage? Was ist der Steuertarif?

Aufgabe 12

Erklären Sie, was man unter einem progressiven Steuertarif versteht!

Lernbereich

3 Markt und Preisbildung

3.1 Märkte und Markttypen

Wir leben heute in einer modernen Volkswirtschaft mit Arbeitsteilung, in der niemand mehr in der Lage ist, all die Güter, die wir zum Leben brauchen, selbst herzustellen. Wir sind gezwungen, diese Güter auf anderem Wege zu bekommen. Es entsteht also **Nachfrage** nach diesen Gütern. Auf die gleiche Weise entsteht ebenso Nachfrage nach Dienstleistungen. Andererseits werden Güter in der Regel nur gegen Entgelt zur Verfügung gestellt. Um dieses Entgelt bei der Nachfrage bezahlen zu können, sind wir gezwungen, entweder andere Güter zu verkaufen oder Arbeitskraft bzw. Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Es entsteht also ein **Angebot** an Gütern und Dienstleistungen.

Um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen, existieren in einer Marktwirtschaft, und nur diese soll hier betrachtet werden, Märkte. Im Folgenden sollen die Fragen geklärt werden, welche Märkte und welche Markttypen es gibt.

Beim Wort **Markt** denken viele sicherlich zuerst an einen Wochenmarkt. Kennzeichen eines solchen Marktes ist, dass hier an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit Anbieter, also die Verkäufer von Gütern, und Nachfrager, also die Kunden, direkt aufeinander treffen. Ein solcher Markt wird **konkreter Markt** genannt. Solche konkreten Märkte sind z.B. auch Auktionen und Versteigerungen oder Wertpapiermärkte, wie die Deutsche Börse in Frankfurt am Main. Neben diesen konkreten Märkten gibt es aber noch die in der Realität viel bedeutenderen **abstrakten Märkte**. Für den Automarkt, den Büchermarkt oder den Arbeitsmarkt gibt es keinen konkreten Ort.

Als z.B. der Automarkt werden alle Angebots- und Nachfragebeziehungen nach Autos in einem Land bezeichnet. So teilt sich der Automarkt auf in eine Vielzahl von Autohändlern mit ihren Kunden und eine noch größere Zahl von privaten Autoverkäufern und -käufern. Um einen kleinen Einblick in die Größe und Unübersichtlichkeit des Automarktes zu bekommen, reicht es, wenn man sich die Vielzahl von Anzeigen in den Zeitungen anschaut. Als Markt wird also das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage bezeichnet. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Markt an irgendeinen Ort oder an eine Zeit gebunden ist.

Wie lassen sich die Märkte einteilen?

Die erste Einteilung lässt sich nach geografischen Gesichtspunkten machen. So lassen sich Märkte einteilen in **lokale Märkte**, das kann zum Beispiel der örtliche Wochenmarkt sein. Weil aber die lokalen Märkte durch Handel, Transportmittel und Nachrichten vernetzt sind, entstehen aus der Vielzahl von Einzelmärkten größere **nationale und internationale Märkte**. Der Automarkt ist ein nationaler Markt (zum Teil vielleicht sogar international), weil niemand beim Autokauf nur einen Händler aufsucht, sondern jeder aus einer großen Menge an Angeboten das für ihn beste Angebot herauszufinden sucht. Ein Beispiel für einen internationalen Markt ist der Weltmarkt für Rohöl.

Märkte lassen sich aber nicht nur nach geografischen Gesichtspunkten ordnen. Letztlich lassen sich alle Märkte zwei großen Gruppen zuordnen. Die erste große Gruppe der Märkte sind die **Faktormärkte**. Dazu zählt z.B. der Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt wird der Produktionsfaktor Arbeit von Unternehmern oder dem Staat angeboten. Als Nachfrager treten hier die privaten Haushalte auf.

Der Produktionsfaktor Boden wird auf dem Immobilienmarkt gehandelt. Neben Grundstücken werden hier auch Häuser und andere Gebäude gehandelt. Anbieter auf diesem Markt sind Grundstücksbesitzer, Bauherren und Makler. Nachfrager auf dem Immobilienmarkt sind private Haushalte, z.B. Wohnungssuchende, Unternehmen, die

Fabrik- oder Lagergebäude bauen wollen und auch der Staat, der z.B. eine neue Autobahn bauen will.

Ein weiterer Faktormarkt ist der Kapital- und Geldmarkt. Hier werden z.B. Wertpapiere und Kredite gehandelt. Anbieter sind hier in erster Linie Banken und Versicherungen. Aber auch der Staat spielt als Anbieter von Staatsanleihen auf dem Kapitalmarkt eine wichtige Rolle. Nachfrager auf diesem Markt sind sowohl die privaten Haushalte, als auch Unternehmen und der Staat.

Die zweite große Gruppe der Märkte sind die **Gütermärkte**, die sich aufteilen lassen in **Konsumgütermärkte** und in **Investitionsgütermärkte**.

Wie kommen nun in einer Volkswirtschaft das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage zusammen?

Betrachten wir als Beispiel einen Wochenmarkt. Hier treffen sich Verkäufer und Käufer, die sich beide problemlos einen kompletten Überblick über das Warenangebot auf diesem Markt beschaffen können, um danach die Waren zum optimalen Preis kaufen oder verkaufen zu können. Wie sieht das nun auf einem nationalen oder internationalen abstrakten Markt aus? Hier ist es nicht so leicht, sich einen kompletten Überblick über das gesamte Angebot und die Nachfrage nach Gütern zu verschaffen. Aber durch moderne Informationssysteme, durch die Massenmedien und mithilfe der Marktforschung gelingt es auch auf solchen Märkten, einen Überblick über die Marktsituation zu bekommen.

Wir werden später sehen, dass sich der Preis eines Gutes durch das Angebot und die Nachfrage nach diesem Gut auf einem Markt regelt. Anbieter und Nachfrager einer Ware haben durch ihr Verhalten also direkten Einfluss auf das Geschehen am Markt. Ihr Verhalten bestimmt letztlich, welche Güter zu welchem Preis auf dem Markt gehandelt werden. Damit kommen wir automatisch zu der Frage nach der Größe der Einflussmöglichkeiten und damit nach der Macht der Marktteilnehmer. Hierzu ist es notwendig, verschiedene Markttypen zu betrachten.

Welche Markttypen gibt es?

Wichtigstes Kriterium bei der Betrachtung der **Markttypen** soll die Zahl der Anbieter und die Zahl der Nachfrager sein. Gibt es sowohl viele Anbieter als auch viele Nachfrager auf einem Markt, so spricht man von einem **Polypol**. Als Beispiel sei hier der Lebensmittelhandel genannt. Allerdings gab es in diesem Bereich in den letzten Jahren eine Veränderung in der Marktlandschaft. Viele kleine Lebensmittelmärkte wurden von größeren Unternehmen aus dem Markt gedrängt. Durch diese Konzentration auf nur noch wenige große Supermarktketten entwickelt sich dieser Markt zunehmend zu einem **Oligopol**. D.h. es gibt immer noch viele Nachfrager, demgegenüber stehen aber nur noch wenige Anbieter auf diesem Markt. Gelingt es einem Anbieter schließlich, alle anderen Anbieter aus dem Markt zu drängen, so entsteht ein **Monopol**.

Vielen Nachfragern steht also nur noch ein Anbieter gegenüber. Zu solchen echten Monopolen kommt es in der Privatwirtschaft selten. Auch wenn es Unternehmen gelingt, durch Patente und technischen Vorsprung oder durch ihre finanziellen Möglichkeiten eine marktbeherrschende Position einzunehmen, so wird es doch immer wieder Unternehmen geben, die versuchen werden, in diesen Markt einzudringen, wenn es dort Geld zu verdienen gibt. Eine Monopolstellung auf einem Markt kann auch dadurch entstehen, dass Unternehmen zum Zwecke der Marktbeherrschung zusammenarbeiten oder sich zusammenschließen. Man spricht dann von **Kartellen**.

Neben den privatwirtschaftlichen Monopolen gibt es die **Staatsmonopole**. Diese sind in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland aber zunehmend abgebaut worden. Auf dem Telekommunikationsmarkt gab es bis vor wenigen Jahren als einzigen Anbieter, und damit als echten Monopolisten, nur die Bundespost, aus der u.a.

die heutige Deutsche Telekom AG hervorgegangen ist. Neben diesem Anbieter gibt es heute eine Vielzahl anderer Anbieter auf diesem Markt. Durch die Aufhebung dieses Staatsmonopols hat sich der Markt für Telekommunikation grundlegend geändert. Technische Innovationen werden von den Unternehmen in immer kürzeren Abständen auf den Markt gebracht und die Preise für Telefondienste sind stark gesunken. Gleiche Effekte gibt es auch auf anderen ehemaligen Monopolmärkten, die heute zumindest Oligopolmärkte sind, zu beobachten (z.B. auf dem Strommarkt).

Die Begriffe Oligopol und Monopol lassen sich aber nicht nur von der Anbieterseite aus betrachten. Gibt es viele Anbieter, aber nur wenige Nachfrager, so wird dieser Markttyp ein Nachfrageoligopol genannt. Ein Nachfragemonopol gibt es, wenn auf viele Anbieter nur ein Nachfrager kommt (z.B. der Staat als Nachfrager nach Polizeiausrüstung).

Anbieter \ Nachfrager	viele	wenige	einer
viele	Zweiseitiges Polypol	Angebots-Oligopol	Angebots-Monopol
wenige	Nachfrage-Oligopol	Zweiseitiges Oligopol	Beschränktes Angebots-Monopol
einer	Nachfrage-Monopol	Beschränktes Nachfragemonopol	Zweiseitiges Monopol

Tabelle 10 Übersicht über die Markttypen

3.2 Preisbildung

Wir haben gesehen, dass es eine Vielzahl von Märkten und Markttypen gibt, auf denen eine große Zahl unterschiedlicher Güter gehandelt werden. Die Anbieter wollen Waren verkaufen, die Nachfrager müssen diese mit Geld bezahlen. Die Menge des Geldes, das für ein Gut bezahlt werden muss, wird als dessen **Preis** bezeichnet. Nach welchen Gesetzmäßigkeiten entstehen nun diese Preise?

Zur Beantwortung dieser Frage betrachten wir den Markt als ein vereinfachtes Modell. Erstens soll auf dem Markt **vollkommener Wettbewerb** herrschen, d.h. es gibt sowohl auf Anbieterseite wie auf Nachfragerseite keine Monopol- oder Oligopolbildung. Zweitens soll der Markt ein **vollkommener Markt** sein. Es sollen auf dem Markt also folgende Bedingungen gelten:

- Die von verschiedenen Herstellern angebotenen Güter sind gleichartig, das heißt, dass für die Kunden die Marke eines Produktes keine Bedeutung hat.
- Der Kunde kauft nicht nach persönlichen Präferenzen. Er kauft also nicht immer nur bei dem gleichen Händler, weil der zum Beispiel sein Nachbar ist.
- Anbieter und Nachfrager haben vollkommene Markttransparenz. Beide wissen, welche Mengen eines Gutes wo und zu welchem Preis angeboten und nachgefragt werden.
- Käufe finden ohne zeitliche Verzögerungen statt. Fragt ein Kunde also ein bestimmtes Gut nach, so wird ihm dieses ohne Verzögerung von einem Händler angeboten.

Diese Bedingungen werden nur für diese Modellbildung verlangt. In der Realität wird es fast nur unvollkommene Märkte geben.

Am Markt treffen Angebot und Nachfrage aufeinander. Welchen Einfluss hat der Preis eines Gutes auf das Angebot, welchen auf die Nachfrage? Welchen Einfluss haben Angebot und Nachfrage auf den Preis?

Betrachten wir zunächst die Nachfrageseite am Beispiel eines Konsumgutes. Auf einem vollkommenen Markt wird Butter gehandelt. Die Verbraucher, also die Nachfrager, haben alle das Bedürfnis nach Butter. Die Verbraucher verspüren dieses Bedürfnis aber nicht alle gleich stark, d.h. nicht jeder ist bereit, gleich viel für diese Butter auszugeben. D.h. der Preis der Butter ist also ein Faktor, der die Nachfrage beeinflusst. Es gibt aber noch weitere Einflussfaktoren aus Verbrauchersicht für die Nachfrage nach Butter. Das verfügbare Einkommen des Verbrauchers wird sicherlich eine Rolle spielen. Wer viel verdient kann mehr konsumieren als jemand, der nur wenig verdient. Deshalb werden auch die Preise anderer Güter die Entscheidung des Verbrauchers beeinflussen, wie viel Butter er kaufen wird. Muss er viel Geld für andere Produkte ausgeben, so wird er nicht so viel Butter nachfragen können, sondern vielleicht statt Butter billigere Margarine kaufen.

Das heißt also: Ist der Preis für Butter sehr hoch, so werden nur wenige Verbraucher in der Lage sein, sich Butter leisten zu können oder zu wollen. Ist der Preis für Butter jedoch sehr niedrig, so wird es viel mehr Nachfrager nach Butter geben können.

Preis für 1 kg Butter in €	Nachgefragte Menge Butter in kg
3,00	5
2,50	10
2,00	18
1,50	35
1,00	60
0,50	100

Tabelle 11 Beispiel - Nachfrage nach Butter

Stellt man diese Tabelle grafisch dar, so erhält man eine **Nachfragekurve**. Werden auf der senkrechten Achse die Preise und auf der waagerechten Achse die nachgefragte Menge eingetragen, so wird man eine von links oben nach rechts unten fallende Kurve erhalten.

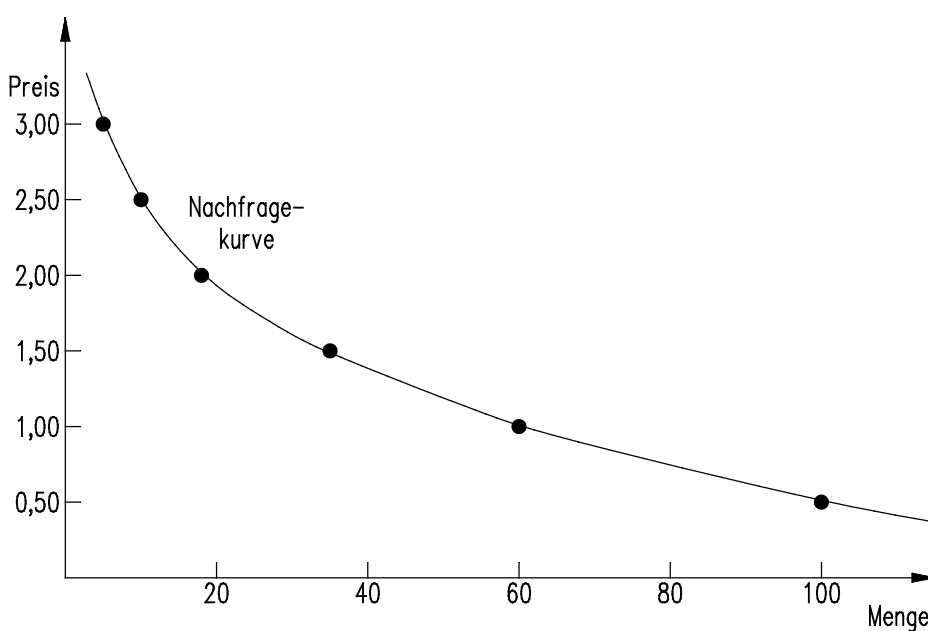


Abbildung 10 Nachfragekurve

Aus dieser Kurve lassen sich also folgende Gesetzmäßigkeiten ableiten:

Sinkt der Preis eines Gutes, so steigt die Nachfrage nach diesem Gut.
Steigt der Preis eines Gutes, so sinkt die Nachfrage nach diesem Gut.

Auf einem Markt gibt es aber nicht nur die Verbraucher, die mit ihrer Nachfrage Einfluss auf den Preis eines Gutes haben. Den Verbrauchern gegenüber stehen die Anbieter eines Gutes. In unserem Fall gibt es also Butterproduzenten bzw. Butterverkäufer. Wir haben festgestellt, dass die Nachfrage nach einem Gut von verschiedenen Faktoren abhängt. Auch für die Angebotsseite gibt es solche Faktoren. Die angebotene Menge hängt davon ab, wie hoch der Preis des Gutes ist und wie hoch die Produktionskosten für dieses Gut sind. Liegen die Produktionskosten je Einheit höher als der Preis, so wird es sich für einen Unternehmer nicht lohnen, dieses Gut herzustellen und anzubieten.

Auch die Preise der übrigen Güter haben Einfluss auf das Angebot eines Gutes. Sind beispielsweise die Preise für Grundnahrungsmittel sehr hoch, so werden sich die Verbraucher wahrscheinlich nur wenige Luxusgüter kaufen können. Ein großes Angebot an solchen Luxusgütern ließe sich nicht verkaufen. Großen Einfluss auf die Höhe des Angebotes hat die Gewinnerwartung des Unternehmers. Besteht die Möglichkeit, mit einem Gut einen hohen Gewinn zu erzielen, so wird dieses Gut in entsprechend großer Menge angeboten werden.

Wir wollen nun an unserem Beispiel zeigen, wie sich der Preis der Butter auf der Angebotsseite auswirkt.

Preis für 1 kg Butter in €	Angebote Menge Butter in kg
0,50	5
1,00	20
1,50	35
2,00	50
2,50	65
3,00	80

Tabelle 12 Beispiel - Angebot an Butter

Ist der Preis für Butter sehr niedrig, entspricht er zum Beispiel genau den Herstellungskosten, so werden nur wenige Hersteller bereit sein, Butter herzustellen und zu verkaufen. Steigt der Preis aber über die Herstellungskosten, so haben die Hersteller die Möglichkeit, mit dem Verkauf von Butter einen Gewinn zu erzielen. Es werden sich also mehr Hersteller finden, die Butter herstellen und verkaufen wollen. Steigt der Preis für Butter noch weiter, so werden immer mehr Unternehmer in der Butterherstellung ein gutes Geschäft sehen und an den Gewinnmöglichkeiten teilhaben wollen.

Auch die Angebotstabelle lässt sich in gleicher Weise wie die Nachfragetabelle grafisch darstellen. Man erhält hier eine steigende **Angebotskurve**.

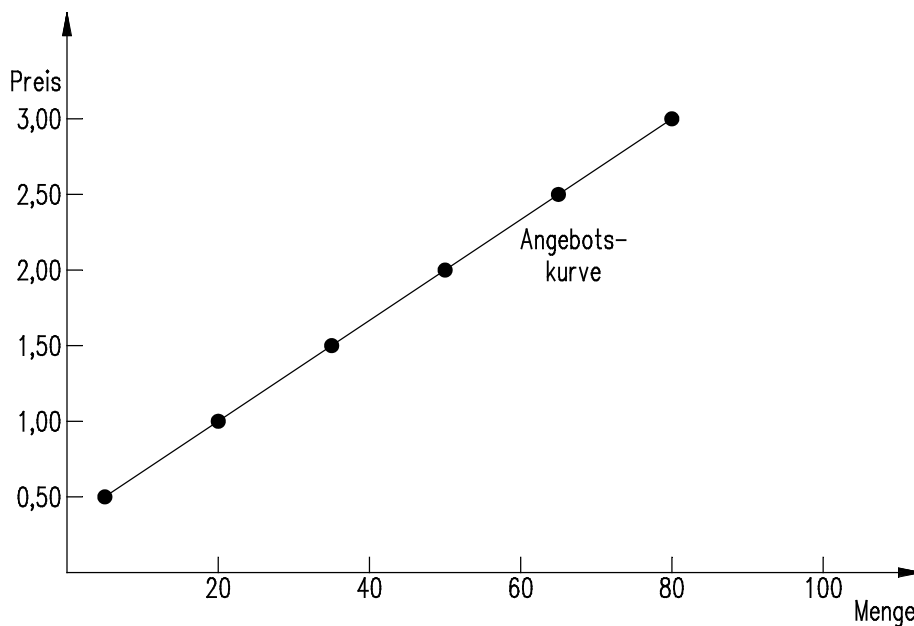


Abbildung 11 Angebotskurve

Aus dieser Kurve lassen sich folgende Gesetzmäßigkeiten ablesen:

Sinkt der Preis eines Gutes, so sinkt auch das Angebot dieses Gutes.

Steigt der Preis eines Gutes, so steigt auch das Angebot dieses Gutes.

Wir haben also festgestellt, wie sich Angebot und Nachfrage bei verschiedenen Preisen verhalten. Wie aber entsteht der tatsächliche Preis eines Gutes auf einem vollkommenen Markt?

Preis in €	Nachfrage in kg	Angebot in kg	Verkaufte Menge in kg	Umsatz in €
3,00	5	100	5	15,00
2,50	10	80	10	25,00
2,00	18	60	18	36,00
1,50	35	35	35	52,50
1,00	60	20	20	20,00
0,50	100	5	5	2,50

Tabelle 13 Beispiel - Entstehung des Gleichgewichtspreises

Was wäre, wenn der Preis für 1 kg Butter 3 € betragen würde? Für die Anbieter wäre es bei diesem hohen Preis sehr verlockend, Butter herzustellen und anzubieten. Der hohe Preis verspräche einen hohen Gewinn, deshalb wäre bei diesem Preis das Angebot an Butter wahrscheinlich sehr groß. Die Nachfrage nach Butter wäre demgegenüber aber sehr gering. Der hohe Preis würde viele Verbraucher davon abhalten, Butter zu kaufen. Die Verkäufer haben also nicht die Möglichkeit, die angebotenen 80 kg Butter wirklich zu verkaufen. Tatsächlich könnten sie nur so viel verkaufen, wie bei diesem Preis nachgefragt würde, nämlich 5 kg. Der Umsatz der Händler beläuft sich bei diesem Preis auf 15 €. Die restlichen 75 kg bleiben bei diesem Preis liegen. Um auch diese restliche Menge verkaufen zu können, müssen die Händler die Preise senken.

Bei einem Butterpreis von 0,50 € wäre die Nachfrage nach Butter sehr groß. Für die Anbieter ist der Verkauf von Butter bei diesem niedrigen Preis demgegenüber aber sehr uninteressant. Es wird also nur eine geringe Menge angeboten. Der gesamte Umsatz mit Butter ist in diesem Fall mit 2,50 € ebenfalls nur sehr gering. Es könnten nicht alle Nachfrager ihr Bedürfnis nach Butter befriedigen. Da die Nachfrage bei diesem geringen Preis sehr groß ist, besteht für die Anbieter die Möglichkeit, die Preise zu erhöhen.

Wir sehen, dass der Preis steigt, wenn die Nachfrage über dem Angebot liegt. Der Preis sinkt, wenn das Angebot über der Nachfrage liegt. Die Preise bewegen sich in der Tendenz aufeinander zu. Wie hoch ist aber nun der so genannte **Gleichgewichtspreis**, bei dem die Nachfrager ihre Bedürfnisse optimal befriedigen können und bei dem die Anbieter den höchsten Umsatz und damit wahrscheinlich den höchsten Gewinn machen werden?

Der Gleichgewichtspreis muss genau so hoch sein, dass alle Anbieter die Möglichkeit haben, ihr komplettes Angebot an Butter zu verkaufen, und so hoch, dass alle Nachfrager die Möglichkeit haben, so viel Butter zu kaufen, wie sie zu genau diesem Preis möchten.

Schauen wir also noch einmal auf die Tabelle. Bei einem Preis von 1,50 € werden 35 kg Butter nachgefragt und ebenfalls 35 kg Butter angeboten. Jeder Käufer bekommt also genau so viel Butter, wie er verlangt. Und jeder Händler würde sein komplettes Angebot an Butter verkaufen können. Auch der Umsatz ist bei einem Preis von 1,50 € mit insgesamt 52,50 € am höchsten. Abbildung 12 macht diesen Zusammenhang noch einmal deutlich.

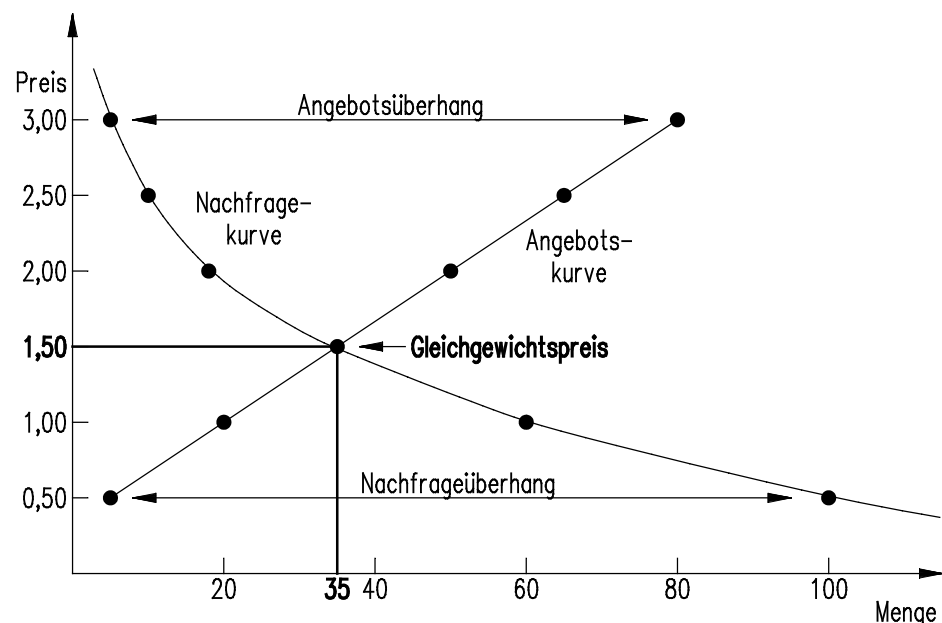


Abbildung 12 Der Gleichgewichtspreis

Wir können also sagen: **Der Preis beeinflusst Angebot und Nachfrage, und Angebot und Nachfrage beeinflussen den Preis.** Der Preis wird sich dort einpendeln, wo Angebot und Nachfrage gleich groß sind. Ist dies nicht der Fall, so gibt es entweder ein Angebots-Überhang oder ein Nachfrage-Überhang. Beim Nachfrage-Überhang steigt der Preis, beim Angebotsüberhang sinkt der Preis.

Wir haben am Beispiel Butter modellhaft gesehen, wie der Gleichgewichtspreis für dieses Produkt entsteht. Können diese theoretischen Erkenntnisse auf eine gesamte,

sehr komplexe Volkswirtschaft übertragen werden, in der die Modellannahme des vollkommenen Marktes nicht gilt?

In der Realität wird es nicht möglich sein, dass Angebot und Nachfrage sich genau auf gleicher Höhe treffen und somit ein optimaler Gleichgewichtspreis entsteht. Der Preis wird in der Realität aber dennoch so sein, dass er ziemlich nah am Gleichgewichtspreis liegt oder leicht um diesen herum pendelt. Ein zu hoher Preis eines Gutes wird auch in der Realität viele potenzielle Nachfrager davon abhalten, dieses Gut zu kaufen. Die Anbieter wären also genauso wie im Modell gezwungen, den Preis für dieses Gut zu senken, wenn sie nicht auf ihren Gütern sitzen bleiben wollen.

Andererseits wird ein zu niedriger Preis auch in der Realität dazu führen, dass die Nachfrage größer als das Angebot ist. Da die Unternehmen die große Nachfrage ausnutzen wollen, um einen möglichst großen Gewinn machen zu können, werden sie entweder das Angebot ausweiten oder den Preis erhöhen. Angebot und Nachfrage werden sich also wieder weitgehend angleichen und damit wird wieder ein Preis entstehen, der nah am Gleichgewichtspreis liegt.

Der Preis eines Gutes zeigt nicht nur an, was ein Käufer für dieses Gut zu bezahlen hat. Dem Preis können noch drei andere Funktionen zugeschrieben werden.

1. Der Preis hat eine Anzeigefunktion (oder Indikatorenfunktion)

Wir haben gesehen, dass beim Gleichgewichtspreis die Höhe des Angebots und der Nachfrage gleich sein müssen. Stellt man nun fest, dass der Preis für ein bestimmtes Gut über einen längeren Zeitraum stabil bleibt, dass er sich also nicht oder nur wenig bewegt, so darf man feststellen, dass das Angebot tatsächlich der Nachfrage entspricht. Ändert sich an diesem Verhältnis von Angebot und Nachfrage etwas, so wird sich nach einer gewissen Zeitspanne auch der Preis ändern. Die Richtung der Preisänderung zeigt an, in welche Richtung sich zum Beispiel die Nachfrage geändert hat. Preisänderungen können also wichtige Indikatoren für Unternehmensentscheidungen sein, wenn es darum geht, welche Menge in Zukunft von einem bestimmten Produkt produziert werden soll.

2. Der Preis hat eine Lenkungsfunktion

Ein Preisanstieg deutet darauf hin, dass ein bestimmtes Produkt stärker nachgefragt als angeboten wird. Die Produktion dieses Gutes verspricht dem Unternehmer auch in Zukunft gute Gewinnaussichten. Er wird versuchen, seine Produktion auszuweiten und neue Unternehmen werden versuchen, in diesen Markt zu kommen. Der Preis bestimmt also, wie die Produktionsfaktoren am wirtschaftlichsten eingesetzt werden.

3. Der Preis hat eine Auslesefunktion

Wir haben gesehen, dass die Nachfrage nach einem Gut unterhalb des Gleichgewichtspreises höher ist als genau zu diesem Preis. Wenn das Gut zum Gleichgewichtspreis angeboten wird, so werden demnach nicht die kompletten Bedürfnisse nach diesem Gut befriedigt. Der Teil der Nachfrager, der sich das Gut zum Gleichgewichtspreis nicht leisten kann, wird leer ausgehen oder sein Bedürfnis nur teilweise befriedigen können. Genauso wird es auf der Anbieterseite Unternehmen geben, die zum Gleichgewichtspreis nicht mehr in der Lage sind, wirtschaftlich zu arbeiten. Sie müssen sich also aus diesem Markt zurückziehen. Auf dem Markt können nur die Unternehmen bestehen, die ihre Produktionsfaktoren wirtschaftlich einsetzen.

Wir wissen, dass die Realität der Preisbildung wesentlich komplexer ist als die Theorie im Modell. Im Folgenden werden wir sehen, welche anderen Faktoren neben dem Angebot und der Nachfrage bei der Preisbildung eine Rolle spielen und welche Faktoren Einfluss auf die Nachfrage und das Angebot haben.

Als Erstes wollen wir die **Elastizität von Angebot und Nachfrage** betrachten. Die Nachfrage geht bei steigendem Preis zurück, bei fallendem Preis nimmt sie zu. Die

Zu- oder Abnahme der Nachfrage bei Preisänderungen tritt aber nicht bei allen Gütern gleich stark auf. Bei einigen Gütern passt sich die Nachfrage sehr schnell und sehr stark den Preisänderungen an, bei anderen Gütern haben Preisänderungen nur wenig Einfluss auf die Nachfrage. Diese Anpassungsfähigkeit wird **Elastizität** genannt. Ein Beispiel für eine unelastische Nachfrage ist das **Grundnahrungsmittel** Brot. Auch bei einer Preiserhöhung wird niemand auf Brot verzichten können und eine Preissenkung wird bei niemandem dazu führen, dass er wesentlich mehr Brot essen wird.

Demgegenüber gibt es Güter, bei denen eine Preisänderung großen Einfluss auf die Nachfrage nach diesen Gütern hat. Ein solches Gut mit einer großen Nachfrageelastizität ist zum Beispiel Butter. Butter lässt sich in vielen Fällen problemlos durch andere Produkte, z.B. Margarine, ersetzen. Eine Preiserhöhung von Butter kann also dazu führen, dass viele Käufer von Butter zukünftig die Butter durch andere Produkte ersetzen. Ein Preisanstieg der Butter hätte also einen Nachfragerückgang zur Folge. Andererseits besteht bei elastischen Gütern für die Unternehmen die Möglichkeit, durch Preissenkungen den Umsatz zu erhöhen. Durch einen niedrigen Preis wird es für Verbraucher wieder interessant, Butter zu kaufen. Die Nachfrage zieht also wieder an.

Das bisher Betrachtete nennt man „**normale Nachfrageelastizität**“. Daneben findet man in der Realität auch häufig die so genannte „**anomale Nachfrageelastizität**“. Was wird darunter verstanden? Bei der „anormalen Nachfrageelastizität“ wird bei steigenden Preisen nicht weniger, sondern sogar mehr nachgefragt. Beispiele: Steigen die Heizölpreise an, so versuchen viele Verbraucher, sich noch mit Heizöl einzudecken, bevor die Preise noch weiter steigen. Auch an der Börse steigt die Nachfrage nach Aktien immer dann an, wenn deren Preise steigen.

Wenden wir uns nun der Angebotsseite zu. Auch hier gibt es Güter mit unelastischem Angebot und solche mit großer **Angebotselastizität**. Unelastische Güter sind beispielsweise die landwirtschaftlichen Produkte. Ist hier die Saat einmal auf den Feldern, so ist es den Landwirten nicht mehr möglich, das Angebot an schwankende Preise anzupassen. Haben die Landwirte die Nachfrage falsch eingeschätzt, so besteht für sie die Gefahr, dass sie einen Teil ihrer Ernte nicht loswerden können oder dass sie eine große Nachfrage nicht befriedigen können und somit keinen optimalen Umsatz erzielen können.

Für Industrieunternehmen ist es demgegenüber häufig möglich, das Angebot auch kurzfristig der veränderten Nachfrage und veränderten Preisen anzupassen. Viele industrielle Produkte lassen sich problemlos lagern, sodass das Angebot jederzeit aus den Lagerbeständen erhöht werden kann oder durch Einlagerung verringert werden kann. Auch eine Produktionsausweitung oder -drosselung ist oft innerhalb kurzer Zeit möglich. Man spricht in diesem Fall von einer hohen Angebotselastizität. Neben dieser „**normalen Angebotselastizität**“ finden man in der Realität auch hier die so genannte „**anomale Angebotselastizität**“. Unternehmen versuchen häufig, durch eine erhöhte Produktion Umsatzausfälle auf Grund gefallener Preise auszugleichen. Hier führen sinkende Preise also nicht, wie in der Theorie vorhergesagt, zu einer Angebotsbeschränkung, sondern, im Gegenteil, zu einer Angebotsausweitung.

Welche weiteren Faktoren spielen bei der Preisbildung eine Rolle?

Warum kostet ein Fahrrad 250 € und ein Auto 20 000 €? Der Preis kann also nicht nur aus Angebot und Nachfrage entstehen. Die Produktion eines Autos ist mit wesentlich höheren **Herstellungskosten** verbunden als die Produktion eines Fahrrads. Die Herstellungskosten haben also offensichtlich einen Einfluss auf den Preis eines Gutes.

Hat ein Hersteller ein neuartiges Fahrrad entwickelt, so gibt es bis dahin noch keine direkte Nachfrage nach einem solchen Fahrrad, weil es einfach noch nicht auf dem Markt gehandelt wird. Wie aber soll der Hersteller nun den Preis für dieses Fahrrad festlegen? Er wird als Verkaufspreis einen Preis festlegen, der als Summe aus den Herstellungskosten und einem Gewinn pro Fahrrad entsteht. Dieser Preis wäre der

Mindestpreis, den er für ein solches Fahrrad erzielen möchte. Stellt der Unternehmer nun fest, dass die Nachfrage am Markt nach diesem neuen Produkt sehr groß ist, so hat er die Möglichkeit, den Preis heraufzusetzen und so einen höheren Gewinn pro verkauftem Fahrrad zu erzielen. Diese Gewinnmöglichkeiten würde aber auch andere Unternehmen dazu veranlassen, ein ähnliches Produkt auf den Markt zu bringen, um ebenfalls an den Gewinnmöglichkeiten, die dieses Produkt bietet, teilzuhaben. Das Angebot würde also steigen, der Preis wieder fallen.

Würde der Unternehmer nach Markteintritt feststellen, dass sein neues Produkt nur schwach nachgefragt wird, so wäre er gezwungen, die Preise zu senken, um nicht auf seiner Produktion sitzen zu bleiben. Unter Umständen kann der Preis so weit fallen, dass der Verkaufspreis die Herstellungskosten nicht mehr deckt. Die Produktion des neuen Fahrrades würde also einen Verlust bringen. Der Unternehmer wäre gezwungen, die Produktion einzustellen.

Der Preis eines Gutes wird sich unter normalen Umständen also dauerhaft nach seinen Produktionskosten richten. Die Produktionskosten wiederum sind aber nichts anderes als Preise für die Nutzung und Bezahlung von Produktionsfaktoren und Produktionsmitteln. Der Preis eines Gutes hängt also ab von den Preisen anderer Güter und Dienstleistungen. Einen solchen Zusammenhang zwischen den Preisen von Gütern gibt es aber auch in anderer Hinsicht. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der **Interdependenz der Preise**.

Nehmen wir an, jemand möchte ein Auto kaufen. Welche Faktoren und Überlegungen spielen bei einer solchen Entscheidung eine Rolle? Sicherlich werden die Preise und die Preisentwicklung auf dem Automarkt ein wichtiges Entscheidungskriterium sein. Das Geld für das neue Auto wird der potenzielle Käufer aber vielleicht nicht zusammenbekommen, wenn das Preisniveau auf den Märkten für die Güter, die er für das alltägliche Leben braucht, sehr hoch ist. Der Kauf von Lebensmitteln ist für ihn sicherlich wichtiger als der Kauf eines neuen Autos. Würde er das Auto nicht kaufen, so könnte er mehr andere Konsumgüter kaufen, z.B. Bücher. Der Kauf des Autos hätte also Einfluss auf seine Nachfrage nach Gütern auf anderen Märkten. Der Kauf und damit die Nachfrage nach einem Auto hat also nicht nur Einfluss auf den Preis genau dieses Gutes. Auch die Nachfrage und damit die Preise anderer Güter werden beeinflusst.

Andersherum heißt das natürlich auch, dass Preisänderungen auf dem Automarkt Einfluss haben auf die Preise auf den anderen Märkten. Hat sich also nur ein Preis in einer Volkswirtschaft nicht auf den Gleichgewichtspreis eingependelt, so wird auch eine Vielzahl anderer Preise in dieser Volkswirtschaft in Bewegung bleiben. Da aber niemals alle Preise gleichzeitig genau auf dem Gleichgewichtspreis liegen, werden sich in einer Volkswirtschaft nur die wenigsten Preise wirklich dauerhaft auf einen Gleichgewichtspreis einpendeln können. Zudem wird sich die Nachfrage auch deshalb laufend verändern, weil sich die Bevölkerungsstruktur in einer Volkswirtschaft stetig ändert. Nicht nur eine unterschiedliche Bevölkerungszahl hat Einfluss auf die Nachfrage, auch eine veränderte Altersstruktur wird sich hier auswirken.

Für die bisherigen Ausführungen hatten wir einen vollkommenen Markt mit vollkommenem Wettbewerb vorausgesetzt. Wir wissen auch, dass es solche vollkommenen Märkte in der Realität nicht gibt. So ist es offensichtlich, dass die Voraussetzung, dass Käufe nicht nach persönlichen oder sonstigen Präferenzen getätigt werden, nicht der Wirklichkeit entspricht. In einem Markt mit vielen Konkurrenten, einem Polypol, ist es für die Anbieter wichtig, die Nachfrager dauerhaft für sich zu gewinnen. Gelingt dieses, so hat der Anbieter bei der Preisfestlegung einen größeren Spielraum, da die Kunden auch bei höheren Preisen weiterhin bei dem Anbieter kaufen. Eine solche Kundenbindung kann gelingen durch Werbung, durch einen guten Service, durch eine gute Standortwahl. Für einen Kopierladen ist es sicherlich von Vorteil, wenn er sich zum Beispiel in der Nähe einer Universität befindet.

Die Preisbildung im Monopolmarkt

Als **Monopol** bezeichnen wir einen Anbieter eines oder mehrerer Güter, der auf seinen Märkten keine Konkurrenz hat, dessen Güter also die einzigen auf den entsprechenden Märkten sind. Er ist deshalb bei der Festlegung der Preise für seine Güter nicht von anderen Anbietern abhängig. Dennoch kann auch der Monopolist nicht die Preise und gleichzeitig die Menge, die er verkaufen will, festlegen. Auch für ihn spielt das Nachfrageverhalten der Verbraucher die entscheidende Rolle. Legt er die Preise auf sehr hohem Niveau fest, so wird die Nachfrage nach seinem Produkt geringer sein, als wenn er die Preise niedriger festsetzt. Der Monopolist sieht sich demnach auch einer fallenden Nachfragekurve gegenüber. Den Preis für ein Gut wird der Monopolist so festlegen, dass er den höchstmöglichen Gewinn erzielen wird.

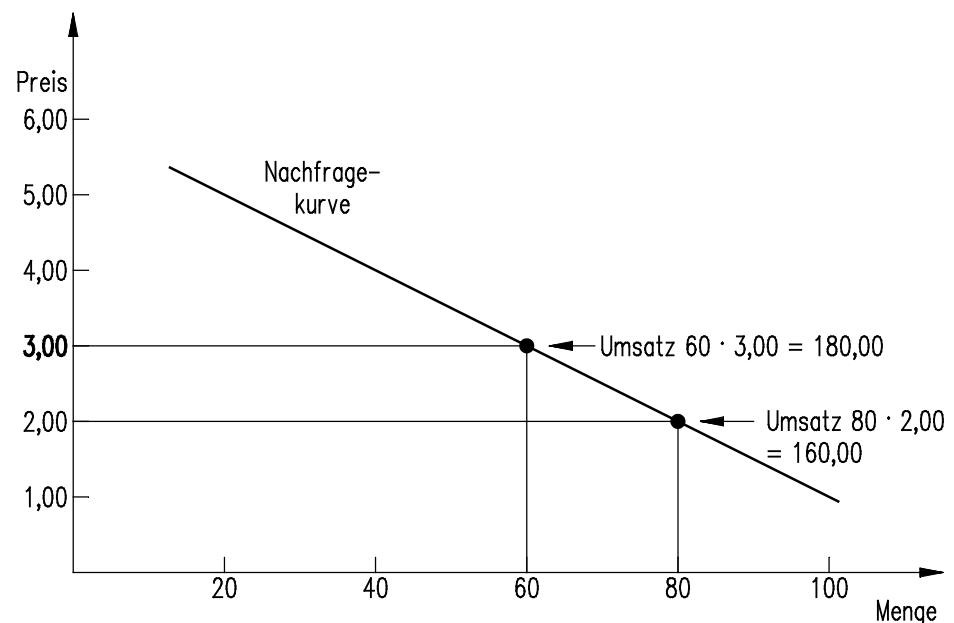


Abbildung 13 Nachfragekurve beim Monopol

Ein Monopolist hat zwar keine aktuelle Konkurrenz auf seinem Markt zu berücksichtigen. Wird jedoch offensichtlich, dass auf dem Monopolmarkt sehr hohe Gewinne zu erzielen sind, so werden andere Anbieter versuchen, zusätzlich in diesen Markt zu drängen, um an den Gewinnmöglichkeiten teilhaben zu können. Das heißt, der Monopolist muss diese so genannte latente Konkurrenz bei seinem Marktverhalten berücksichtigen.

Der Monopolist ist nicht gezwungen, seine Produktivität dauerhaft zu erhöhen. Ist die Nachfrage nach seinem Gut zudem noch sehr unelastisch, so hat er die Möglichkeit, den Preis für sein Monopolgut fast beliebig festsetzen zu können. Ihm fehlt also der Druck, seine Produktionskosten zu senken, sein Produkt weiterzuentwickeln oder sogar neue, innovative Produkte zu entwickeln. Deshalb sind Monopole aus Nachfragersicht negativ zu bewerten. In der Realität sind echte Monopole heute allerdings eher selten zu finden.

Preisbildung im Oligopolmarkt

Das **Angebotsoligopol** ist eine in der Realität häufig vorkommende Marktform. Beispiele sind der Markt für neuproduzierte Autos, der Mineralölmarkt, der Mobiltelefonmarkt, usw. Kennzeichen des Oligopolmarktes ist es, dass vielen Nachfragern nur eine kleine Anzahl von Anbietern gegenüber steht. Oligopolmärkte sind sehr übersichtliche Märkte, da es allen Marktteilnehmern möglich ist, innerhalb kurzer Zeit einen Überblick über die Markt- und Preissituation zu bekommen.

Der Absatz eines Anbieters hängt nicht nur von seiner eigenen Preisfestlegung ab, sondern auch von den Preisen seiner Konkurrenten am Markt. Eine Preissenkung eines Anbieters würden die anderen Anbieter unmittelbar fühlen, da sich ihr Umsatz in diesem Fall rückläufig entwickeln wird. Sie müssten ebenfalls ihre Preise senken. Der erste Anbieter muss bei seiner Preissenkung also schon bedenken, dass die anderen Anbieter ihre Preise ebenfalls herabsetzen werden. Er muss die neue Nachfrage unter dieser Voraussetzung abschätzen. Er muss insbesondere auch die Gefahr bedenken, dass die anderen Anbieter ihre Preise stärker senken, und er selber wieder nachziehen muss. Als Folge daraus kann sich ein ruinöser Preiskampf entwickeln. Der Oligopolist muss eine Preissenkung sehr genau überlegen.

Will ein Anbieter auf einem Oligopolmarkt seine Preise erhöhen, so besteht für ihn die Gefahr, dass die anderen Anbieter ihre Preise nicht erhöhen. Deren Preise liegen danach unter den Preisen des ersten Anbieters, der deshalb befürchten muss, dass sein Umsatz zurückgeht.

Die Preise der Oligopolisten sind also direkt voneinander abhängig. Das führt dazu, dass die Preise für vergleichbare Produkte auf einem Oligopolmarkt häufig sehr nah beieinander liegen. So ist zum Beispiel zu beobachten, dass sich die Benzinpreise in einer Stadt zwischen den einzelnen Tankstellen nur sehr wenig unterscheiden. Auf dem Benzinmarkt ist häufig auch zu beobachten, dass sich ein so genannter Preisführer herausbildet. Ändert dieser Preisführer seine Preise, so ändern die anderen Anbieter ihre Preise in die gleiche Richtung. Folgen die anderen Anbieter dem Preisführer nicht, lassen sie ihre Preise also konstant, so wird auch der Preisführer seine Preise wieder anpassen.

Auf Oligopolmärkten besteht immer die Gefahr, dass es zu Preisabsprachen oder direkter Zusammenarbeit (Kartell) zwischen den Anbietern kommt und dadurch der Wettbewerb außer Kraft gesetzt wird. Diese Kartelle hätten dann eine Monopolstellung in ihrem Markt und könnten demnach auch ihre Preise monopolartig festlegen. Um solche Kartellbildungen, die meistens auf Kosten der Verbraucher gehen, zu verhindern, sind gesetzliche Regelungen und Kontrollen notwendig. Für die Wettbewerbskontrolle in der Bundesrepublik Deutschland sind die Landeskartellbehörden und das Bundeskartellamt zuständig.

Staatliche Einflussnahme auf die Preisbildung

Die Frage der staatlichen Eingriffe in die Preisbildung ist eine Frage nach dem **Wirtschaftssystem** in einem Staat. Greift der Staat überhaupt nicht in das Marktgeschehen ein, so spricht man von einer **freien Marktwirtschaft**. Auf der anderen Seite gibt es die **Planwirtschaft**, in der der Staat das Geschehen am Markt und damit die Preisbildung komplett kontrolliert. Eine solche staatliche Planwirtschaft gab es z.B. in der früheren DDR. Das Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland ist eine **soziale Marktwirtschaft**. Das bedeutet, dass die Märkte weitgehend selbstständig sind. Der Staat greift nur in Ausnahmefällen in die Märkte und damit in die Preisbildung ein. Als ein Beispiel für einen solchen Eingriff des Staates in das Wirtschaftsgechehen haben wir schon die Kartellbehörden genannt.

Die staatliche Preisbeeinflussung kann auf zwei Arten erfolgen. Einerseits kann der Staat direkten Einfluss nehmen, andererseits können die staatlichen Eingriffe indirekt erfolgen.

Staatliche Preisbeeinflussung			
Indirekte Preisbeeinflussung		Direkte Preisbeeinflussung	
Mengenmaßnahme	Preismaßnahmen	Grenzpreise	Festpreise
Vorratshaltung	Zölle	Mindestpreis	Festpreise
Importkontingente	Steuern	Höchstpreise	
Importverbote	Subventionen		

Tabelle 14 Staatliche Eingriffe in die Preisbildung

Direkte staatliche Eingriffe in die Preisbildung liegen vor, wenn der Staat Preise vorgibt. Das kann bedeuten, dass der Staat Höchstpreise, Mindestpreise oder Festpreise diktiert.

Die Festlegung von **Höchstpreisen** bedeutet, dass der Staat die Marktpreise nach oben begrenzt. Diese Maßnahme soll den Verbraucher vor zu hohen Preisen z.B. für Grundnahrungsmittel, schützen. Solange der Höchstpreis über dem Gleichgewichtspreis liegt, wird sich der Preis beim Gleichgewichtspreis einpendeln. Der Markt funktioniert also immer noch. Ist der Höchstpreis jedoch niedriger als der theoretische Gleichgewichtspreis, so wird es zu einem Nachfrageüberhang kommen. Zu diesem niedrigen Preis wäre das Angebot sehr gering und die Nachfrage sehr groß.

Es könnten also nicht alle Nachfrager befriedigt werden. Wird z.B. für Brot ein Höchstpreis festgesetzt und wird dieser so niedrig gesetzt, dass es sich für Bäckereien kaum noch lohnt, Brot anzubieten, so wird die Festsetzung des Höchstpreises zu einer Unterversorgung der Bevölkerung mit Brot führen. Der Staat müsste das Brot rationieren, also z.B. Lebensmittelkarten einführen. Die Bevölkerung müsste ihren Bedarf auf dem „Schwarzen Markt“ decken, wo das Brot zu einem wesentlich höheren Preis als dem Höchstpreis angeboten würde. Für den Verbraucher bringt die staatliche Festsetzung eines Höchstpreises also keinen dauerhaften Nutzen. Diese Maßnahme muss deshalb auf Krisenzeiten beschränkt bleiben.

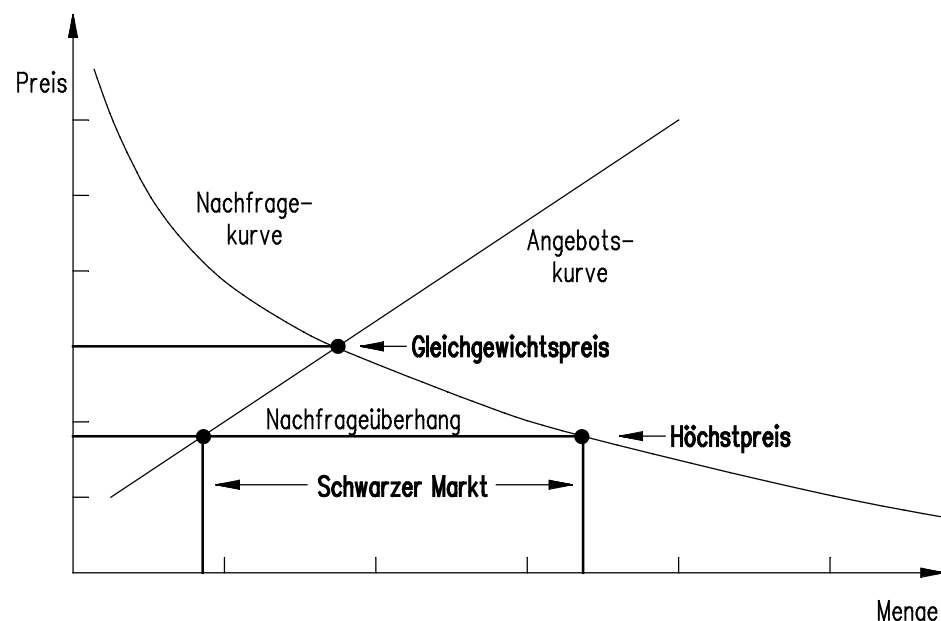


Abbildung 14 Festlegung eines Höchstpreises durch den Staat

Mindestpreise sollen die Produzenten z.B. vor einem ruinösen Konkurrenzkampf schützen. Der Staat legt eine Preisgrenze für ein Produkt fest. Unter diese Grenze darf der Preis dann nicht fallen. Liegt der Mindestpreis über dem Gleichgewichtspreis, so entsteht ein Angebotsüberhang. Der Mindestpreis führt also zu Überschüssen in der Produktion. Die Unternehmer werden versuchen, dennoch nicht auf ihren Waren sitzen zu bleiben. Sie werden versuchen, die überschüssige Ware auf einem „Grauen Markt“ unter dem Mindestpreis zu verkaufen. Um dieses zu verhindern, kann der Staat die Überschüsse zum Mindestpreis aufkaufen.

Eine dritte Möglichkeit der direkten Einflussnahme durch den Staat auf die Preisbildung sind Vorgaben durch **Festpreise**. Da aber auch die Festpreise nur selten mit den Gleichgewichtspreisen übereinstimmen, wird auch hier meistens am Bedarf vorbeiproduziert. Dennoch gibt es in der Bundesrepublik Deutschland in einigen Bereichen staatlich festgelegte Preise. Beispiele sind das Briefporto oder die Preise für Gesundheitsdienstleistungen.

Neben diesen nicht marktkonformen direkten Eingriffen hat der Staat die Möglichkeit, die Nachfrage und das Angebot zu beeinflussen. Solche indirekten Eingriffe in die Preisbildung wären marktkonform, da sie die Mechanismen der Bildung eines Gleichgewichtspreises nicht außer Kraft setzen.

Die **indirekten Eingriffe** des Staates werden unterschieden in **Mengenmaßnahmen** und in **Preismaßnahmen**. Als Beispiel soll hier die Vorratshaltung von landwirtschaftlichen Produkten durch den Staat betrachtet werden. Gibt es in einem Jahr eine besonders reiche Getreideernte, so steht der relativ konstanten Brotnachfrage ein sehr großes Angebot gegenüber. Die Produzenten müssten den Preis für Getreide also entweder stark herabsetzen, um ihr Getreide verkaufen zu können. Oder sie müssten einen Teil der Ernte vernichten. Sie hätten auf jeden Fall große finanzielle Einbußen zu verkraften. Sorgt der Staat in dieser Situation für zusätzliche Nachfrage, so könnte der Preis stabil gehalten werden. Ist umgekehrt die Ernte schlecht ausgefallen, so würde einem kleinen Angebot eine größere Nachfrage nach Brot gegenüberstehen. Die Brotpreise würden also ansteigen. Kann der Staat nun aus seinen Lagern wieder Getreide verkaufen, so würde er das Angebot vergrößern und damit den Brotpreis stabil halten können.

Importkontingente und **Importverbote** zum Schutz der heimischen Produzenten vor ausländischen Billigproduzenten spielen heute keine große Rolle mehr. Internationale Handelsabkommen sorgen für einen weltweiten Preiswettbewerb.

Die indirekte Preisbeeinflussung durch den Staat kann auch über Preismaßnahmen geschehen. Das können zum Beispiel **Subventionen** sein. Das heißt, der Staat gewährt ganzen Wirtschaftszweigen, einzelnen Unternehmen oder Einzelpersonen finanzielle Unterstützung. So können Unternehmen, die nicht zum Marktpreis produzieren können, trotzdem ihre Güter zum Marktpreis anbieten und dadurch z.B. Arbeitsplätze sichern.

Ein weiteres Mittel, die Preise zu beeinflussen, hat der Staat durch seine **Steuergebung**. Als Beispiel sei hier die Mineralölsteuer genannt. Erhöht der Staat die Mineralölsteuer, so wird der Preis für Benzin steigen. Der Staat kann sich dadurch zum Beispiel einen geringeren Benzinverbrauch und damit eine Entlastung der Umwelt erhoffen. Andererseits können Steuervergünstigungen zum Beispiel beim Bau von Eigenheimen dazu führen, dass sich mehr Familien den Bau eines eigenen Hauses leisten können.

Wir sehen also, dass dem Staat eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um die Preise auf den verschiedenen Märkten zu beeinflussen. Wir haben auch festgestellt, dass insbesondere die direkten Eingriffe nur mit besonderer Vorsicht anzuwenden sind. Auch über die Folgen der indirekten Eingriffe muss genau nachgedacht werden, bevor solche Eingriffe in das Marktgeschehen vorgenommen werden. Störungen des Marktgleichgewichts in einem Marktbereich können sich auch auf an-

Aufgaben

dere Marktbereiche auswirken und somit dauerhafte negative Folgen für die gesamte Marktwirtschaft haben. Andererseits können auch fehlende oder zum falschen Zeitpunkt kommende staatliche Eingriffe einen Markt aus dem Gleichgewicht bringen. Wirtschaftspolitik setzt also exakte Analysen der wirtschaftlichen Lage und der wahrscheinlichen Folgen der staatlichen Eingriffe voraus.

Aufgabe 1

Was versteht man unter dem Begriff Markt?

Aufgabe 2

Was sind konkrete Märkte? Was sind abstrakte Märkte?

Aufgabe 3

Beschreiben Sie die Begriffe Polypol, Oligopol und Monopol? Versuchen Sie, Beispiele zu finden!

Aufgabe 4

Warum ist es Unternehmen nicht möglich, das Angebot genau der Nachfrage anzupassen?

Aufgabe 5

Welche Funktionen hat der Preis?

Aufgabe 6

Wann ist es für Unternehmen sinnvoll, Güter zu einem Preis anzubieten, der unterhalb der Herstellungskosten liegt?

Aufgabe 7

Warum fallen in aller Regel die Preise, wenn auf einem Markt ein Monopol beendet wird?

Aufgabe 8

Warum ist auf Oligopolmärkten häufig zu beobachten, dass die Preise über einen längeren Zeitraum stabil bleiben? Erläutern Sie ihre Antwort am Beispiel Automobilmarkt!

Aufgabe 9

Warum kann es manchmal sinnvoll sein, dass der Staat Preise festlegt?

4 Geldwesen

Lernbereich

4.1 Geld im Wirtschaftskreislauf

In den vorangehenden Kapiteln wurden eine ganze Reihe volkswirtschaftlicher Begriffe eingeführt, wie z.B. Bruttonationaleinkommen, Einkommen, Steuern, Kosten, Preis usw. Alle diese Begriffe werden in Geldeinheiten, z.B. DM oder Euro, gemessen. Das **Geld** spielt in einer Volkswirtschaft offensichtlich eine ganz zentrale Rolle.

Geld ist aber nicht naturgegeben, sondern eine Erfindung des Menschen. Als es den Menschen noch möglich war, all die Dinge, die sie zum Leben benötigten, selbst herzustellen, brauchten sie kein Geld. Irgendwann haben sich jedoch die Bedürfnisse der Menschen erweitert. Sie waren nicht mehr in der Lage, alles selbst herzustellen. Sie begannen deshalb, Güter zu tauschen. Diese **Naturaltauschwirtschaft** brachte aber einige Probleme mit sich. Hatte jemand Weizen anzubieten und wollte im Gegenzug dafür ein Rind erwerben, so musste er erst einmal jemanden finden, der ein Rind abzugeben hatte und dafür Weizen bekommen wollte. Dann musste man sich noch über das **Tauschverhältnis** einigen. Die Menschen gingen deshalb dazu über, ein **Zwischentauschgut** einzuführen. Das konnten zum Beispiel Schweine sein.

Diese ließen sich dann jederzeit gegen die Waren eintauschen, die jemand abgeben oder erwerben wollte. Man hatte also einen **Wertmaßstab** für die Waren auf den **Tauschmärkten** gefunden, und damit das Geld, ein **Warengeld**, erfunden. Dieses Geld hatte noch einen eigenen Gebrauchswert. Die Schweine ließen sich beispielsweise bei Bedarf schlachten. Sie hatten aber einen großen Nachteil: Sie waren groß und unhandlich und mussten untergebracht und gefüttert werden.

Man ging deshalb dazu über, mit Edelmetallen zu handeln. Dieses **Metallgeld** ließ sich beliebig teilen, es war leicht zu transportieren und es war allgemein anerkannt. Es entstanden Goldmünzen mit Prägungen, die Auskunft über Gewicht und Reinheit, also über den Wert der Münzen, gaben (so lässt sich z.B. das britische „Pfund“ darauf zurückführen; die Deutsche Mark leitete sich ab von der mittelalterlichen Gewichtseinheit Mark, z.B. Kölner Mark = 234 g).

Irgendwann gingen die Menschen dazu über, die Goldmünzen nicht mehr zu Hause aufzubewahren. Die sichere Aufbewahrung des Geldes übernahmen die Goldschmiede für sie. Diese gaben Quittungen über die eingelagerten Goldmünzen heraus. Gegen diese Quittungen bekam man sein Geld zurück. Die Quittungen ließen sich natürlich auch weitergeben. Dadurch wurden sie zu anerkannten **Zahlungsmitteln**. Die ersten **Banknoten** waren entstanden.

In unserer modernen Volkswirtschaft spielen aber auch die Banknoten nicht mehr die dominante Rolle in der Geldwirtschaft. Eine viel größere Bedeutung hat das so genannte **Buchgeld**. Rechnungen werden in aller Regel durch Überweisungen beglichen, d.h. der Betrag wird vom eigenen Bankkonto heruntergerechnet und dem Bankkonto des Gläubigers gutgeschrieben. Auch Kredite werden nicht bar ausgezahlt, sondern auf ein Konto überwiesen. Heute beträgt in der Bundesrepublik Deutschland die Menge des Buchgeldes mehr als das Doppelte der Menge des umlaufenden Bargeldes.

Münzen werden in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundesregierung herausgegeben, die diese Münzen an die Bundesbank verkauft. Die Differenz zwischen Herstellungskosten und dem Verkaufspreis, also dem Nennwert der Münzen, fließt als Gewinn in den Bundeshaushalt.

Die Banknoten dürfen nur von der Zentralbank, also der Bundesbank, herausgegeben werden. Münzen und Banknoten sind gesetzliches Zahlungsmittel und müssen von jedermann angenommen werden (Ausnahmen gibt es bei den Münzen).

Die Deutsche Bundesbank erfasst in ihren Statistiken die Entwicklung der Geldmenge. Das sind zum einen die Entwicklungen der im Umlauf befindlichen Banknoten und Münzen, zum anderen die Höhe der Sichtguthaben, die Höhe der Terminguthaben und die Höhe der Sparguthaben. Als wichtiges Entscheidungskriterium nutzt die Bundesbank zudem noch den Begriff der Zentralbankgeldmenge. Das ist die Summe aus dem Bargeldumlauf in den Händen von Nichtbanken plus die Mindestreserven der Kreditinstitute für ihre Inlandsverbindlichkeiten. Anhand dieser Entscheidungsgrößen versucht die Bundesbank über ihre Leitzinssätze das Geldmengenwachstum zu beeinflussen.

Im Jahr 1999 betrug der Bargeldumlauf in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 289.972 Millionen DM. Seit der Einführung des Euro-Bargeldes 2001 wird der Bargeldumlauf ausschließlich für das gesamte Euro-Währungsgebiet ausgewiesen. Er beträgt ca. 2500 Mrd. €.

Die Funktionen des Geldes

1. Geld als Tauschmittel

Wir leben heute in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft. Wir sind also nicht in der Lage, alle die Güter, die wir zum Leben brauchen, selbst herzustellen. Es hat sich also eine Tauschwirtschaft entwickelt. Wir haben schon gesehen, dass es beim Naturaltausch zu Schwierigkeiten kommen kann, wenn man nicht einen passenden Tauschpartner für seine Güter findet. Existiert aber ein allgemein anerkanntes Zahlungsmittel, das den verschiedenen Tauschaktionen zwischengeschaltet wird, so ist es häufig kein Problem mehr, einen Tauschpartner zu finden. Will unser Bauer aus dem obigen Beispiel seinen Weizen gegen ein Rind tauschen, so braucht er nicht mehr jemanden suchen, der ein Rind anzubieten hat und Weizen sucht. Er muss nur jemanden finden, der bereit ist, seinen Weizen mit Geld zu bezahlen. Danach kann der Bauer versuchen, jemanden zu finden, der ihm für dieses Geld ein Rind verkauft.

Der Tauschhandel ist für den Bauern also mit wesentlich weniger Problemen verbunden. Eine arbeitsteilige Volkswirtschaft wird immer auf Geld als Tauschmittel angewiesen sein.

2. Geld als Recheneinheit

Kommen wir nochmal auf unser Beispiel zurück. Will der Bauer seinen Weizen gegen ein Rind austauschen, so muss er sich mit dem Anbieter des Rindes darauf einigen, in welchem Verhältnis das Rind gegen den Weizen eingetauscht werden soll. Er wird also wissen wollen, wieviel kg Weizen er für ein Rind herzugeben hat. Aber er will seinen Weizen wahrscheinlich nicht nur gegen Rinder eintauschen, sondern auch gegen andere Güter, die er braucht. Er muss demnach eine Vielzahl von unterschiedlichen Tauschverhältnissen kennen. Werden auf einem Markt nur sechs Güter gehandelt, so muss er schon 15 verschiedene Tauschverhältnisse kennen. Er sollte das Tauschverhältnis von Gut 1 mit Gut 2, 3, 4, 5 kennen. Er sollte weiterhin wissen, wieviel Mengeneinheiten er von Gut 2 im Tausch mit Gut 3, 4, 5 bekommt, usw.

Wird hingegen das Geld als Recheneinheit benutzt, so braucht der Bauer nur noch die Preise der sechs Güter zu wissen, um seine Tauschgeschäfte abschließen zu können. Das Geld ist ein einheitlicher Wertmaßstab. Mit ihm lässt sich der Wert eines Gutes oder einer Dienstleistung ausdrücken und vergleichen. Es gelingt also, völlig unterschiedliche Dinge, z.B. Weizen mit Rindern, zu vergleichen.

3. Geld als Zahlungsmittel

Da das Geld als Tauschmittel und als Rechnungseinheit dient, kann es als Zahlungsmittel genutzt werden. Güter können am Markt zu einem bestimmten Preis mit dem Geld bezahlt werden. Das Geld wird allgemein als Zahlungsmittel anerkannt.

4. Geld als Wertaufbewahrungsmittel

Erhält man für verkaufte Güter oder Dienstleistungen Geld, so besteht die Möglichkeit, dieses Geld beliebig lange aufzubewahren. Man speichert also den Wert der erbrachten Leistung für eine bestimmte Zeit. Das Geld wird zum Wertaufbewahrungsmittel. Wir werden später sehen, dass das Geld auch an Wert verlieren kann und dadurch seine Rolle als Wertaufbewahrungsmittel in Gefahr geraten kann. In solchen Zeiten kann das Geld auch seine Rolle als Tausch- und Zahlungsmittel verlieren. So verlor das Geld in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg diese Rollen. Als allgemeines Tauschmittel, und damit als Naturalgeld, waren zumindest im privaten Bereich Zigaretten anerkannt.

Geld lässt sich in zwei große Gruppen einteilen. Auf der einen Seite das stoffwertige Geld, auf der anderen Seite das unterwertige Geld. Gemeinsam sind den beiden Gruppen bestimmte Eigenschaften, die an das Geld gestellt werden, damit dieses seine vier Aufgaben erfüllen kann. Das Geld muss teilbar sein, es soll also auch kleinteilige Einheiten des Geldes geben, das Geld muss haltbar sein, es muss selten sein, es soll schwer fälschbar sein, usw. **Stoffwertiges Geld** oder **Warengeld** waren früher z.B. Vieh oder Muscheln (Muschelgeld ist in einigen Gegenden der Südsee auch heute noch gebräuchlich). Aus diesem Warengeld hat sich das **Metallgeld** entwickelt.

Dieses Münzgeld war früher in der Regel aus Gold und Silber hergestellt, heute hauptsächlich aus Kupfer, Nickel und Messing. Entspricht sein Nennwert dem Materialwert, so spricht man von **Kurantmünzen**. Liegt der Materialwert der Münzen unter dem Nennwert, so werden diese Münzen als **Scheidemünzen** bezeichnet. Diese Form der Münzen ist heute die in den meisten Ländern übliche Form. Diese Scheidemünzen gehören schon zur Gruppe des **unterwertigen Geldes**.

Weitere Formen des unterwertigen Geldes bzw. des stoffwertlosen Geldes sind **Banknoten**, also das Papiergeld, und **Buchgeld**. Buchgeld sind Guthaben auf Konten bei Geschäftsbanken. Der Wert dieses Geldes ist weitgehend getrennt von seinem Stoffwert. Ursprünglich waren die Staatsbanken verpflichtet, neben den umlaufenden Kurantmünzen umlaufende Scheidemünzen und Banknoten jederzeit in Gold umzutauschen. Für das umlaufende stoffwertlose Geld musste es also eine gleichwertige Goldreserve bei der Staatsbank geben. Die Pflicht zur Deckung des Geldes mit Gold begrenzte die Geldmenge, da Gold ein knappes Gut ist. Der Staat kann in diesem Fall nicht beliebig viel Geld in Umlauf bringen, um seine eigenen Aufgaben zu finanzieren.

Später ging man dazu über, für die umlaufenden Scheidemünzen und Banknoten nur noch eine teilweise Golddeckung bereitzustellen bzw. durch Gold ungedeckte Banknoten einzuführen. Der Euro ist eine solche nicht an ein Metall gebundene Währung (**freie Währung**). Die Deckung einer freien Währung erfolgt durch die in der Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen. Der Vorteil einer solchen freien Währung liegt darin, dass der Staat bzw. die Notenbank die Geldmenge den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen kann.

Unter Geld verstehen wir heute die **gesetzlichen Zahlungsmittel** (Münzen und Banknoten) sowie die **Sichtguthaben** bei Banken (Buchgeld).

4.2 Messung des Geldwertes

Das Geld hat sich im Laufe der Geschichte vom stoffwertigen Geld immer mehr zum stoffwertlosen Geld gewandelt. Das heißt, der Materialwert der heutigen Münzen und der im Umlauf befindlichen Geldscheine spielt keine wesentliche Rolle mehr. Trotzdem können wir für dieses Geld Güter kaufen, dieses Geld hat also einen Wert, die Kaufkraft. Die **Kaufkraft des Geldes** ist die Höhe seines Tauschwertes. Das bedeutet, dass die Kaufkraft ausdrückt, wieviele Geldeinheiten bezahlt werden müssen, um bestimmte Güter zu kaufen. Betrachtet man die Kaufkraft einer Währung bezüglich der innervolkswirtschaftlichen Gütertäusche, so spricht man vom **Binnenwert des Geldes**. Wird der zwischenstaatliche Wirtschaftsverkehr betrachtet, so betrachtet man den **Außenwert des Geldes**.

Die Kaufkraft des Geldes bleibt nur selten über einen längeren Zeitraum stabil. Bei der Betrachtung der Entstehung der Preise auf einem Markt haben wir gesehen, dass die Preise für Güter in der Regel Schwankungen unterworfen sind. Musste man vor einigen Jahren für eine Hose noch 50,00 € bezahlen, so liegt der Preis für das gleiche Produkt heute bei vielleicht 100,00 €. Das bedeutet, dass wir für 100,00 € vor einigen Jahren noch zwei Hosen hätten kaufen können. Die Kaufkraft des Geldes hat in dieser Zeit also nachgelassen, weil wir vor einigen Jahren noch mehr Güter für die gleiche Menge Geld hätten kaufen können. Wäre der Preis für die Hose von 50,00 € auf 25,00 € gefallen, so könnten wir heute für 100,00 € insgesamt vier solcher Hosen kaufen. Wir können also festhalten: **Steigende Preise führen zu sinkender Kaufkraft. Fallende Preise führen zu steigender Kaufkraft.**

Die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes lässt sich demnach direkt aus der Entwicklung des **Preisniveaus** ablesen. Zur Berechnung des Preisniveaus ermitteln die Statistiker (zum Beispiel beim Statistischen Bundesamt) den **Lebenshaltungskostenindex**. Dieser wird ermittelt, indem zuerst ein so genannter Warenkorb zusammengestellt wird. Hierin werden die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben der Haushalte in Deutschland zusammengefasst. Die Gesamtsumme des Warenkorbs wird für ein bestimmtes Jahr auf 100 % gesetzt. Im darauf folgenden Jahr wird der Warenkorb neu gefüllt und zu den neuen Preisen neu bewertet.

Beispiel: Wurde im Jahr 1995 ein Warenkorb für 5000 € gefüllt, so hätte sich der gleiche Warenkorb bis 2002 auf 5505 € verteuert.

Jahr	Warenkorb in €	Preisindex	Inflationsrate
1995	5000,00	100,0	
1996	5075,00	101,5	1,5 %
1997	5171,43	103,4	1,9 %
1998	5217,96	104,4	0,9 %
1999	5249,28	105,1	0,6 %
2000	5322,76	106,6	1,4 %
2001	5429,22	108,7	2,0 %
2002	5505,22	110,2	1,4 %

Tabelle 15 Preisentwicklung eines Beispielwarenkorbes

Der Lebenshaltungskostenindex in der Bundesrepublik Deutschland ist von 1995 bis 2002 also um ca. 10 % gestiegen.

Da sich die Lebensgewohnheiten und damit auch die Konsumgewohnheiten der Bevölkerung im Laufe der Zeit verändern, ist es notwendig, den Warenkorb den veränderten Gegebenheiten immer wieder anzupassen. So kam noch vor wenigen Jahren

der Kauf von Computern, Computersoftware oder Handys von privaten Haushalten fast gar nicht vor. Heute gehören auch die meisten privaten Haushalte zu den Kunden solcher Produkte. Dafür werden vielleicht andere Produkte weniger nachgefragt (z.B. Schreibmaschinen). Diese Veränderungen werden durch die laufende Aktualisierung des Warenkorbs berücksichtigt.

In der Bundesrepublik Deutschland betrug der Preisanstieg im Jahr 2002 1,4 %. Ein Warenkorb, der am Anfang des Jahres 2002 also 10.000,00 € kostete, kostete Anfang 2003 10.140,00 €. Die Verbraucher mussten also für die gleichen Güter ein Jahr später genau 140,00 € mehr bezahlen. Die Kaufkraft des Geldes hat nachgelassen. Ist diese Entwicklung für die Verbraucher nun auf jeden Fall negativ, ist also seine reale Kaufkraft auch zurückgegangen, d.h. kann er sich tatsächlich weniger leisten?

Land	Inflationsrate	Land	Inflationsrate
Japan	– 0,9 %	Italien	2,7 %
Deutschland	1,4 %	Großbritannien	3,2 %
USA	1,6 %	Indien	3,6 %
Frankreich	1,7 %	Mexiko	5,7 %
Polen	2,0 %	Russland	15,0 %
Türkei	2,6 %	Rumänien	17,8 %

Tabelle 16 Inflationsraten im internationalen Vergleich 2002

Das volkswirtschaftlich verfügbare Einkommen in Deutschland, das der Summe der Nettoeinkommen aus Arbeit, öffentlichen Zahlungen (z.B. Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) und Sparsinsen entspricht, steigerte sich im Jahr 2002 nur um 1,2 %. Es blieb also unter der Inflationsrate von 1,4 %. Die Haushalte wurden damit stärker belastet, wodurch die Anschaffungen zurückgingen.

Die Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex spiegelt aber nicht die tatsächliche Preisentwicklung in einer Volkswirtschaft wider, da dieser Index nur den Verbrauch der privaten Haushalte wiedergibt. Um die tatsächliche Kaufkraft des Geldes zu berechnen, müssen auch Indizes für die Entwicklung der Preise von Grundstoffen, Industriegütern usw. betrachtet werden.

Warum kommt es zu Veränderungen der Kaufkraft des Geldes? Betrachten wir eine Volkswirtschaft, in der nur eine bestimmte Menge eines Produktes, zum Beispiel 100 Fahrräder, vorhanden ist. Außerdem beträgt in dieser Volkswirtschaft die gesamte Geldmenge genau 10.000 €. Das bedeutet, dass ein Fahrrad genau 100 € kosten wird und 100 € genau die Kaufkraft hat, um ein Fahrrad zu kaufen. Ändert sich die Geldmenge in dieser Volkswirtschaft, so werden sich auch der Preis für das Fahrrad und die Kaufkraft des Geldes ändern. Hat die Volkswirtschaft 15.000 € zur Verfügung, so wird ein Fahrrad 150 € kosten. Ändert sich die Geldmenge nicht, stehen also weiterhin genau 10.000 € zur Verfügung, wird aber das Angebot an Fahrrädern auf 200 Stück erhöht, so wird ein Fahrrad in Zukunft nur noch 50 € kosten.

Die Kaufkraft des Geldes erhöht sich also, wenn die Gütermenge bei gleichbleibender Geldmenge steigt. Umgekehrt nimmt die Kaufkraft des Geldes ab, wenn die Gütermenge gleich bleibt, die Geldmenge aber steigt. Nehmen beide Werte im gleichen Umfang zu, erhöht sich die Geldmenge also zum Beispiel auf 15.000 € und die Gütermenge auf 150 Stück, so bleiben die Preise stabil. Das Fahrrad wird immer noch 100 € kosten. Die Kaufkraft des Geldes bleibt demnach gleich. Wenn wir davon ausgehen, dass in unserer Ausgangssituation (Geldmenge 10.000 €, 100 Fahrräder zu 100 € pro Stück) alle Fahrräder verkauft werden, so ergibt sich folgende Formel:

$$\begin{array}{rclcl} 10000 \text{ €} & = & 100 \text{ Stück} & \cdot & 100 \text{ €} \\ \text{Geldmenge} & = & \text{Handelsvolumen} & \cdot & \text{Einzelpreis} \\ G & = & H & \cdot & P \end{array} \quad (\text{Formel 2})$$

Die umlaufende Geldmenge entspricht also genau dem Produkt aus Preisen und Handelsvolumen aller in einer Volkswirtschaft gehandelten Güter und Dienstleistungen.

Die 10.000 € verschwinden aber nach dem Kauf der Fahrräder nicht aus dem Wirtschaftskreislauf. Für dieses Geld werden wieder neue Produkte gekauft. Das Geld durchläuft also mehrmals die Märkte und die Häufigkeit dieser Durchläufe wird die Durchlaufgeschwindigkeit des Geldes genannt. Ein 10-€-Schein, der zweimal zur Bezahlung benutzt wird, hat also den gleichen Effekt, wie ein 20-€-Schein, der nur einmal zur Zahlung genutzt wird. Wir müssen in unserer Formel also die Geldmenge in Verbindung mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sehen und erhalten damit die so genannte **Fischer-Formel** (nach Irving Fischer, amerikanischer Nationalökonom):

$$\begin{array}{rclcl} G & \cdot & U & = & H \cdot P \\ \text{Geldmenge} & \cdot & \text{Umlauf-} & = & \text{Handels-} \cdot \text{Einzelpreis} \\ & & \text{geschwindigkeit} & & \text{volumen} \end{array} \quad (\text{Formel 3})$$

Daraus ergibt sich folgende Formel:

$$\text{Preisniveau} = \frac{\text{Geldvolumen} \cdot \text{Umlaufgeschwindigkeit}}{\text{Handelsvolumen}} \quad (\text{Formel 4})$$

Wir sehen also, dass das **Preisniveau** in einer Volkswirtschaft und damit die Kaufkraft des Geldes in dieser Volkswirtschaft von drei Faktoren abhängt: Erstens vom **Geldvolumen**, zweitens von der **Umlaufgeschwindigkeit** des Geldes und drittens vom gesamten **Handelsvolumen** in der Volkswirtschaft. Eine Veränderung einer dieser Werte führt also zu einer Veränderung der Kaufkraft des Geldes.

Wir haben bisher den Binnenwert des Geldes betrachtet. Da eine Volkswirtschaft aber normalerweise nicht isoliert vom Rest der Welt arbeitet, weil sie also mit anderen Volkswirtschaften wirtschaftliche Beziehungen unterhält, hat das Geld auch einen so genannten **Außenwert**.

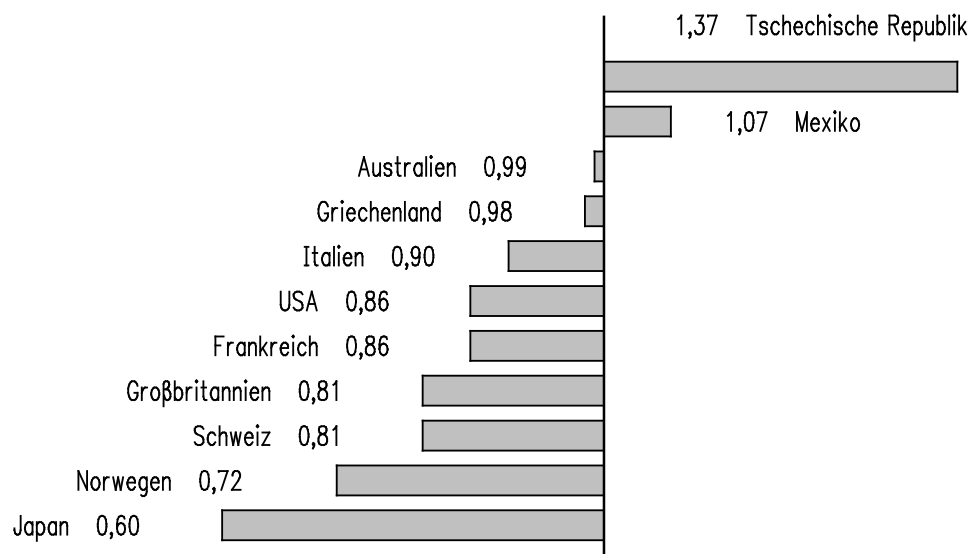


Abbildung 15 Kaufkraft des Euro im Ausland.
Für einen Euro erhält man im jeweiligen Land Waren und Dienstleistungen im Gegenwert von ... Euro (Stand 2003)

Dieser Außenwert ist das Austauschverhältnis einer Währung im Vergleich mit einer anderen Währung. Dieses Austauschverhältnis wird **Wechselkurs** genannt. Die Wechselkurse werden entweder an den Devisenmärkten aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage an und nach den Währungen bestimmt (freier oder **flexibler Wechselkurs**). Die freie Bestimmung des Wechselkurses wird auch als **Floating** bezeichnet. Daneben gibt es auch **gebundene** (oder feste) **Wechselkurse**, bei denen eine Währung im festen Verhältnis zu einer Leitwährung (zum Beispiel zum US-Dollar) gesetzt wird.

Ein Mischsystem zwischen diesen beiden Systemen ist das **Wechselkurssystem mit Bandbreiten**, bei dem die Wechselkurse in bestimmten, festgelegten Grenzen frei floaten können. Die Grenzen werden oberer Interventionspunkt und unterer Interventionspunkt genannt. Erreicht der Wechselkurs einen dieser Punkte, müssen die Notenbanken durch Devisenkäufe oder Devisenverkäufe versuchen, den Wechselkurs wieder innerhalb der vorgeschriebenen Schwankungsbreite zurückzuführen.

Die Höhe der Wechselkurse hat Auswirkungen auf den Import und Export einer Volkswirtschaft.

4.3 Geldwertstörungen

Kommen wir noch einmal zurück auf die so genannte **Verkehrsgleichung des Geldes**, die von Irving Fischer aufgestellt wurde:

$$\text{Preisniveau} = \frac{\text{Geldvolumen} \cdot \text{Umlaufgeschwindigkeit}}{\text{Handelsvolumen}}$$

Das Preisniveau in einer Volkswirtschaft ist also abhängig von verschiedenen Faktoren. Zudem wissen wir aus unserer alltäglichen Erfahrung, dass das Preisniveau nicht dauerhaft stabil ist. Bei der Untersuchung der Preisbildung auf Märkten haben wir auch gesehen, dass die Preise für die Güter auf den Märkten sich gegenseitig beeinflussen und sich in der Regel nicht dauerhaft auf ihren Gleichgewichtspreisen einpendeln. Das Preisniveau in einer Volkswirtschaft ändert sich also fortwährend.

Inflation

Definition: Unter Inflation versteht man eine langfristig zu beobachtende Zunahme des Preisniveaus.

Was bedeutet das? Wichtig sind bei dieser Definition zwei Begriffe: Als Inflation wird eine Erhöhung des Preisniveaus nur bezeichnet, wenn diese über einen längeren Zeitraum zu beobachten ist. Erhöht sich das Preisniveau nur über einen kurzen Zeitraum, zum Beispiel verursacht durch saisonale Gründe, so spricht man nicht von Inflation. Zweitens ist es wichtig zu beachten, dass Inflation eine Erhöhung des Preisniveaus bezeichnet. Der Preisanstieg für einzelne Güter (z.B. im Herbst für Heizöl) wird nicht als Inflation bezeichnet.

Die Messung der Inflation oder allgemein der Änderung des Preisniveaus geschieht mithilfe so genannter Indizes. Der gebräuchlichste Index für die Ermittlung des Preisniveaus in der Bundesrepublik Deutschland ist der **Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland**. Dazu stellt das Statistische Bundesamt verschiedene Warengruppen in einem Wägungsschema zusammen und ermittelt für die einzelnen Warengruppen die Preisentwicklung. Aus diesen einzelnen Preisentwicklungen ergibt sich dann der Index für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

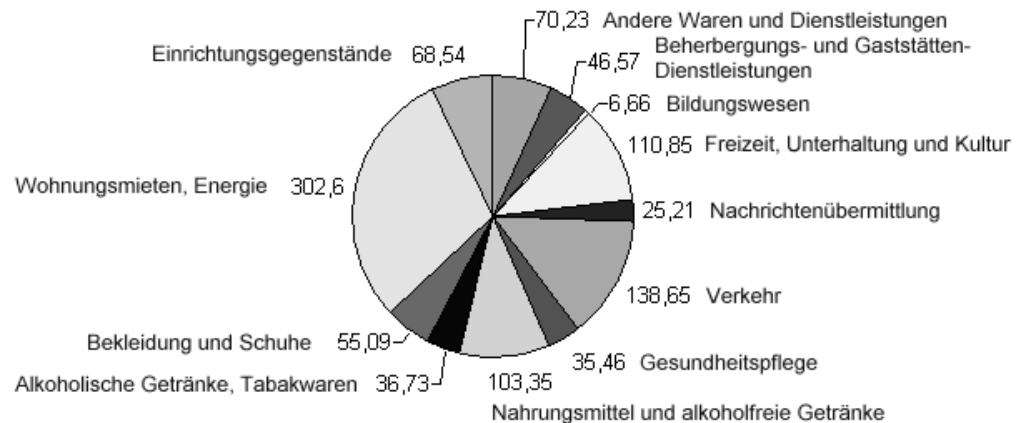


Abbildung 16 Wägungsschema zur Ermittlung des Preisindizes für die Lebenshaltung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (Stand 2003, Angaben in Promille)

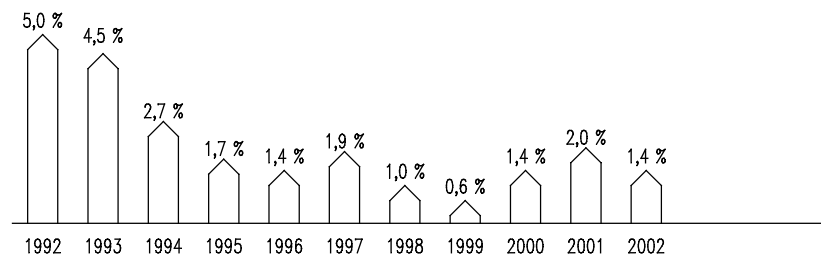


Abbildung 17 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Wir sehen, dass die Geldentwertung in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland sehr langsam war, seit 1995 sogar unter 2 % pro Jahr. In einem solchen Fall spricht man lediglich von einer **inflationistischen Tendenz**. Werte zwischen 2 % und 5 % wie in den Jahren 1992 bis 1994 werden als **schleichende Inflation** bezeichnet. Eine Inflationsrate zwischen ca. 1 % und 3 % wird jedoch nicht als wirkliche Störung des Wirtschaftssystems angesehen. Im Gegenteil, ein solcher Wert gilt sogar als Kennzeichen eines gesunden Wirtschaftswachstums. Die leichte Inflation ist ein Zeichen dafür, dass die Volkswirtschaft ausreichend mit Geld versorgt ist, also ein ausreichend hohes Geldvolumen im Umlauf ist. Dadurch werden die Zinsen in der Volkswirtschaft niedrig gehalten, was dem Wirtschaftswachstum wieder zugute kommt. Gelingt es jedoch nicht, diese schleichende Inflation unter Kontrolle zu halten, so kommt es zu einer **trabenden Inflation**.

Damit sind Inflationsraten um ca. 10 % pro Jahr gemeint. Solche Werte traten in den letzten Jahren z.B. in den Ländern Osteuropas häufig auf (Beispiele 1998: Polen 11,8 %, Tschechische Republik 10,7 %, Rumänien 40,6 %). Solche Inflationsraten sind für Lohn- und Gehaltsempfänger schon deutlich spürbar. Die Kaufkraft des Geldes lässt kräftig nach. Um diesen Rückgang des Realeinkommens auszugleichen, sind Forderungen nach Lohnerhöhungen häufig unvermeidlich. Das führt in den Unternehmen aber zu steigenden Kosten, die dann in Form von höheren Preisen wieder weitergegeben werden. Gelingt es in einer solchen Situation nicht, die steigende Inflation in den Griff zu bekommen, so kann das zu einer **galoppierenden Inflation** führen.

Eine solche galoppierende Inflation gab es zum Beispiel in den 1980er-Jahren in einigen Ländern Südamerikas. So hatte Argentinien im Jahr 1983 eine Inflationsrate von ca. 400 % und Brasilien 1985 eine Inflationsrate von ca. 230 %.

Die extrem stark steigenden Preise führen dazu, dass die Privathaushalte versuchen, ihre Einkommen möglichst schnell in Sachgüter umzutauschen, da das Geld innerhalb kurzer Zeit einen großen Teil seines Wertes verloren haben wird. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und die Nachfrage nach Gütern nimmt also sehr stark zu. Demgegenüber werden die Unternehmer versuchen, ihre Waren möglichst lange vom Markt zurückzuhalten. Denn für die Unternehmer besteht bei starker Inflation die Möglichkeit, für die gleichen Güter vielleicht schon wenige Tage später den doppelten Preis zu bekommen. Das Angebot wird also knapper.

Dieser Teufelskreis kann häufig nur noch durch eine Währungsreform, also durch einen kompletten Neuanfang mit einer neuen Währung, durchbrochen werden. Eine solche Situation gab es in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Den Wertverlust der damaligen deutschen Währung zeigt die Tabelle 17.

Monat	Dollarkurs
Juli 1914	4,20
Januar 1919	8,90
Juli 1919	14,00
Januar 1920	64,80
Juli 1920	39,50
Januar 1921	64,90
Juli 1921	76,70
Januar 1922	191,80
Juli 1922	493,20
Januar 1923	17 972,00
Juli 1923	353 412,00
August 1923	4 620 455,00
September 1923	98 860 000,00
Oktober 1923	25 260 208 000,00
November 1923	4 200 000 000 000,00

Tabelle 17 Dollar-Kurse 1914-1923 (in Mark)

Die Ursachen der Inflation werden üblicherweise unterschieden in die Nachfrageinflation und die Angebotsinflation. Bei der Nachfrageinflation geht der erste Anstoß der Preiserhöhungen auf die Nachfrageseite zurück, bei der Angebotsinflation geht der Impuls von der Angebotsseite aus.

Die **Nachfrageinflation** erklärt die Preissteigerungen mit einem Nachfrageüberhang auf den Märkten. Eine kurzfristige Ausdehnung der Produktion ist den Unternehmen nicht möglich, die Nachfrage übersteigt also das Angebot, die Preise steigen. Auch nach einer solchen Preissteigerung kann der Nachfrageüberhang bestehen bleiben, weil nicht alle Nachfrager die Möglichkeit hatten, die nachgefragten Güter zu erwerben. Auch nach dem Preisanstieg kann deshalb die neue Nachfrage noch größer als das Angebot sein. Die Preise steigen weiter. Damit sich dieser Ablauf fortsetzen kann, ist es notwendig, dass die Nachfrager auch ihre Ausgaben erhöhen können.

Dies ist dann der Fall, wenn die Einnahmen der Haushalte steigen. Die Unternehmerhaushalte steigern ihre Einnahmen durch die höheren Preise, die sie für ihre verkauften Produkte erzielen. Die Arbeitnehmerhaushalte können ihre Einnahmen steigern, da die erhöhte Nachfrage nach Gütern zu einer Erhöhung der Produktion und damit zu einer höheren Nachfrage nach Arbeitsleistung führt. Lohnerhöhungen können also

leichter durchgesetzt werden. Es kommt zu einem Kreislauf: Nachfrageüberschuss, Preissteigerung, Lohnsteigerung, Nachfrageüberschuss, usw. Aber dieser Kreislauf muss nicht ununterbrochen weitergehen. Zum einen wird es Gruppen geben, bei denen die Produktionserhöhung nicht automatisch zu einer Erhöhung des Einkommens führt (z.B. Rentner), zum anderen kann der Staat seine Nachfrage einschränken und dadurch versuchen, die Preissteigerungen zu stoppen.

Ein wichtiges Mittel zur Bremsung der Inflation steht auch den Zentralbanken zur Verfügung (im Euro-Raum ist das die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main). Durch Erhöhung der so genannten Leitzinsen kann die Zentralbank versuchen, Kredite zu verteuern und dadurch die umlaufende Geldmenge zu begrenzen. Dies führt zu einer Abschwächung der Inflation. Neben der bisher beschriebenen **hausgemachten Inflation** kann es auch eine **importierte Inflation** geben, bei der die gestiegene Nachfrage auf eine Zunahme des Exports zurückzuführen ist.

Die **Angebotsinflation** geht nicht auf einen Nachfrageüberhang zurück. Eine solche Preissteigerung kann ihre Ursache haben in gestiegenen Kosten für die Unternehmen, die diese dann durch erhöhte Preise an den Verbraucher weitergeben. Zudem können Preissteigerungen entstehen, wenn die Unternehmen versuchen, höhere Gewinnaufschläge auf ihre Güter durchzusetzen. Dieses wird nur möglich sein, wenn die Unternehmen eine gewisse Marktmacht haben und wenn die Preiselastizität der Nachfrage abnimmt. Nur in diesen Fällen wird eine Preiserhöhung nicht zu einer Abnahme der Nachfrage führen. Eine erhöhte Marktmacht kann durch das Ausscheiden von Konkurrenten aus dem Markt zu Stande kommen. Dadurch sind höhere Preise möglich. Eine Abnahme der Preiselastizität der Nachfrage kann ihre Ursache darin haben, dass ehemalige Luxusgüter zu Gütern des alltäglichen Gebrauchs werden.

In der wirtschaftlichen Realität werden Nachfrageinflation und Angebotsinflation nicht getrennt auftreten. Tatsächlich werden sich beide Inflationsarten häufig gegenseitig beeinflussen und überlagern.

Zusätzlich zu den bisher betrachteten Überlegungen zur Inflation kann eine Ursache für Inflation auch in einem Zuwachs der Geldmenge in einer Volkswirtschaft gesehen werden. Auf eine solche Ursache ist zum Beispiel die galoppierende Inflation nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland zurückzuführen. Um die Reparationsforderungen der Siegermächte erfüllen zu können, ließ die damalige Regierung immer mehr Geld drucken und in Umlauf bringen. Durch das zusätzlich zur Verfügung stehende Geld kam es zu einer immer stärker steigenden Nachfrage nach Gütern und damit zu Preissteigerungen.

Da die Leute aber merkten, dass die Preise irgendwann praktisch täglich stiegen, versuchten sie immer schneller, das Geld gegen Sachwerte einzutauschen. Die Nachfrage und damit die Preise der Güter stieg immer schneller, bis dieser Teufelskreis nur noch durch eine Währungsreform zu stoppen war. Ein Geldmengenzuwachs muss aber nicht zwangsläufig diese extremen Folgen nach sich ziehen. Ein moderates und kontrolliertes Geldmengenwachstum ist für eine Volkswirtschaft sogar notwendig und deshalb wünschenswert. Ist das Wachstum der Geldmenge aber zu groß, so ist zum Beispiel die Europäische Zentralbank verpflichtet, mit geeigneten Maßnahmen einzugreifen und gegenzusteuern.

Deflation

Als **Deflation** wird ein Rückgang des Preisniveaus bezeichnet. Deflation ist also nicht ein Rückgang der Inflationsrate (z.B. von 4 % auf 2 %), sondern eine negative Inflationsrate (z.B. -2 %). Auf den ersten Blick scheint ein Rückgang des Preisniveaus für den Verbraucher positiv zu sein, da sich der Geldwert doch erhöht. Die Folgen einer Deflation können aber sehr gravierend sein. Sinkende Preise können beim Verbraucher dazu führen, dass er sich mit seiner Nachfrage zurückhält, um ein noch weiteres Sinken der Preise abzuwarten. Die Preise werden in diesem Fall also noch weiter sinken. Für die Unternehmen bedeuten die fallenden Preise aber auch sinkende Gewinnmöglichkeiten. Die Produktion wird immer weniger interessant und irgendwann vielleicht sogar zu einem Verlustgeschäft.

Die Weltwirtschaftskrise (1929-1933) hatte eine ihrer Ursachen in einer starken Deflation. Die Folge war vor allem eine extrem hohe Massenarbeitslosigkeit, deren politische Folgen insbesondere in Deutschland und letztlich für ganz Europa verheerend waren.

Was können die Ursachen einer solchen Deflation sein? Wir haben gesehen, dass sinkende Nachfrage zu fallenden Preisen führt. Die Ursache dafür kann z.B. in einer hohen Arbeitslosigkeit oder in einer zu hohen steuerlichen Belastung der Bevölkerung liegen. Auch ein zu übertriebenes Sparen von Bargeld, verursacht z.B. durch wirtschaftliche Zukunftsängste, führt zu einer Abnahme des Bargeldumlaufs.

Wir sehen also, dass sowohl die Inflation als auch die Deflation mehr ist als eine reine Störung des Geldwertes. Die Folgen einer solchen Störung können sehr weit reichend für das Leben der Menschen in einer Volkswirtschaft sein. Aufgabe des Staates und seiner Notenbank muss es deshalb sein, die Inflationsrate auf einem „gesunden“ Maß zu halten. Nur unter dieser Voraussetzung ist ein vernünftiges und dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit seinen Folgen zum Beispiel für die Beschäftigungspolitik möglich.

Aufgabe 1

Erläutern Sie die vier Funktionen des Geldes!

Aufgabe 2

Was versteht man unter der Kaufkraft des Geldes?

Aufgabe 3

Welchen Einfluss haben Preisveränderungen auf die Kaufkraft?

Aufgaben

Aufgabe 4

Wie wird die Kaufkraft des Geldes gemessen?

Aufgabe 5

Warum muss in regelmäßigen Abständen die Zusammensetzung des so genannten Warenkorbts geändert werden?

Aufgabe 6

Warum deckt sich die amtlich ermittelte Preisentwicklung oft nicht mit den eigenen Erfahrungen beim Einkauf?

Aufgabe 7

Erläutern Sie anhand der Verkehrsgleichung des Geldes nach Irving Fischer, welchen Einfluss eine Veränderung des Geldvolumens, der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bzw. des Handelsvolumens auf das Preisniveau hat!

Aufgabe 8

Was ist Inflation? Was ist Deflation?

Aufgabe 9

Welche Ursachen kann eine Inflation haben?

Aufgabe 10

Welche Auswirkung hat eine hohe Inflationsquote? Wer könnte Vorteile durch eine hohe Inflationsquote haben?

Aufgabe 11

Welchen Einfluss hat die Inflation auf Einkommens- und Wohlstandsverteilung?

Aufgabe 12

Wie kann die Inflation die Funktionen des Geldes gefährden?

Aufgabe 13

Welche Gefahren gehen von einer Deflation aus?

5 Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Lernbereich

5.1 Konzeption der sozialen Marktwirtschaft

Wenn vom Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland die Rede ist, so wird immer von einer „**sozialen Marktwirtschaft**“ gesprochen. Was versteht man darunter?

Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland wird im **Grundgesetz** nicht ausdrücklich festgelegt. Es gibt keinen Artikel, der ein spezielles Wirtschaftssystem verlangt. Insbesondere wird deshalb auch nicht eine soziale Marktwirtschaft festgeschrieben. Dennoch darf der Gesetzgeber nicht willkürlich ein Wirtschaftssystem vorgeben. Eine Reihe von Artikeln im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legen den Rahmen der **Wirtschaftspolitik** fest. So wird in Artikel 12 die Freiheit der Berufswahl geregelt, in Artikel 14 wird die Gewährleistung des Eigentums festgeschrieben, und in Artikel 20 Absatz 1 heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Artikel 28 Absatz 1: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.“

Im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 heißt es in Artikel 1: „(1) Die Vertragsparteien errichten eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion... (3) Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien.“ Dadurch ist die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland zwar immer noch nicht verfassungsrechtlich verbindlich geworden, das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist dadurch aber doch rechtlich stark aufgewertet worden.

Die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland geht zurück in die Zeit unmittelbar vor dem In-Kraft-Treten des Grundgesetzes am 24. Mai 1949.

Mit der bedingungslosen Kapitulation, die am 08. Mai 1945 unterzeichnet wurde, hatte Deutschland seine militärische Niederlage im Zweiten Weltkrieg besiegelt. Die Folgen des Krieges waren der Verlust jeder wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ordnung. Millionen Menschen waren aus ihrer Heimat geflüchtet, viele Städte waren durch Bombenangriffe zerstört worden, ca. 7,5 Millionen Menschen waren in Deutschland obdachlos geworden. Die Lebensmittel waren rationiert und nur noch mit Lebensmittelkarten erhältlich. Die Rationen lagen teilweise bei weniger als 1000 Kilokalorien täglich (zum Vergleich: Die heutige durchschnittliche Tagesmenge an Kilokalorien liegt in Deutschland bei 3300 pro Einwohner).

Das Geld hatte durch den Zusammenbruch der Wirtschaft und die dadurch verursachte Inflation seinen Wert verloren. Zigaretten wurden als Ersatzwährung gehandelt. Verkehrs- und Transportwege und -mittel waren zerstört. Von 13000 km Eisenbahnstrecke in der britischen Zone waren nur noch 1000 km befahrbar. Warenaustausch konnte nur noch sehr eingeschränkt stattfinden. Auch eine politisch handlungsfähige Regierung gab es in Deutschland nicht mehr. Die Regierungsgewalt wurde direkt von den vier Siegermächten ausgeübt. Deutschland war in vier Besatzungszonen aufgeteilt, in denen die Alliierten jeweils ihre sehr unterschiedlichen Interessen vertraten. In der östlichen Besatzungszone wurde ein Wirtschaftssystem nach sowjetischem Vorbild errichtet.

Währenddessen wurde auf die drei westlichen Besatzungszonen der so genannte Marshallplan (oder ERP, European Recovery Program) ausgedehnt, der zur Wiederherstellung einer funktionierenden Weltwirtschaft führen sollte. Am 20. Juni 1948 wurde in den westlichen Besatzungszonen eine Währungsreform durchgeführt. Damit

wurde das durch die hohe Inflation entwertete alte Geld durch die Deutsche Mark (DM) ersetzt. Jeder Bewohner der Westzonen erhielt 40 DM. Die neue Währung führte dazu, dass viele Betriebe die Produktion wieder aufnahmen, die Schaufenster sich wieder füllten, die Schwarzmärkte und die Lebensmittelkarten verschwanden. Eine normal funktionierende Volkswirtschaft konnte wieder aufgebaut werden.

Die politische Neuorganisation in Westdeutschland begann 1947 mit der Einsetzung des Wirtschaftsrates. Im März 1948 wurde **Ludwig Erhard** Direktor für Wirtschaft in der Bi-Zone (amerikanische und britische Zone). Ludwig Erhard galt als Anhänger einer neoliberalen Wirtschaftstheorie, die einen dritten Weg zwischen Liberalismus und Kollektivismus suchte. Damit wurde Ludwig Erhard zum Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, die letztendlich zusammen mit dem Marshall-Plan als Ursache des deutschen „**Wirtschaftswunders**“ in den Fünfzigerjahren gilt.

Was bedeutet der Begriff „**Soziale Marktwirtschaft**“? Wir haben schon gesehen, dass dieser Begriff im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 auftaucht. In diesem Vertrag wird die Soziale Marktwirtschaft auch näher beschrieben. In Artikel 1 heißt es: „(3) Sie (die Soziale Marktwirtschaft) wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen; ... Sie trägt den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung. (4) Sie (die Sozialunion) wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung.“

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ besteht aus zwei Worten. Wir wollen zuerst den Begriff „Marktwirtschaft“ in Form der **Freien Marktwirtschaft** betrachten.

Das wesentliche Element der Freien Marktwirtschaft ist das freie Ermessen des Einzelnen in all seinen wirtschaftlichen Entscheidungen. Das heißt, jeder kann konsumieren und produzieren, was er will, die Preisbildung erfolgt völlig frei, nur nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Das bedeutet auch, dass Einkommen, Arbeitszeit, Urlaubstage usw. völlig frei zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt werden. Voraussetzungen für diese Freiheiten sind die Garantie des Privateigentums und der Vertragsfreiheit. Diese Freiheiten muss auch in einer Freien Marktwirtschaft der Staat garantieren, obwohl dem Staat sonst alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Märkte untersagt sind.

Das wesentliche Kontrollorgan in einer Freien Marktwirtschaft ist der **Markt**. Wir wissen, dass auf den Märkten, sowohl auf konkreten als auch auf abstrakten Märkten, Angebot und Nachfrage aufeinander treffen. Die Höhe und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis für ein bestimmtes Gut. Und der Preis beeinflusst Angebot und Nachfrage. Der Preis schafft also einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Es wird letztendlich genau so viel angeboten wie nachgefragt. Dieses Ausgleichsprinzip funktioniert natürlich nur bei vollkommenem Wettbewerb. Wir haben schon gesehen, dass es z.B. durch die Entstehung eines Monopols auf einem Markt zu einer Machtverschiebung kommen kann. Der Preis wird in einer solchen Situation nicht mehr durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt. Er verliert dadurch seine Kontroll- und Planungsfunktion.

Die wesentlichen **Kennzeichen der Freien Marktwirtschaft** sind die Märkte mit freier Preisbildung, das Privateigentum, die Vertragsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die freie Berufswahl und ein freier Außenhandel. Als wichtigstes Ziel allen Handelns gilt die **Einkommensmaximierung**, dass heißt, jedes Wirtschaftssubjekt in einer Freien Marktwirtschaft versucht, durch sein Handeln für sich selbst das maximale Einkommen zu erzielen. Dadurch ist jeder gezwungen, die zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren optimal einzusetzen. Geschieht das nicht, so wird nicht das maximal mögliche Einkommen erzielt. Ebenso wird die Einkommensmaximierung nicht erreicht, wenn an der Nachfrage vorbeiproduziert wird. Da die Höhe der Nachfrage an der

Preisentwicklung ziemlich genau verfolgt werden kann, wird in einer Marktwirtschaft in der Regel die Produktion der Güter dem Bedürfnis nach diesen Gütern entsprechen. Eine Unterversorgung an bestimmten Gütern wird es im Normalfall nicht geben.

Die Freie Marktwirtschaft hat aber nicht nur Vorteile. Freie Marktwirtschaft bedeutet auch **ungezügelter Wettbewerb**, in dem die Leistungsschwächeren keine Chancen haben. Bedingt durch die absolute Vertragsfreiheit werden die wirtschaftlich stärkeren Unternehmen versuchen, Kartelle und Monopole zu bilden, um ihre Gewinnmöglichkeiten weiter zu steigern. Insbesondere für die Arbeitnehmer bringt die absolute Vertragsfreiheit wesentliche Nachteile mit sich. Die Arbeitgeber können in Zeiten mit einem Überangebot an Arbeitskräften den Arbeitnehmern fast beliebig niedrige Löhne aufzwingen oder die Arbeitnehmer jederzeit problemlos entlassen. Die Folge wäre eine Verelendung breiter Massen der Bevölkerung z.B. durch Arbeitslosigkeit. Der Markt käme aus dem Gleichgewicht.

Im 19. Jahrhundert hat man versucht, die Theorie der Freien Marktwirtschaft in die Praxis umzusetzen. Dabei hat man erkannt, dass die oben beschriebenen negativen Folgen tatsächlich fast zwangsläufig auftreten. Die Konsequenz aus diesen Beobachtungen war also, dass der Staat regelnd in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen muss. Daraus wurde u.a. die **Planwirtschaft** entwickelt, bei der der Staat die komplette Kontrolle über die Märkte hat. Dieses System wurde insbesondere in den früher sozialistischen Staaten Osteuropas angewendet.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Mittelweg zwischen Freier Marktwirtschaft mit seinen Vorteilen und staatlicher Einflussnahme zur Vermeidung der Nachteile eingeschlagen. Der Kompromiss war eine „**staatlich gelenkte Marktwirtschaft**“ oder „**Soziale Marktwirtschaft**“.

Was bedeutet das? Erstens: Der Markt bleibt weiterhin der Ort für die Preisbildung. Die Preise ergeben sich aus dem Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage. Zweitens: Der Staat legt einen gesetzlichen Rahmen fest, in dem sich die Marktteilnehmer bewegen müssen.

Das wichtigste Ziel des Staates bei der Festlegung des wirtschaftspolitischen Rahmens ist die **dauerhafte Sicherung des freien Wettbewerbs** auf den Märkten. Der Staat wird also versuchen, den Missbrauch durch wirtschaftliche Machtkonzentrationen zu verhindern. Solche Machtkonzentrationen entstehen durch Kartelle oder Monopole, die es den Unternehmen ermöglichen, zum Schaden der Verbraucher überhöhte Preise für ihre Produkte zu verlangen. Die Überwachung des Wettbewerbs geschieht in der Bundesrepublik Deutschland durch das **Bundeskartellamt**. Die gesetzliche Verankerung findet sich im **Kartellgesetz** (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 1957). Der vollkommene Wettbewerb der Freien Marktwirtschaft wird ersetzt durch einen **geordneten Wettbewerb**.

Zur dauerhaften Sicherung der Wettbewerbsfreiheit gehört auch, dass der Marktzutritt jedem Wirtschaftssubjekt offen sein muss. Dieses wird durch die **Gewerbefreiheit** in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet. Die **Gewerbeordnung** gestattet jedermann den Betrieb eines Gewerbes (GewO, §1), soweit es keine bestimmten gesetzlichen Beschränkungen und Ausnahmen gibt (z.B. durch den Nachweis von Fachkenntnissen für Ärzte oder Anwälte).

Die marktwirtschaftlichen Grundsätze

- Sicherung des Privateigentums (Art. 14 GG)
- Preisbildung durch Angebot und Nachfrage
- Fairer und dauerhafter Wettbewerb
- Freie Produktionsentscheidungen der Unternehmer
- Freie Konsumententscheidungen der Verbraucher
- Freiheit der Berufswahl (Art 12. GG)
- Gewerbefreiheit (GewO)
- Vereinigungsfreiheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Art. 9 GG)
- Privatinitiative, Recht auf freie Entfaltung (Art. 2 GG)

Die Soziale Marktwirtschaft ist demnach auf der einen Seite geprägt durch die Sicherung des Wettbewerbs, also der Marktwirtschaft. Daneben steht die soziale Absicherung der Bevölkerung, die der Staat durch eine Vielzahl von Gesetzen zu erreichen versucht. Deutlich wird dieses Prinzip des **Sozialstaates**, wenn man sich die Ausgaben für Sozialleistungen in der Bundesrepublik Deutschland anschaut.

Sozialleistungen insgesamt	Mrd. €	701,65
Sozialleistungen pro Kopf	€	8511,0
Sozialleistungsquote (im Verhältnis zum BIP)	%	33,8
davon für:		
Rentenversicherung	Mrd. €	224,35
Pflegeversicherung	Mrd. €	16,83
Krankenversicherung	Mrd. €	138,14
Unfallversicherung	Mrd. €	10,90
Arbeitsförderung	Mrd. €	65,35
Sozialhilfe	Mrd. €	23,94

Tabelle 18 Sozialbudget in der Bundesrepublik Deutschland 2001

Beispiel Rentenversicherung: Die Rentenversicherung ist offensichtlich eine bedeutende Größe bei den Sozialleistungen. Die Sicherung der Rentenzahlungen ist für den Staat eine wichtige Aufgabe, die in den kommenden Jahren noch große Probleme bereiten wird. Die Renten in der Bundesrepublik Deutschland werden durch die Zahlungen an die Rentenversicherungen von den Erwerbstätigen finanziert. Da die Prognosen für die nächsten Jahrzehnte vorhersagen, dass der Anteil der Senioren an der Bevölkerung steigen wird, der Anteil der Erwerbstätigen dagegen sinken wird, werden Rentensysteme in der heutigen Form in vierzig Jahren für den Staat und damit für seine Bürger nicht mehr finanzierbar sein.

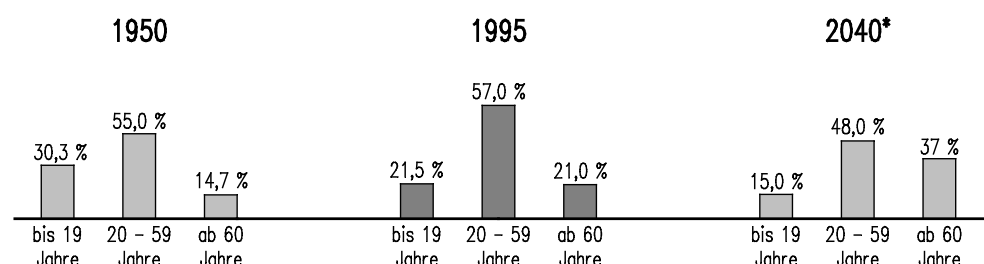


Abbildung 18 Altersaufbau in Deutschland in % der Gesamtbevölkerung (* 2040: Schätzung)

Neben den Rentenzahlungen spielen bei den direkten Sozialleistungen insbesondere die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe eine entscheidende Rolle, deren Ziel es jeweils ist, die Bevölkerung vor extremen Härten durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu schützen.

Der Staat versucht aber nicht nur durch direkte Zahlungen und Leistungen die **soziale Sicherheit** innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft zu gewährleisten. Eine Vielzahl von Gesetzen sollen zum Beispiel eine **gerechte Einkommensverteilung** sichern. Wir haben bei der Besprechung der Grundzüge der Besteuerung gesehen, dass es für die Einkommensteuer einen progressiven Steuertarif gibt. Dadurch werden Verdienere kleiner Einkommen wesentlich geringer belastet als die Verdienere großer Einkommen.

Den **Schutz der Arbeitnehmer** regelt der Staat ebenfalls in einer Vielzahl von **Gesetzesvorschriften**. Wir haben gesehen, dass in der Freien Marktwirtschaft die Position der Arbeitnehmer sehr schlecht ist, wenn es einen Arbeitskräfteüberschuss gibt, wenn es also Arbeitslosigkeit gibt. Um dieses Ungleichgewicht der Macht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen, wird mit Gesetzen wie der **Arbeitszeitordnung**, der **Gewerbeordnung**, des **Jugendarbeitsschutzgesetzes** versucht, die Position der Arbeitnehmer zu stärken. So ist in der Gewerbeordnung zum Beispiel ein generelles Verbot für Sonn- und Feiertagsarbeit festgeschrieben, dass nur in Ausnahmefällen aufgehoben wird. Innerhalb dieser gesetzlichen Vorschriften haben die Arbeitgeber und die Vertreter der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) die Möglichkeit, frei von staatlicher Einmischung Tarifverträge auszuhandeln.

Ein wichtiges Gesetz zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte und damit der sozialen Sicherung ist das **Betriebsverfassungsgesetz** von 1952. Es sichert den Arbeitnehmern in Unternehmen ab einer bestimmten Größe das Recht auf die Gründung eines Betriebsrates sowie das Recht auf Betriebsversammlungen zu. Der Betriebsrat hat nach dem Betriebsverfassungsgesetz eine Vielzahl von Aufgaben, z.B. die Überwachung von Unfallverhütungsvorschriften. Auch das **Kündigungsschutzgesetz** soll mithelfen, dass die Rolle der Arbeitnehmer in den Betrieben gestärkt wird, dass aus dem vom Arbeitgeber abhängigen Arbeitnehmer also ein Mitarbeiter oder Partner des Unternehmens wird.

Ebenfalls in den Bereich der sozialen Sicherung sind die Gesetze zur **Förderung des Umweltschutzes** anzusiedeln. Eine intakte Umwelt dient der Gesundheit und der Lebensqualität der gesamten Bevölkerung. Deshalb wurde beispielsweise im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR von 1990 in Artikel 16 festgeschrieben: „(1) Der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sowie von Kultur- und sonstigen Sachgütern vor schädlichen Umwelteinwirkungen ist besonderes Anliegen beider Vertragsparteien.“

Die Bundesrepublik Deutschland versucht also durch eine Vielzahl von Gesetzen einen sozialen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die Wirtschaftssubjekte nach den Regeln der Marktwirtschaft handeln können. **Das Sozialstaatsprinzip kann auf zwei allgemeine Ziele zurückgeführt werden:** 1. Soziale Gegensätze zwischen den Bevölkerungsgruppen sollen ausgeglichen werden und damit eine gerechte Sozialordnung gestaltet werden; 2. Die Existenzgrundlage soll gesichert und gefördert werden. Die Sicherung und Finanzierung dieses sozialen Rahmens auch in der Zukunft ist eine große und wichtige Aufgabe der Politik.

Die sozialen Grundsätze

- Gerechte Einkommensverteilung
- Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung)
- Gesetze zum Arbeitsschutz
- Umweltschutzgesetze
- Unterstützung ganzer Wirtschaftszweige (z.B. Landwirtschaft)
- Förderung strukturschwacher Gebiete
- Förderung der Forschung
- Sicherung der Schul- und Berufsausbildung

5.2 Konjunkturpolitik

Das **Bruttonationaleinkommen** einer Volkswirtschaft ist ein Wert, der sich von Jahr zu Jahr ändert. Ausgedrückt werden diese Änderungen durch das **Wirtschaftswachstum**.

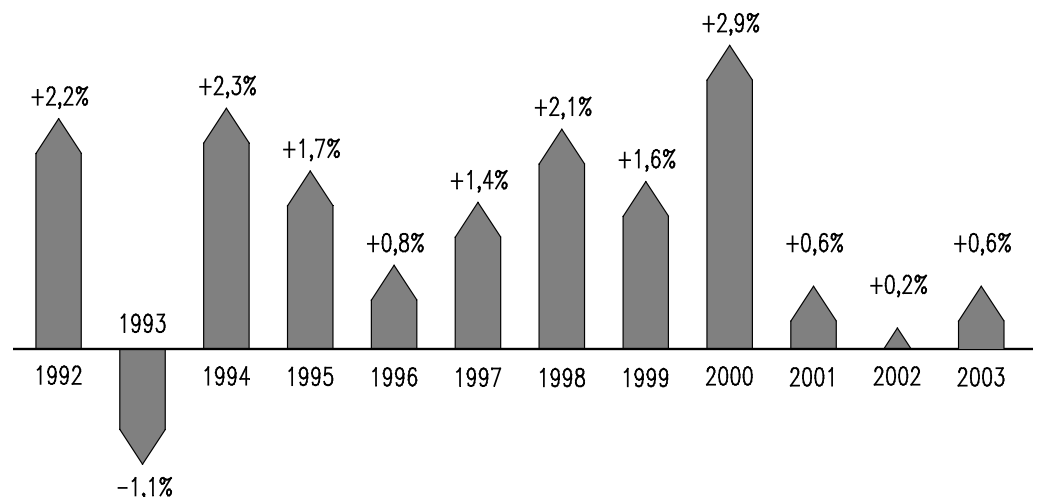


Abbildung 19 Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland in Preisen von 1995 (Veränderung gegenüber den Vorjahren)

Warum gibt es diese Schwankungen in der Wirtschaft? In der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine vorgeschriebenen Pläne für die Produktion oder den Konsum von Gütern. Die gesamte wirtschaftliche Produktion hängt also von einer Vielzahl von Einzelentscheidungen ab, die sich alle gegenseitig beeinflussen. Die gesamte Volkswirtschaft ist ein hochkomplexes Gebilde, das deshalb sehr störanfällig ist. Aber nicht nur die innerwirtschaftlichen Faktoren beeinflussen das Wirtschaftswachstum, auch außenwirtschaftliche Einflüsse wie Wechselkursänderungen, politische Krisen, wirtschaftliche Schwankungen in anderen Volkswirtschaften, können eine Rolle spielen.

Beobachtet man die Wachstumsraten einer Marktwirtschaft über einen längeren Zeitraum, so wird man Folgendes feststellen können: Das Bruttonationaleinkommen nimmt langfristig insgesamt zu (**Trend**). Um den langfristigen Trend herum gibt es Schwankungen im Ausmaß des Wirtschaftswachstums (**Konjunkturzyklen**). Diese Schwankungen können vorübergehend auch im negativen Bereich liegen.

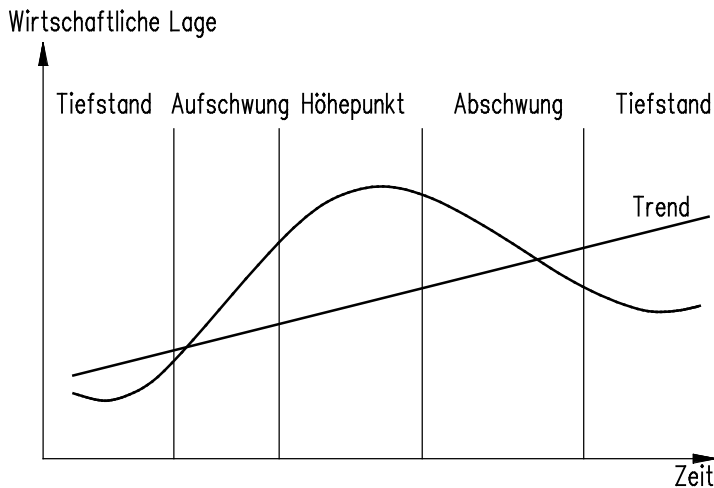


Abbildung 20 Der Konjunkturzyklus

Der Konjunkturzyklus lässt sich in **vier Phasen** einteilen:

- **Tiefstand (Krise, Depression)**

Kennzeichen der Konjunkturkrise ist eine geringe Auslastung der Produktionskapazitäten und damit eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Folgen sind Überangebote an Kapital und Arbeitskräften, und damit niedrige Zinsen und Löhne. Die Preise auf den Märkten werden genauso wie die Gewinne der Unternehmen sinken. Schwächere Unternehmen müssen aufgeben.

- **Aufschwung (Expansion)**

Durch die niedrigen Löhne und Zinsen und die gesunkenen Rohstoffpreise sehen Unternehmen die Möglichkeit, durch eine Zunahme der Produktion wieder Gewinne zu machen. Arbeitskräfte werden neu eingestellt, die mit ihrem gestiegenen Einkommen die Nachfrage auf den Märkten erhöhen. Die erhöhte Nachfrage führt zu einem Anstieg der Preise und damit zu einer Ausweitung der Produktion und der Gewinne der Unternehmen. Kennzeichen der Expansion sind also steigende Produktion und Investition sowie sinkende Arbeitslosigkeit.

- **Höhepunkt (Hochkonjunktur, Boom)**

Der Aufschwung führt zu immer weiteren Investitionen, was zu einem Mangel an Arbeitskräften führt. Die Folge werden hohe Lohnkosten sein. Die Unternehmen brauchen für die Investitionen viel Kapital, die Zinsen für Kredite werden steigen. Kennzeichen des Konjunkturföhepunktes sind ein hoher Beschäftigungsgrad, hohe Löhne, hohe Zinsen und damit steigende Preise. Sobald die Produktion die Nachfrage deutlich überschritten hat, wird es zu Preissenkungen und einer Verringerung der Investitionen und damit der Produktion kommen.

- **Abschwung (Rezession)**

Die Zinsen und Löhne sind noch auf hohem Niveau, die Nachfrage und die Preise beginnen aber schon zu sinken. Die Unternehmen werden die Produktion und ihre Investitionen verringern, die Gewinne der Unternehmen werden rückläufig sein, die Nachfrage nach Arbeitskräften wird abnehmen. Kennzeichen der Rezession sind sinkende Preise und Unternehmensgewinne sowie ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Mit dem Tiefstand (oder der Krise) beginnt der Konjunkturzyklus wieder von vorne.

Wie lange dauern diese Zyklen in der Realität? Eine allgemeine Antwort auf diese Frage kann es nicht geben. Die einzelnen Phasen der Konjunktur treten nicht immer in dem gleichen Ausmaß auf. Der Konjunkturzyklus kann auch in den einzelnen Wirtschaftssektoren unterschiedlich auftreten. So kann sich trotz einer allgemeinen Hochkonjunktur zum Beispiel der Bausektor in der Krise befinden. Insgesamt hat man in der Bundesrepublik Deutschland dennoch festgestellt, dass sich die Konjunkturkrisen etwa alle vier bis fünf Jahre wiederholen.

Es hat sich gezeigt, dass die Konjunkturzyklen eng mit der Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen verbunden sind. Eine geringe **Investitionsbereitschaft** führt zum Abschwung mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine hohe Investitionsbereitschaft zu einem Aufschwung mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik muss es also sein, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen langfristig auf einem hohen Niveau zu halten. Da es in der Bundesrepublik Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft gibt, sind dem Staat direkte Einflussnahmen, zum Beispiel durch eine Investitionskontrolle, nicht möglich. Der Staat darf nur durch indirekte Maßnahmen versuchen, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen aufrecht zu erhalten.

Konjunkturpolitik bedeutet den Versuch zu unternehmen, den Konjunkturverlauf zu beeinflussen. Die Abschwung- und Krisenphasen sollen abgeschwächt werden, die Konjunktur möglichst langfristig in einer Hochkonjunktur gehalten werden. Gesichert werden sollen also ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage sowie Vollbeschäftigung und damit ein möglichst großer Wohlstand der Bevölkerung.

Konjunkturpolitik, oder Wachstumspolitik, ist nur ein Bereich unter den Zielen staatlicher Wirtschaftspolitik.

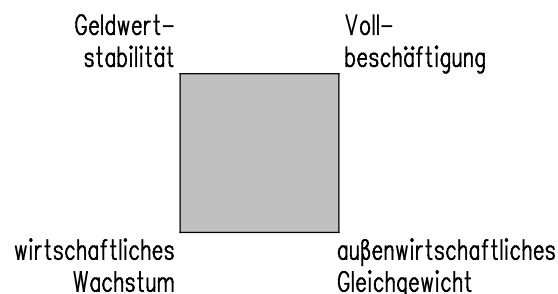


Abbildung 21 Magisches Viereck

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums von 1967 (**Stabilitätsgesetz**):

„§ 1 Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur **Stabilität des Preisniveaus**, zu einem **hohen Beschäftigungsstand** und einem **außenwirtschaftlichen Gleichgewicht** bei **stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum** beitragen.“

Der Bundesregierung und den Landesregierungen in Deutschland ist also durch ein Gesetz vorgeschrieben, dass sie die vier im magischen Viereck beschriebenen Ziele in gleicher Weise verfolgen müssen. Diese vier Ziele der Wirtschaftspolitik stehen in der Realität häufig in Konkurrenz zueinander. Vollbeschäftigung kann zum Beispiel durch niedrige Kreditzinsen gefördert werden, diese niedrigen Zinsen können aber auch zu einem Anstieg der Inflation führen und stehen damit dem Ziel der Geldwertstabilität entgegen.

Staatliche Konjunkturpolitik als ein Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik kann deshalb nie für sich alleine stehen. Eine Politik der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums bedarf deshalb genauer Planung. Konjunkturpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn die vorherrschenden Verhältnisse genau erforscht werden. Aus diesem Grund stellt zum Beispiel der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“ regelmäßig Gutachten zur Beurteilung der Gesamtwirtschaftlichen Lage her. Diese Gutachten sind für die Regierung die Grundlage für ihre konjunkturpolitischen Maßnahmen. Diese Gutachten berücksichtigen nicht nur Statistiken aus vergangenen Perioden, die Unternehmen werden auch nach ihrer Investitionsbereitschaft in der Zukunft befragt.

Welche **konjunkturpolitischen Maßnahmen** kann der Staat ergreifen?

1. Monetäre Mittel der Konjunkturpolitik

Wir haben schon festgestellt, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit das Wirtschaftswachstum von der Höhe der Zinsen und damit der Menge des umlaufenden Geldes abhängen. Welche Möglichkeiten der Staat und die Notenbanken bei der Beeinflussung dieser Werte hat, werden wir später sehen. Diese Aspekte spielen eine wesentliche Rolle bei der Betrachtung der staatlichen Geldpolitik.

2. Nichtmonetäre Mittel der Konjunkturpolitik.

Die Betrachtung nichtmonetärer Mittel heißt nicht, dass das Geld keine Rolle spielt. Im Gegenteil, Ausgaben und Einnahmen sind auch bei den nichtmonetären Mitteln entscheidende Größen. Allerdings geschieht der Einfluss auf die Konjunktur nicht über eine Änderung der umlaufenden Geldmenge, wie bei den monetären Mitteln der Konjunkturpolitik.

Möglichkeiten der Konjunkturbeeinflussung ergeben sich für den Staat durch die Steuerpolitik, die Subventionspolitik oder durch staatliche Investitionsprogramme.

Wir wollen hier die **staatlichen Investitionsprogramme** untersuchen. In Rezessionszeiten kommt es zu einem Investitionsrückgang in den Unternehmen, weil die Nachfrage nachlässt. Die Folge ist unter anderem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Staat kann also versuchen, die entstandene Nachfragerücklage zu schließen, indem er selber als Nachfrager auf den Märkten auftritt. Dies kann insbesondere durch die Vergabe von Aufträgen zum Bau öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel Straßen oder Krankenhäusern, geschehen.

Wenn die Konjunktur sich in einer Rezessionsphase befindet, sind die Gewinne der Unternehmen rückläufig und die Arbeitslosigkeit steigt. Das bedeutet für den Staat insbesondere niedrigere Steuereinnahmen. Die Finanzierung der staatlichen Nachfrage wird also wahrscheinlich nicht komplett aus den Steuereinnahmen gedeckt werden können. Der Staat muss für diese konjunkturpolitischen Maßnahmen Kredite aufnehmen. Da der Staat aber hoffen kann, dass seine Maßnahmen zu einem neuen konjunkturellen Aufschwung und damit wieder zu steigenden Steuereinnahmen führen werden, ist eine solche Kreditaufnahme unter entsprechenden Voraussetzungen durchaus legitim. Allerdings muss der Staat darauf achten, dass er mit diesen Maßnahmen nicht eine Hochkonjunktur zusätzlich unterstützt. Die staatliche Ausgabenpolitik könnte in diesem Fall zu einer Überhitzung der Konjunktur führen, deren Folge eine Abschwungphase wäre.

Die Konjunkturentwicklung hat direkten Einfluss auf die Preise, auf die Löhne und den Beschäftigungsgrad. Konjunkturpolitik ist also immer auch Sozialpolitik. Eine geschickte Konjunkturpolitik kann zu dauerhaft hohen Löhnen, zu geringer Arbeitslosigkeit und zu stabilen Preisen führen. In der Realität sind diesen theoretischen Ausführungen aber häufig Grenzen gesetzt. So führt heute oftmals eine konjunkturelle Aufschwungphase nicht im gleichen Maße zu Neueinstellungen von Arbeitskräften wie es in der vorhergehenden Abschwungphase zu Entlassungen gekommen ist. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zunehmenden Automatisierung in der Industrie. In

einer Aufschwungphase wird häufig in neue und bessere Maschinen investiert, dadurch kann die gleiche Leistung mit weniger Arbeitern erbracht werden. Wir sehen also, dass staatliche Wirtschaftspolitik weit mehr als Konjunkturpolitik sein muss, wenn sie die vier Ziele des magischen Vierecks langfristig erreichen will.

5.3 Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (vom 08. Juni 1967): „§ 1 Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“

Die staatlichen Organe in der Bundesrepublik Deutschland sind also verpflichtet, in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik bestimmte Ziele zu verfolgen. Welche Möglichkeiten und Instrumente stehen den staatlichen Organen, insbesondere der Bundesregierung und der Bundesbank zur Verfügung? Als Erstes werden wir uns mit den **währungspolitischen Instrumenten** der Zentralbank befassen.

Am 01. Januar 1999 gingen mit der Einführung des **Euro** in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die währungspolitischen Kompetenzen von den nationalen Zentralbanken in den beteiligten Ländern (u.a. Bundesbank) an die **Europäische Zentralbank** in Frankfurt/Main über. Die Europäische Zentralbank ist unabhängig von politischen Weisungen. Ihr vorrangiges Ziel ist die **Preisstabilität**. Zur Erreichung dieses Ziels stehen ihr mehrere Instrumente zur Verfügung: die ständigen **Fazilitäten** (= Kreditmöglichkeiten), die **Mindestreserven** und als wichtigstes Instrument die **Offenmarktpolitik**.

Unter **Offenmarktpolitik** versteht man den An- und Verkauf von Wertpapieren (z.B. Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen) durch die Zentralbank. Offenmarktkäufe gegen Zentralbankgeld erhöhen die umlaufende Geldmenge, Offenmarktkäufe verringern die umlaufende Geldmenge. Teilnehmer bei Offenmarktgeschäften sind auf der einen Seite die Zentralbank, auf der anderen Seite Geschäftsbanken und Nichtbanken (z.B. Sozialversicherungen). Offenmarktpolitik kann betrieben werden mit Wertpapieren mit Rückkaufzusage (Wertpapierpensionsgeschäfte) und mit Wertpapieren ohne Rückkaufzusage. Die Preisfixierung für die Wertpapiere geschieht durch die Zentralbank mit der Festlegung von Abgabe- und Ankaufsätzen.

Beispiel: Wird für einen Schatzwechsel des Bundes im Nennwert von 50000 € mit einer Laufzeit von 3 Monaten ein Abgabesatz von 5,0 % pro Jahr festgelegt, so wird der Schatzwechsel mit einem Abschlag von 625 € ($= 50000 \cdot \frac{1}{4} \cdot 0,05$) verkauft. Ein Abgabesatz von 7,0 % ergibt einen Abschlag von 875 €. Das Wertpapier wird für den Käufer mit steigendem Abschlag immer billiger, also steigt für ihn die Verzinsung. Handelt es sich um ein Papier mit Rückkaufzusage durch die Zentralbank, so besteht für den Käufer jederzeit die Möglichkeit, das Papier zum festgelegten Ankaufsatz an die Zentralbank zurückzuverkaufen. Der Ankaufsatz liegt in der Regel etwas über dem Abgabesatz. Liegt der Ankaufsatz z.B. bei 7,5 %, so ergibt sich in unserem Beispiel ein Abschlag von 973,50 €.

Welche **Wirkungen** werden mit der **Offenmarktpolitik** erzielt? Erhöht die Zentralbank die Abgabesätze für Wertpapiere, so werden die Geschäftsbanken zu dem für sie günstigen Kurs Wertpapiere kaufen, da sie hohe Zinserträge versprechen. Im Gegenzug werden die Geschäftsbanken ihr Kreditangebot an ihre Kunden einschränken, z.B. werden auslaufende Kredite nicht verlängert, da diese für die Banken im Vergleich zu den gekauften Wertpapieren keine entsprechenden Erträge mehr versprechen. Die Folge werden steigende Zinsen auf dem gesamten Geldmarkt sein.

Letztendlich führen die steigenden Zinsen und die Einschränkung der Kreditvergabe zu einer Einschränkung der Güternachfrage. Bei Papieren mit Rückkaufzusage besteht für die Banken jederzeit die Möglichkeit, die Wertpapiere an die Zentralbank zurückzuverkaufen, die Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken ändern sich deshalb nicht. Verkauft die Zentralbank Wertpapiere ohne Rückkaufzusage, so wird sich die Liquiditätsreserve der Geschäftsbanken verringern, da die Papiere nicht kurzfristig wieder verkauft werden können. Das Kreditschöpfungspotenzial der Geschäftsbanken vermindert sich dadurch. In diesem Fall tritt eine Verringerung des Kredit- und Geldangebots der Banken ein.

Ziel der Offenmarktpolitik ist also eine Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus. Dadurch soll Einfluss genommen werden auf die Güternachfrage und damit auf die Preise.

Die **Mindestreservpolitik** verpflichtet die Geschäftsbanken dazu, bei der nationalen Zentralbank, also bei der Bundesbank oder den Landeszentralbanken, Guthaben zu unterhalten, die sich nach der Höhe ihrer Einlagen richtet. Diese Mindestreserve bei der Bundesbank wird mit dem Satz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte verzinst. Die Höhe der zu unterhaltenen Guthaben wird bestimmt durch den **Mindestreservesatz**. Liegt der Mindestreservesatz z.B. bei 20 % und hat die Bank Einlagen in Höhe von 5 000 000 €, so muss sie eine Mindestreserve von 1 000 000 € bei der Bundesbank halten. Eine Erhöhung des Mindestreservesatzes führt zu einer Erhöhung der Mindestreserve bei der Bundesbank, eine Herabsetzung des Mindestreservesatzes zu einer Verminderung des zu haltenden Guthabens. Eine Nichteinhaltung der Mindestreserve wird mit Strafzinsen für die Geschäftsbank belegt.

Steigt der Mindestreservesatz, so steigt auch der Bedarf der Geschäftsbanken nach Zentralbankgeld. Wird dieses nicht zur Verfügung gestellt, so muss die Geschäftsbank ihr Einlagevolumen verringern. Dies geschieht durch eine Reduzierung der Kredite. Eine Erhöhung des Mindestreservesatzes führt also zu einer Verminderung des Kreditschöpfungspotenzials durch die Geschäftsbanken. Die Geldmenge wird sinken, die Zinsen werden steigen. Die Folge wird eine Einschränkung der Güternachfrage mit ihrer Auswirkung auf die Preise sein.

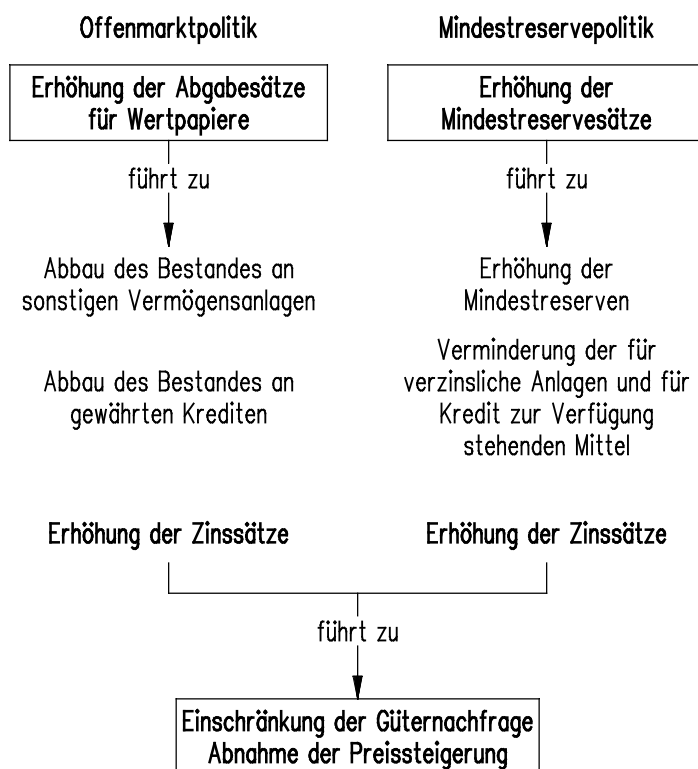


Abbildung 22 Wirkungsweise der Offenmarktpolitik und der Mindestreservpolitik

Die Mindestreservpolitik ist zwar ein sehr wirksames Mittel, um die Geldschöpfung und Kreditgewährung der Geschäftsbanken zu kontrollieren. Sie ist aber auch ein sehr grobes Mittel, da sie insbesondere kleine Banken besonders hart trifft.

Wichtig ist auch zu beachten, dass die Mindestreservpolitik tatsächlich in erster Linie der Zins- und Währungspolitik dient. Sie hat nicht die Aufgabe, die Zahlungsfähigkeit der Banken zu sichern, auch wenn dies in der Realität zumindest teilweise dadurch geschieht.

Bis zum 31. Dezember 1998 war die Bundesbank in der Bundesrepublik Deutschland für die Stabilität der Deutschen Mark verantwortlich. Zu den wichtigsten Währungspolitischen Mitteln der Bundesbank zählten der Diskontsatz und der Lombardsatz. Unter dem **Diskontsatz** versteht man den Zinssatz, den die Zentralbank für den Ankauf von Wechseln von Geschäftsbanken verlangt. Eine Erhöhung des Diskontsatzes führte zu einer Einschränkung der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken, da diese durch die Verteuerung des Weiterverkaufs von Wechseln in der Ausweitung ihrer Liquiditätsreserven eingeschränkt waren. Die Erhöhung des Diskontsatzes hatte also ähnliche Wirkungen wie die Erhöhung des Mindestreservesatzes oder die Erhöhung der Abgabesätze in der Offenmarktpolitik.

Der Diskontsatz galt in der Bundesrepublik Deutschland als wichtigster Leitzins für den Kapital- und Geldmarkt. Ein weiterer Leitzins war der **Lombardsatz**. Der Lombardsatz legte den Zinssatz für Kredite an Geschäftsbanken fest. Für diese Kredite mussten die Geschäftsbanken bestimmte Wertpapiere als Sicherheit bei der Bundesbank hinterlegen. Ein hoher Lombardsatz verteuerte demnach die Kredite für die Geschäftsbanken und damit die Kredite für die Kunden der Geschäftsbanken. Ein hoher Lombardsatz führte zu einer Erhöhung des allgemeinen Zinsniveaus und damit zu einer Einschränkung des Geldmengenwachstums.

Am 01.01.1999 wurde mit der Einführung des Euro der Lombardsatz gemäß Lombardsatz-Überleitungs-Verordnung ersetzt durch die Sätze der ständigen Fazilitäten, der Diskontsatz wurde gemäß Diskont-Überleitungs-Gesetz ersetzt durch den Basiszinssatz.

Die zwei ständigen Fazilitäten werden unterschieden in die **Spitzenrefinanzierungsfazilität** und die **Einlagefazilität**. Die Zinssätze dieser beiden geldpolitischen Instrumente stecken die Ober- bzw. Untergrenze der Geldmarktsätze für Tagesgeld ab. Die Einlagefazilität dient der Absorbierung von Liquidität, also dem Absaugen von umlaufendem Geld durch die Zentralbank. Die Spitzenrefinanzierungsfazilität dient der Bereitstellung von Liquidität. Eine Erhöhung des Spitzenrefinanzierungssatzes führt also zu einer Verteuerung kurzfristiger Kredite und damit zu einem allgemeinen Anstieg des Zinsniveaus. Eine Erhöhung des Satzes der Einlagefazilität führt zu einer Erhöhung der Geldeinlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank und damit zu einer Verminderung der umlaufenden Geldmenge.

Der **Basiszinssatz** wird dreimal im Jahr von der Deutschen Bundesbank berechnet. Er verändert sich, wenn sich der Zinssatz der Europäischen Zentralbank für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte um mehr als 0,5 % verändert hat. Der Basiszinssatz tritt an die Stelle des früheren Diskontsatzes. Seine Wirkung ist deshalb ähnlich der Wirkungen der anderen Leitzinsen.

Wir haben bis jetzt nur die wirtschaftspolitischen Instrumente der Zentralbank im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität besprochen. Betrachten wir noch einmal den § 1 Stabilitätsgesetz: Dort werden, neben der Preisstabilität, noch drei weitere Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik genannt: ein hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. Neben den geldpolitischen Instrumenten muss es also noch weitere Instrumente der Wirtschaftspolitik geben, deren Anwendung insbesondere bei der Bundesregierung liegt.

Ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument für die **Bundesregierung** ist die **Ausgabenpolitik**. Die Höhe der Ausgaben des Staates haben direkten Einfluss auf Beschäftigung und Sozialprodukt. Staatsausgaben haben z.B. durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen direkten Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Durch Subventionen wird Not leidenden Betrieben oder ganzen Wirtschaftszweigen geholfen, was direkten Einfluss auf die Güterproduktion und damit auf das Bruttonationaleinkommen hat. Genauso kann durch staatliche Investitionen z.B. im Straßenbau Nachfrage auf den Märkten geschaffen werden. Der Staat nimmt in diesem Fall also Einfluss sowohl auf die Beschäftigung als auch auf die Entstehung des Bruttonationaleinkommens.

Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung über die **Einnahmepolitik** die Möglichkeit, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen. Wir haben schon gesehen, dass die Einnahmen des Staates im Wesentlichen durch die Steuern gedeckt werden. Einnahmepolitik ist also in erster Linie **Steuerpolitik** (oder Fiskalpolitik).

Zur Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts stehen dem Staat eine Reihe von **Instrumenten zur Kontrolle des Außenhandels** zur Verfügung. Auf der einen Seite wird der Güterimport durch die Erhebung von Importzöllen beeinflusst. Eine ähnliche Wirkung haben Einfuhrbeschränkungen, die allerdings nicht marktkonform sind, da sie den Preismechanismus außer Kraft setzen. Neben den Instrumenten zur Importbeschränkung gibt es auch die Möglichkeit, den Export zu beeinflussen. Dieses kann geschehen durch Steuerermäßigungen für Exportgeschäfte, durch Exportprämien oder durch spezielle Instrumente wie die Hermes-Bürgschaften, durch die die Exportgeschäfte für deutsche Unternehmen finanziell abgesichert werden.

5.4 Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die Anwendungen der wirtschaftspolitischen Instrumente werden **wirtschaftspolitische Maßnahmen** genannt. In diesem Kapitel werden wir uns also damit beschäftigen, wie die Europäische Zentralbank auf Preissteigerungen reagiert, was die Bundesregierung zur Unterstützung der Konjunktur unternimmt, welche Maßnahmen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit helfen können usw.

Maßnahmen zur Preisstabilität

Die Preisstabilität in Europa zu gewährleisten ist Hauptaufgabe des ESZB (Europäisches System der Zentralbanken). Zudem soll das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft unterstützen, wenn dieses ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist.

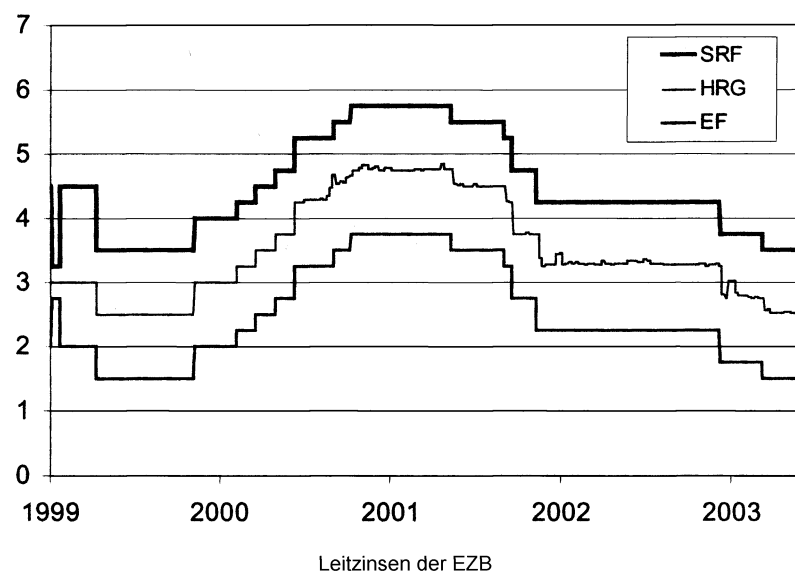
Die Entwicklung des Preisniveaus wird mithilfe von Preisindizes ermittelt. Wird anhand dieser Indizes festgestellt, dass die Preise stabil sind, so kann die Europäische Zentralbank durch ihre Geldpolitik versuchen, die anderen Ziele der Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

Preisstabilität liegt laut EZB-Rat bei einem Anstieg der Verbraucherpreise unter 2 % vor. Neben der Feststellung der Verbraucherpreisindizes beurteilt der EZB-Rat auch die Aussichten der Preisentwicklung und die Risiken für die Preisstabilität anhand einer Vielzahl von wirtschaftlichen und finanziellen Größen. Wichtigstes Instrument zur Wahrung der Preisstabilität ist die **Kontrolle der Geldmenge** mithilfe der **Leitzinsen**.

Die Entwicklung der Leitzinsen in der Eurozone

Seit Schaffung der Eurozone haben alle Länder dieser Zone dieselben, von der EZB festgesetzten Leitzinsen. Der höchste dieser Leitzinssätze ist der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität, zu dem die Banken bei der EZB Geld aufnehmen. Der niedrigste Leitzinssatz ist der Zinssatz für die Einlagefazilität, zu dem die EZB die Tageseinlagen der Banken bei ihr verzinst. Der Abstand zwischen beiden Sätzen liegt seit dem 9. April 1999 bei 2 % (Stand Dezember 2003).

Im Korridor zwischen beiden Zinssätzen liegt der am häufigsten verwendete Leitzinssatz: der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Dieser wird den Kreditinstituten für die kurzfristige Liquiditätsgewährung im Rahmen der Wertpapierpensionsgeschäfte berechnet.



SRF: Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität
 HRG: Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte
 EF: Einlagefazilität

Abbildung 23 Leitzinsen der EZB

Monat	Preisindex Stand (2000 = 100 %)	Vorjahresmonat	Vormonat
10/2003	104,5 %	1,2 %	–
09/2003	104,5 %	1,1 %	– 0,1 %
08/2003	104,6 %	1,1 %	–
07/2003	104,6 %	0,9 %	0,2 %
06/2003	104,4 %	1,0 %	0,3 %
05/2003	104,1 %	0,7 %	– 0,2 %
04/2003	104,3 %	1,0 %	– 0,3 %
03/2003	104,6 %	1,2 %	0,1 %
02/2003	104,5 %	1,3 %	0,5 %
01/2003	104,0 %	1,1 %	–

Tabelle 19 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland

Bei der Beschreibung der währungspolitischen Instrumente hat sich gezeigt, dass eine Erhöhung der Leitzinsen zu einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen und damit zu einer Abnahme der umlaufenden Geldmenge und zu einer Abnahme der Güternachfrage führt. Die Summe dieser Effekte sollte ein geringerer Preisanstieg nach der Leitzinserhöhung sein. Umgekehrt soll ein Absenken der Leitzinsen die Entstehung deflationärer Tendenzen verhindern.

Es ist aber zu beachten, dass hohe Zinsen zwar die Preisstabilität fördern können, andererseits hohe Zinsen die Unternehmen aber davon abhalten, in ihre Produktion zu investieren. Eine Ausweitung der Produktion ist in der Regel nur durch zusätzlichen Kapitaleinsatz möglich. Um an dieses Kapital zu kommen, müssen die Unternehmen bei den Banken Kredite aufnehmen. Hohe Zinsen verteuern diese Kredite, die Unternehmen werden also genau überlegen müssen, ob eine Investition lohnend ist. Unter Umständen ist es sogar interessanter, die im Unternehmen erwirtschafteten Gewinne nicht im Unternehmen wieder zu investieren, sondern die Gewinne zu den hohen Zinsen direkt am Kapitalmarkt anzulegen.

Wir sehen also, dass eine Zinserhöhung durch die Zentralbank nicht nur Einfluss auf die Preise hat, sie hat ebenso einen zumeist negativen Einfluss auf die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes. Eine Zinssenkung kann demgegenüber ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes fördern, sie kann aber auch inflatorische Risiken mit sich bringen. Da ein stetiges Wirtschaftswachstum zu den im Stabilitätsgesetz beschriebenen Zielen staatlicher Wirtschaftspolitik gehört, die Europäische Zentralbank jedoch in erster Linie der Preisstabilität verpflichtet ist, kommt es hier oft zu Zielkonflikten.

Maßnahmen zur Vollbeschäftigung

Wenn die staatlichen Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik betrachtet werden sollen, ist es notwendig, sich zuerst mit den Ursachen für **Arbeitslosigkeit** zu beschäftigen.

Was ist Arbeitslosigkeit? Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung tritt auf, wenn den Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen in einer Volkswirtschaft nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Es können verschiedene Arten der Arbeitslosigkeit definiert werden, abhängig von den Gründen für die Arbeitslosigkeit. Verlieren Arbeitnehmer durch eigene Schuld, zum Beispiel wegen Unehrlichkeit, fehlender Arbeitsleistung, oder schuldlos, zum Beispiel durch Krankheit, ihren Arbeitsplatz, so wird von **subjektiver Arbeitslosigkeit** gesprochen. Aus staatlicher Sicht hat die so genannte **objektive Arbeitslosigkeit** die größere Bedeutung. Hier kann der Staat durch seine wirtschaftspolitischen Entscheidungen Einfluss auf den Arbeitsmarkt nehmen.

Was können die Ursachen für objektive Arbeitslosigkeit sein? Wie der Begriff „objektiv“ schon aussagt, liegen die Ursachen nicht bei den einzelnen Personen, sondern im Wirtschaftsgeschehen insgesamt. Unterbeschäftigung kann **saisonale Gründe** haben. Insbesondere in der Landwirtschaft und im Baugewerbe tritt diese Form der Arbeitslosigkeit häufig auf, die Wintermonate sind hier in der Regel Zeiträume mit erhöhter Unterbeschäftigung. Wesentlich gefährlicher für eine Volkswirtschaft ist die **konjunkturelle Arbeitslosigkeit**. Während die saisonale Arbeitslosigkeit nur kurzzeitig auftritt, kann die konjunkturelle Arbeitslosigkeit unter Umständen jahrelang dauern.

Wir haben schon gesehen, dass es in einer Volkswirtschaft kein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum gibt. Auf Phasen starken wirtschaftlichen Wachstums folgen automatisch Phasen mit schwächeren Wachstumsraten oder sogar mit negativem Wachstum. Diese verschiedenen Konjunkturphasen gehen einher mit unterschiedlich starker Güternachfrage. Je nach Konjunkturlage ist die Güternachfrage schwächer oder stärker. Bei starker Nachfrage auf den Märkten werden die Unternehmen Arbeitskräfte einstellen, um ihr Angebot und damit die Gewinnmöglichkeiten vergrößern zu können. Umgekehrt werden die Unternehmen Arbeitnehmer entlassen, wenn die Nachfrage zu gering geworden ist. Da Phasen schwacher Konjunktur teilweise einige Jahre dauern können, wird die konjunkturelle Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Problem staatlicher Wirtschaftspolitik.

In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten, dass in Zeiten schwacher Konjunktur zwar Arbeitsplätze abgebaut werden, aber in Phasen starken wirtschaftlichen Wachstums nicht in gleichem Maße Arbeitnehmer wieder eingestellt werden. Die Arbeitslosigkeit ist also langfristig gestiegen, obwohl es im gleichen Zeitraum insgesamt ein Wirtschaftswachstum gegeben hat. Der Grund hierfür liegt in der so genannten **technologischen Arbeitslosigkeit**. Darunter versteht man die durch den technischen Fortschritt bedingte Unterbeschäftigung.

Die Industrieproduktion wird immer mehr von Maschinen, Robotern und Computern bestimmt. Das heißt, für die Fertigung einer bestimmten Menge eines Gutes werden immer weniger Arbeitnehmer benötigt. Diesen Abbau von Arbeitsplätzen durch Automatisierung, Mechanisierung und Modernisierung bezeichnet man als **Rationalisierung**. Diese Rationalisierungsmaßnahmen werden von den Unternehmen insbesondere dann durchgeführt, wenn durch ein schwaches Wirtschaftswachstum die Zahl der Arbeitnehmer reduziert worden ist und bei steigendem Wirtschaftswachstum die Produktion wieder ausgeweitet werden soll. Das bedeutet, die Unternehmen werden weniger Arbeitnehmer einstellen, als zuvor entlassen worden sind. Technologische und konjunkturelle Arbeitslosigkeit stehen also in einem engen Verhältnis zueinander.

Zu den konjunkturellen Gründen für Unterbeschäftigung können auch die strukturellen Gründe für Arbeitslosigkeit gezählt werden. **Strukturelle Arbeitslosigkeit** ist ebenfalls durch den technologischen Fortschritt bedingt. Als Beispiel sei hier der Kohlebergbau in der Bundesrepublik Deutschland genannt, der in den letzten Jahrzehnten laufend an Bedeutung verloren hat. Eine Vielzahl von Kohlebergwerken wurde geschlossen und damit eine große Zahl von Bergleuten entlassen. Neue Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren aber hauptsächlich in den Bereichen der so genannten „New Economy“, also insbesondere in der Computer- und Informationsindustrie entstanden. Da aber diese Unternehmen speziell ausgebildete Arbeitnehmer suchen, war es für die entlassenen Bergleute schwierig, neue Arbeitsplätze zu finden. Die Arbeitslosigkeit der Bergleute ist also bedingt durch den strukturellen Wandel und den technologischen Fortschritt.

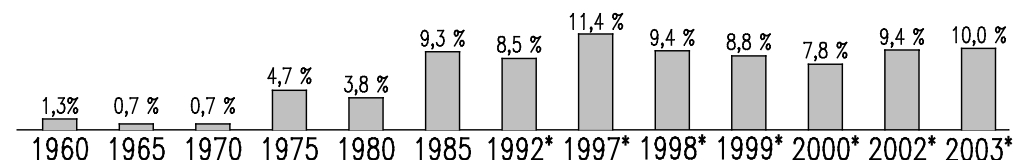


Abbildung 24 Die Entwicklung der Arbeitslosenquoten 1960-2003 (* Gesamtdeutschland)

Welche Maßnahmen kann der Staat treffen, um das im Stabilitätsgesetz vorgegebene Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes zu erreichen? Wichtig ist zu beachten, dass in dem Gesetz nicht Vollbeschäftigung als Ziel verlangt wird. Diese wird auf Grund der subjektiven Arbeitslosigkeit und der immer wieder auftretenden strukturellen Arbeitslosigkeit nie ganz erreicht werden können. Aufgabe des Staates ist es also, die Arbeitslosigkeit möglichst gering zu halten und die Folgen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen.

Arbeitslosigkeit hat für die Arbeitnehmer insbesondere finanzielle Folgen. Diese versucht der Staat durch die Arbeitslosenversicherung abzuschwächen. Bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz hilft der Staat durch die Arbeitsämter. Zudem finanziert er Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie in Zeiten besonders großer Arbeitslosigkeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, durch die den Arbeitslosen zumindest vorübergehend eine staatlich finanzierte Arbeitsstelle angeboten wird.

Um die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen, wurde von der Bundesregierung im Jahr 1998 das „**Bündnis für Arbeit**“ ins Leben gerufen. In diesem „Bündnis für Arbeit“ versuchen Regierung, Gewerkschaften und Ar-

beitgeberverbände, Maßnahmen für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Themen für diese Treffen sind unter anderem: Altersteilzeitmodelle, die Arbeitszeitpolitik, Überstundenabbau, Teilzeitarbeit, Reform der Sozialversicherungssysteme, Unternehmenssteuerreform und der Aufbau Ost. An dieser Liste der Themen im „Bündnis für Arbeit“ kann man ablesen, dass es dem Staat nicht möglich ist, neue Arbeitsplätze direkt zu schaffen. Er kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, die helfen, dass Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Aus Arbeitgeberpersicht ist es wichtig, dass die Arbeit billiger wird, dass also z.B. die Beiträge zur Rentenversicherung und die Einkommensteuern gesenkt werden, wodurch bei gleichen Bruttolöhnen höhere Nettolöhne möglich wären.

Aus Arbeitnehmersicht sind der Abbau von Überstunden und Vorruhestandsregelungen wichtige Maßnahmen, die neue Arbeitsplätze schaffen sollen. Das Thema „Aufbau Ost“ zeigt, dass konjunkturelles Wachstum eine ganz wichtige Voraussetzung für die Entstehung neuer Arbeitsplätze ist. Nur die ansteigende Nachfrage wird in den Unternehmen zu einer Ausweitung der Produktion führen. Hier muss der Staat also mit konjunkturpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Wachstums eingreifen.

Maßnahmen für das Wirtschaftswachstum

Im Stabilitätsgesetz wird ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum verlangt. Wir haben im Abschnitt „Konjunkturpolitik“ schon gesehen, welche Maßnahmen der Staat zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums unternehmen kann. Aufgabe des Staates ist es aber auch, ein zu schnelles Wirtschaftswachstum zu verhindern. Wir wissen, dass es im Konjunkturaufschwung und im Konjunkturmehrpunkt zu steigenden Preisen kommt. Wächst die Wirtschaft zu stark, so steigen auch die Preise entsprechend stark. Zu starkes Wirtschaftswachstum kann demnach Inflation fördern.

Da aber die Geldwertstabilität als wichtiger Faktor in einer Volkswirtschaft anerkannt wird, gilt es, das Wirtschaftswachstum auf einem „gesunden Maß“ zu halten. Zudem hat man erkannt, dass Wirtschaftswachstum nicht nur positive Folgen hat. Starkes, übermäßiges Wirtschaftswachstum führt zum Beispiel zu mehr Güterverkehr auf den Straßen und damit zu einer erhöhten Umweltverschmutzung. Staatliche wirtschaftspolitische Maßnahmen können also auch eine Abschwächung der Konjunktur als Ziel haben. Dies kann geschehen durch eine Drosselung der staatlichen Nachfrage, indem staatliche Investitionen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der Staat kann durch seine Steuerpolitik versuchen, die gesamte Nachfrage auf den Gütermärkten zu senken, indem er zum Beispiel die Mehrwertsteuer heraufsetzt.

Alle staatlichen Maßnahmen zur Stärkung oder zur Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums müssen aber immer im Einklang mit den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft stehen. Das bedeutet, dass der Staat den Unternehmen insbesondere keine Preis- oder Produktionsvorgaben machen darf, der Staat darf nur durch marktkonforme Eingriffe in das Marktgeschehen versuchen, die Nachfrage, das Angebot und damit die Preise zu beeinflussen.

Maßnahmen zur Erreichung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes

Was ist **außenwirtschaftliches Gleichgewicht**? Eine moderne Volkswirtschaft steht nicht für sich alleine. Sie unterhält Beziehungen zu anderen Volkswirtschaften, indem sie Güter und Dienstleistungen exportiert und importiert. Die Exporte und Importe werden zahlenmäßig in der **Handelsbilanz** erfasst.

Für die Bundesrepublik Deutschland ergaben sich für 2002 folgende Werte:

Exporte	647	Mrd. €
Importe	520	Mrd. €
Außenhandelsüberschuss	127	Mrd. €

Tabelle 20 Handelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland 2002

Die **Handelsbilanz** lässt sich mit der **Dienstleistungsbilanz** und der **Schenkungs-bilanz** zur **Leistungsbilanz** erweitern. Zusammen mit der **Kapitalverkehrsbilanz** erhält man die **Zahlungsbilanz** eines Landes.

Zahlungsbilanz		
	Soll	Haben
Leistungsbilanz		
Handelsbilanz		
Warenexporte		Warenimporte
Dienstleistungsbilanz		
Dienstleistungs- exporte		Dienstleistungs- importe
Schenkungsbilanz		
empfangene Übertragungen		geleistete Übertragungen
Kapitalverkehrsbilanz		
Zunahme der Verbindlichkeiten		Abnahme der Verbindlichkeiten
Abnahme der Forderungen		Zunahme der Forderungen
Summe	=	Summe

Abbildung 25 Zahlungsbilanz

Diese Zahlungsbilanz ist immer ausgeglichen, da jedem Vorgang im Soll immer ein Vorgang im Haben gegenübersteht. Beispiel: Ein Warenexport für 1000 € führt zu einer Zunahme im Soll bei der Handelsbilanz und zu einer Zunahme im Haben bei der Kapitalverkehrsbilanz. Ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht kann sich demnach nicht auf die gesamte Zahlungsbilanz beziehen. In der Regel ist mit einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht ein Saldo in der Leistungsbilanz oder speziell in der Handelsbilanz gemeint.

Welche Möglichkeiten hat der Staat, die Handelsbilanz zu beeinflussen? Der Versuch, auf die Handelsbilanz einzuwirken, bedeutet, die Exporte und Importe ausweiten oder einschränken zu wollen. Neben den direkten Instrumenten wie Zöllen, Exportförderungen, Hermes-Bürgschaften muss dieses insbesondere über die **Wechselkurse** der nationalen Währungen geschehen.

Betrachten wir als Beispiel den Euro im Vergleich zum US-Dollar. Der Kurs für 1 Euro lag bei seiner Einführung im Januar 1999 bei 1,1789 US-Dollar. Am 29.11.2000 lag der Kurs für 1 Euro bei 0,8576 US-Dollar. Verkauft ein deutscher PKW-Hersteller in den USA einen PKW für 20.000 US-Dollar, so hat er 1999 dafür 16.964 Euro erhalten,

Ende 2000 bekam er durch den abgewerteten Euro dafür 23.320 Euro. Im November 2003 lag der Kurs bei 1,1525 für einen US-Dollar. Der Kursverlust des Euro gegenüber dem US-Dollar an den Devisenmärkten fördert also die Exporte der deutschen Unternehmen.

Nun könnte man meinen, steigende Exporte sind äußerst positiv, weil sie bedeuten, dass die Unternehmen Arbeitskräfte einstellen werden und ihre Gewinne steigern können. Das ist auf der einen Seite auch richtig. Andererseits bedeuten die steigenden Exporte auch eine steigende Nachfrage. Die Exporte führen also zu einem Preisanstieg. Ein zu starker Anstieg der Exportmenge birgt demnach die Gefahr einer importierten Inflation in sich. Werden umgekehrt mehr Waren importiert als exportiert, so kann dies zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Das bedeutet für die Wirtschaftspolitik, dass sie über die Einflussnahme auf den Devisenkurs einer Währung versuchen muss, die Höhe der Importe und Exporte in einem gesunden Gleichgewicht zu halten.

Die Devisenkurse werden auf den Devisenmärkten aus Angebot und Nachfrage nach den Währungen bestimmt. Einflussfaktoren sind unter anderem die Stabilität einer Währung, also die Inflationsrate, und die Stärke des Wirtschaftswachstums in einem Land. Da sich diese Faktoren nur sehr langfristig verändern lassen, muss der Staat, in diesem Fall die Zentralbank, im Falle einer Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts versuchen, durch Interventionen am Devisenmarkt, also durch Käufe oder Verkäufe einer Währung, den Wechselkurs einer Währung zu beeinflussen. Dieses erweist sich allerdings in der Praxis als sehr schwierig. Die Einflussmöglichkeiten des Staates zur Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sind demnach kurzfristig nur sehr gering.

Wir können also erkennen, dass der Staat durch eine Vielzahl von Maßnahmen versuchen kann, das Wirtschaftsgeschehen im Sinne des Stabilitätsgesetzes zu beeinflussen. Häufig treten bei der Anwendung der wirtschaftspolitischen Instrumente aber Zielkonflikte auf. Die staatliche Wirtschaftspolitik muss deshalb versuchen, die aktuelle wirtschaftliche Situation genau zu analysieren, um dann die Ziele entsprechend gewichten zu können.

Land	1995	1998	2001
Deutschland	46,3 %	45,6 %	45,7 %
Schweden	62,4 %	56,1 %	52,2 %
Frankreich	51,4 %	49,4 %	48,8 %
Japan	35,6 %	36,6 %	36,7 %
USA	32,9 %	30,5 %	31,2 %

Tabelle 21 Staatsquote (Höhe der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP)

Wichtig ist auch, dass der Staat die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft beachtet, dass er also keinen zu großen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen nimmt. Gemessen wird dieser Einfluss mithilfe der **Staatsquote**. Eine Staatsquote über 50 % ist ein Indiz für einen zu großen staatlichen Einfluss.

AufgabenAufgabe 1

Welche Vorgaben macht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bezüglich des Wirtschaftssystems?

Aufgabe 2

2.1 Erläutern Sie den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“!

2.2 Nennen Sie marktwirtschaftliche und soziale Grundsätze!

Aufgabe 3

Was ist die Gewerbefreiheit?

Aufgabe 4

Nennen Sie Gründe für die Notwendigkeit, Sozialpolitik zu betreiben!

Aufgabe 5

Warum darf soziale Gerechtigkeit nicht mit sozialer Gleichheit verwechselt werden?

Aufgabe 6

Warum führt eine hohe Arbeitslosenzahl zu Problemen in den Sozialversicherungen?

Aufgabe 7

Welche Folgen hat eine Rezession für die Steuereinnahmen des Staates?

Aufgabe 8

8.1 Welche wirtschaftspolitischen Ziele werden im „Stabilitätsgesetz“ verlangt?

8.2 Um welche Ziele lässt sich die Wirtschaftspolitik erweitern?

8.3 Welche Ziele verfolgt die Europäische Zentralbank, welche die Bundesregierung vorrangig?

Aufgabe 9

Welche Konflikte können bei der Verfolgung der Ziele entstehen?

Aufgabe 10

Unter welchen Voraussetzungen könnte es ein angemessenes Ziel der Wirtschaftspolitik sein, ein Nullwachstum des Bruttoinlandproduktes zu erzielen?

Aufgabe 11

Welche geldpolitischen Instrumente stehen der Europäischen Zentralbank zur Verfügung?

Aufgabe 12

Erläutern Sie die Begriffe Offenmarktpolitik und Mindestreservepolitik!

Aufgabe 13

Was versteht man unter Vollbeschäftigung und welche Folgen kann Überbeschäftigung für eine Volkswirtschaft haben?

Lernbereich**6 Europäische Union****6.1 Ziele und Aufgaben der Europäischen Union****Geschichte und Entwicklung**

Nach dem 2. Weltkrieg waren alle Staaten Europas in einem desolaten Zustand. Die Angst vor neuen Konflikten und das Sicherheitsbedürfnis waren groß. Als geeignetes Mittel zur nachhaltigen Friedenssicherung wurde die wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Staaten angesehen. Nicht nur führende Politiker, sondern auch die Gewerkschaften forderten „Vereinigte Staaten von Europa“ und eine „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (Grundsatzprogramm des DGB, 1949).

Bereits in den 50er-Jahren haben sich in der Folge Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande in drei europäischen Gemeinschaften zusammengeschlossen, nämlich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion) am 23.07.1952, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom), beide am 01.01.1958.

Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Gemeinschaften war trotz der zu erwartenden Interessenkonflikte so gut, dass weitere europäische Länder beitreten wollten: 1973 wurden Großbritannien, die Republik Irland und Dänemark, 1981 Griechenland, 1986 Spanien und Portugal, am 03.10.1990 die ostdeutschen Bundesländer als Folge der Wiedervereinigung Deutschlands und 1995 Österreich, Schweden und Finnland aufgenommen.

Am Stichtag 01.05.2004 vergrößerte sich die EU um weitere 10 Länder auf insgesamt 25. Es traten zu: Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Zypern, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.



Abbildung 26 EU-Flagge

Die 12 Sterne deuten das Symbol der Vollkommenheit an. Sie haben nichts mit der Anzahl der Mitgliedsstaaten zu tun.



Abbildung 27 Die europäische Union

Die Mitgliedstaaten haben den Gemeinschaften Politikbereiche übertragen, in deren Rahmen sie Recht setzen (das heißt Gesetze und Richtlinien erlassen) konnten, das Vorrang vor dem nationalen Recht der einzelnen Mitgliedsstaaten hat. Ziel dieser Maßnahme war die Herstellung eines einheitlichen Marktes mit den Grundfreiheiten Niederlassungsfreiheit, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Dienstleistungsfreiheit, freier Warenverkehr und freier Kapital- und Zahlungsverkehr. Der europäische **Binnenmarkt** wurde am 01.01.1993 vollendet.

Der guten wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollte nach dem Willen der Politiker die politische Integration folgen: Die **Europäische Union** (EU) wurde als Mittel der politischen Einigung Europas durch den Vertrag von Maastricht gegründet. Der Vertrag wurde bereits am 07.02.1992 unterzeichnet, trat aber auf Grund innenpolitischer Schwierigkeiten in den Mitgliedstaaten Dänemark und Deutschland erst am 01.11.1993 als „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Art.1 EUV) in Kraft.

Der Vertrag von Maastricht wurde inzwischen weiterentwickelt und ersetzt durch den Vertrag von Amsterdam, unterzeichnet am 02.10.1997 und in Kraft getreten am 01.05.1999.

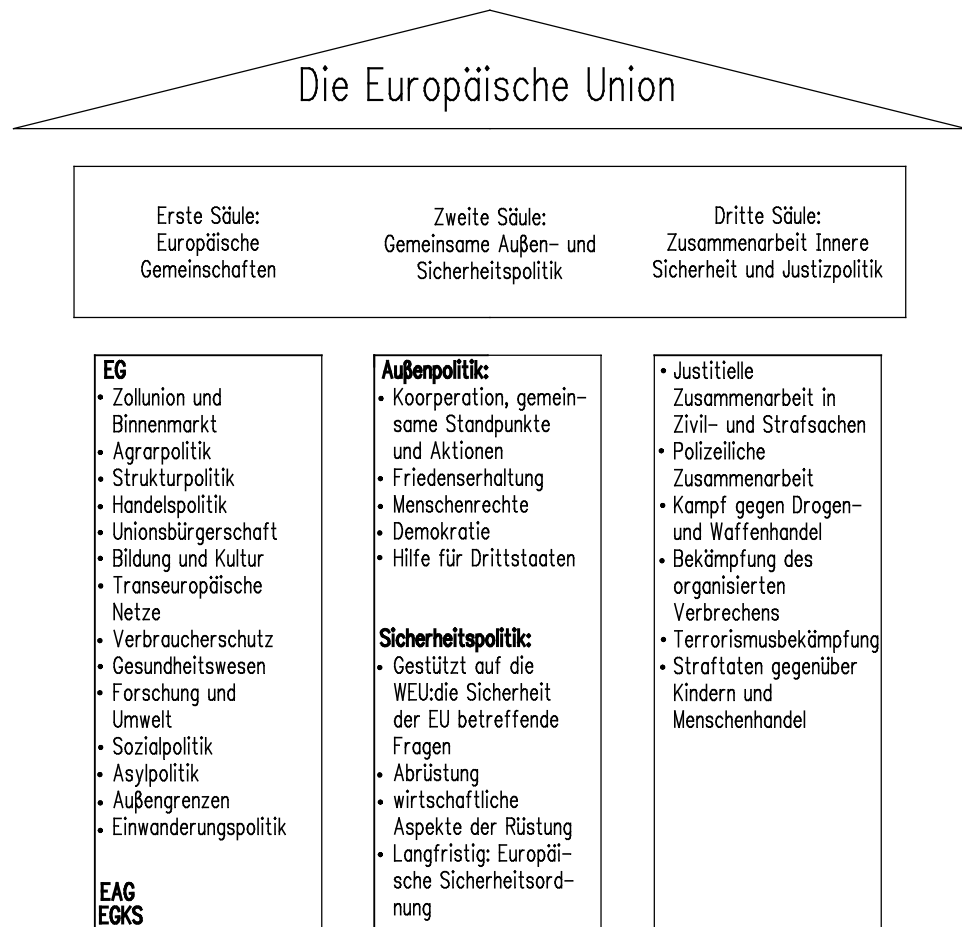


Abbildung 28 Säulenmodell (Politiken)

Die Europäische Union führt drei so genannte Säulen unter ihrem Dach zusammen, siehe Abbildung 28: Die **erste Säule** beinhaltet die drei Europäischen Gemeinschaften EGKS, EAG und EG, und die Wirtschafts- und Währungsunion. (Die EWG wurde im Zuge der Gründung der EU in EG umbenannt)

Die **zweite Säule** steht für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Bis zum In-Kraft-Treten des EUV war die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU durch die Einheitliche Europäische Akte und später die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) geregelt. Dabei haben sich die Außenminister regelmäßig beraten und durch ihre Behörden Kontakt gehalten. Dies war angesichts der politischen Krisen in den 90er-Jahren (Golfkrieg, Jugoslawienkonflikt, Zerfall der UdSSR) nicht mehr ausreichend. Es wurde vereinbart, schrittweise eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, die der Bedeutung der EU als größter Handelsmacht der Welt entspricht.

Die **dritte Säule** umfasst die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit. Ziel ist hier die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität sowie des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit innerhalb der EU. Die Zusammenarbeit in Gerichts- und Polizeiangelegenheiten zwischen den Mitgliedstaaten der EU soll verbessert und beschleunigt werden. 1998 wurde die europäische Polizei „Europol“ geschaffen, um die oben genannten Ziele zu erreichen.

Die den einzelnen Säulen zugeordneten Institutionen der EU werden an anderer Stelle erläutert.

Ziele und Aufgaben

War für die Gründung der Europäischen Gemeinschaften noch der Wunsch der dauerhaften Friedenssicherung durch enge wirtschaftliche Verflechtung maßgebend, so hat sich die Europäische Union zusätzlich noch weitreichendere Ziele gesteckt (Art. 2 EUV):

- Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts
- Hohes Beschäftigungsniveau
- Binnenmarkt
- Schaffung eines wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Behauptung der Identität der EU durch gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik
- Stärkung des Schutzes und der Rechte der Angehörigen der Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft
- Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- Wahrung und Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstandes (womit die bereits auf die Gemeinschaften übertragenen Rechte der Mitgliedstaaten gemeint sind)

Diese Ziele sollen unter Beachtung des so genannten **Subsidiaritätsprinzips** erreicht werden. Das Prinzip ist bereits Bestandteil der Verträge (Art. 5 EGV) und wird dort so erläutert:

„Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig. In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und so weit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkung besser auf Gemeinschaftsebene bzw. Unionsebene erreicht werden können. Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.“

Grundlage und Fundament der EU sind jedoch die elementaren Wertvorstellungen, die als Grundrechte bereits in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten verankert wurden: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Hinzu kommen noch Frieden, Einheit, Gleichheit, Sicherheit und Solidarität.

Die Europäische Integration hat historisch bedingt natürlich besonders auf wirtschaftlichem Gebiet einige Erfolge aufzuweisen: Bereits zum 01.07.1968 wurde die Europäische Zollunion eingeführt: Wegfall der Binnenzölle und Festlegung von gemeinsamen Außenzöllen. Eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) und der Europäischen Währungseinheit (ECU, später Euro) wird mithilfe eines Stufenprogramms angestrebt. Der Europäische Binnenmarkt ist bereits vollendet.

6.2 Europäischer Binnenmarkt

Seit dem 01.01.1993 gibt es den europäischen Binnenmarkt. Er regelt die Wirtschaftsbeziehungen der Mitgliedstaaten untereinander mit besonderem Augenmerk auf die vier Grundfreiheiten:

- Der **freie Warenverkehr** war bereits durch die Zollunion vorbereitet worden, erforderte aber zusätzlich noch den Abbau von so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen (beispielsweise unterschiedliche technische Normen oder Einfuhrbestimmungen für Bier, das nicht nach dem Reinheitsgebot gebraut ist). Im Rahmen der erforderlichen Harmonisierung mussten gemeinsame Regeln geschaffen werden. Die Grenzkontrollen für Waren sind weggefallen und die Steuern wurden harmonisiert.
- Der **freie Verkehr von Dienstleistungen** ermöglicht das Angebot von Dienstleistungen (z.B. von Versicherungen und Banken) innerhalb der europäischen Grenzen, nicht mehr nur der Grenzen des Mitgliedstaats. Die Banken- und Versicherungsaufsicht wurde harmonisiert und die Telekommunikations- und Transportmärkte geöffnet.
- Der **freie Personenverkehr** gibt Bürgern der Mitgliedstaaten das Recht, sich innerhalb der Grenzen der EU frei zu bewegen und auch niederzulassen und zu arbeiten. Die Grenzkontrollen sind weggefallen, verstärkte Außenkontrollen wurden eingeführt. Seit dem 01.01.1988 gibt es bereits den Europäischen Reisepass, der ein rasches Unterscheiden zwischen In- und Ausländern der EU ermöglicht.

Der freie Personenverkehr hat jedoch zu Problemen in den Bereichen Innere Sicherheit, Drogenbekämpfung und Asylrecht geführt und erschwert die Verbrechensbekämpfung.

- Der **freie Kapitalverkehr** führte zur Abschaffung von Devisenkontrollen und Mengengrenzungen für Kapitalströme innerhalb des Binnenmarktes. Der Wertpapierverkehr wurde liberalisiert und erste Schritte in Richtung gemeinsamer Markt für Finanzdienstleistungen getan.

Der europäische Binnenmarkt war ein lange angestrebtes und gut begründetes Ziel der Wirtschaft:

- Attraktivitätssteigerung des **Standorts Europa** im internationalen Wettbewerb.
- Durch Angleichen der Qualitätsnormen in den Mitgliedstaaten ein wesentlich größeres Absatzgebiet und **Rationalisierungsmöglichkeiten**.

Bereits im EWG-Vertrag wurden vier gemeinsame Politiken für den Binnenmarkt vereinbart:

Die gemeinsame **Handelspolitik** als Konsequenz der Zollunion. Die Zuständigkeiten für die Außenhandelspolitik haben die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft übertragen. Die Kommission der EU (Erläuterungen zur Kommission an anderer Stelle) vertritt die Mitgliedstaaten bei internationalen Handelsverhandlungen und schließt Handelsverträge mit Drittländern ab.

Die Gemeinsame **Agrarpolitik** (GAP, seit 1968, Reformpaket 2003) hat sich die Herstellung der Selbstversorgung innerhalb der Gemeinschaft zum Ziel gesetzt. Dazu kam die Stabilität der Verbraucherpreise auch bei Nahrungsmittelknappheit, die Stabilität des Einkommens der Landwirte auch bei Ernteausfällen, die Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe zur Verhinderung von Landflucht und Arbeitslosigkeit und die Landschaftspflege sowie der Umweltschutz.

Die gemeinsame **Verkehrspolitik** hat sich Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze der Nachrichtenübermittlung und der Energie zum Ziel gesetzt.

Eine gemeinsame **Wettbewerbspolitik** erfolgt in Form von Kontrollen bei Fusionen, Kartellbildungen und Subventionen. Bereits im EGKS-Vertrag (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) wurde der freie Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsordnung der EU verankert. Er darf aus politischen und wirtschaftlichen Gründen weder durch staatliche Eingriffe noch durch unternehmerisches Handeln beeinträchtigt werden. Damit soll verhindert werden, dass staatliche Subventionen der nationalen Industrie Vorteile verschaffen. Hier hätten die reichen Staaten zudem einen unerwünschten Vorteil gegenüber den ärmeren. Subventionen könnten auf Grund ihrer wettbewerbsverzerrenden Wirkung die Funktion des Marktes beeinträchtigen.

Im Binnenmarkt müssen sich die Unternehmen allerdings auch einem wesentlich aggressiverem Wettbewerb stellen. Dieser hat verschiedene Auswirkungen:

Einerseits wird der Europäische Gerichtshof von den Wirtschaftsunternehmen bei Fällen vermeintlicher Benachteiligung durch Qualitätsnormen oder andere Vorschriften in den Unionsländern angerufen. Dabei geht es z.B. um den Verkauf von Waren unter dem Einstandspreis (Keck-Formel), die Einfuhr von Einwegverpackungen für Getränke in Dänemark oder den Alkoholgehalt in Branntweinen (Cassis de Dijon-Entscheidung). Es kommt hier natürlich auch zu Entscheidungen, die bei der Bevölkerung sehr unpopulär sind, wie z.B. bei der Zurücknahme des Einfuhrverbots für britisches Rindfleisch.

Andererseits führt der verschärfte Wettbewerb zu Vorteilen für die Verbraucher, wie einem wesentlich vielfältigeren Warenangebot, Preissenkungen (siehe Telekommunikation und Energielieferungen) und Qualitätssteigerungen.

Durch die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen und Diplomen erhalten die europäischen Bürger die Chance, in einem anderen Land der Union ihren Beruf auszuüben, mit dem Nebeneffekt der besseren Integration der Bevölkerungen der Mitgliedstaaten.

Die Mitgliedstaaten der EU haben eine sehr unterschiedlich ausgeprägte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Dem wird durch die unterschiedliche Höhe der Abgaben zur Finanzierung des Haushalts der EU Rechnung getragen. Andererseits fördert die EU strukturschwache Regionen im Rahmen des Strukturfonds (breit gestreute Förderung) und des Kohäsionsfonds (Kohäsion = innerer Zusammenhalt; insbesondere Vorbereitung der ärmsten Länder auf die Wirtschafts- und Währungsunion).

Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei ein so genannter „Nettozahler“, das heißt, sie zahlt mehr ein, als sie an Fördermitteln zurück bekommt.

Welche Überlegungen liegen der Förder- und Umverteilungspolitik der EU zu Grunde? Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt (Kohäsion) der Unionsstaaten soll gestärkt und negative Auswirkungen des Binnenmarktes aufgefangen werden. Dazu hat die EU verschiedene Finanzierungsinstrumente entwickelt, die eigene Schwerpunkte in 6 Zielkategorien der förderfähigen Regionen setzen. Zu diesen Regionen gehören außer Griechenland, Portugal, Spanien und Süditalien z. B. auch die neuen Bundesländer.

Für die Förderung hat die EU externe und interne Ziele benannt. Zu den externen gehört das Sicherheitsziel, das auf positive gefahrenfreie Beziehungen nach außen durch entwicklungs- oder finanzielle Hilfen setzt. Zu diesem Bereich gehört auch die Unterstützung von Ländern, die der EU beitreten wollen, aber noch nicht die erforderlichen Anforderungen erfüllen.

Hinzu kommt die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur intern sondern auch in Konkurrenz zu anderen Staaten (Selbstbehauptungsziel).

Im Binnenbereich wird nach Kohäsionsziel und Entwicklungsziel unterschieden. Das Kohäsionsziel strebt die Überwindung von Entwicklungsunterschieden an, während im Rahmen des Entwicklungsziels eine Insgesamt-Erhöhung des Niveaus in verschiedenen Bereichen erreicht werden soll.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass das Ziel europäischer Förderung die Organisation eines Ressourcentransfers von „Reich“ zu „Arm“ ist, um „Arm“ die Möglichkeit zu geben, das Niveau von „Reich“ zumindest annähernd zu erreichen.

Die Förderpolitik nimmt nach der Agrarpolitik den zweitgrößten Teil des EU-Haushalts in Anspruch.

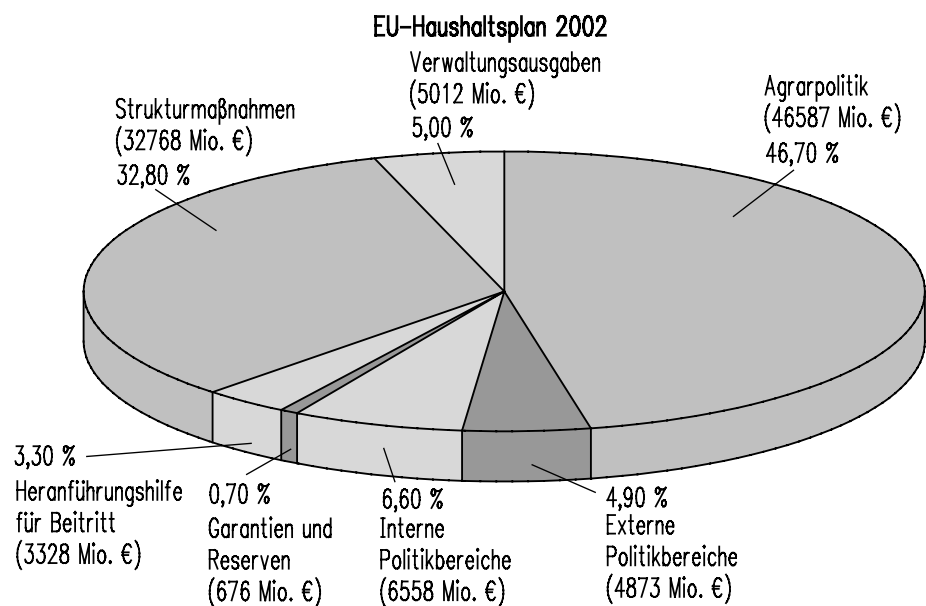


Abbildung 29 EU-Haushaltsplan 2002

Die Förderung erfolgt nach dem Prinzip der Kofinanzierung, das heißt, dass nur ein Teil der Mittel aus dem Haushalt der EU kommt. Der Rest muss von dem betroffenen Land zugesteuert werden.

6.3 Europäisches Währungssystem und Europäische Währungsunion

Eine **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** war bereits seit der Haager Gipfelkonferenz im Dezember 1969 Ziel der Mitgliedstaaten. Verschiedene Anstrengungen in den Siebzigerjahren blieben erfolglos, sodass das Ziel vorerst nicht weiter verfolgt wurde.

Im Juli 1978 beschloss der Europäische Rat in Bremen die Einführung des **Europäischen Währungssystems (EWS)**. Trotz einiger negativer Prognosen entwickelte sich das EWS, dessen Ankerwährung die D-Mark ist, zu einer Zone stabiler Wechselkurse und Preise.

Zwischen den beteiligten Währungen wurden Leitkurse festgelegt. Abweichungen waren mit einer Bandbreite von bis zu 2,25 % erlaubt, Sonderregelungen erlaubten bis zu 6 %. Den Kern des EWS bildeten die Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und Irland. Italien, Spanien, Großbritannien und Portugal traten dem EWS später bei.

In Verbindung mit der Einführung des EWS entstand auch die **Europäische Währungseinheit ECU** (European Currency Unit), deren Wert nach einem so genannten Währungskorb der Mitgliedswährungen errechnet wurde. Sie fungierte als Leitwährung, offizielles Verrechnungsmittel der EWS-Notenbanken, Recheneinheit für den Haushalt und die Statistik der EU und wurde teilweise auch bei privaten Geschäften verwendet (private ECU).

Angesichts der noch großen Inflationsunterschiede in den Mitgliedstaaten wurden in den ersten Jahren des EWS noch relativ häufig Wechselkursanpassungen vorgenommen. Da die Inflationsraten in allen Mitgliedstaaten deutlich zurückgingen, wurde bald jedoch ein gemeinsamer Stabilitätsraum erreicht.

Als Folge der Vertrauenskrise des EWS im Sommer 1992, ausgelöst durch die Entscheidung der dänischen Bevölkerung gegen den EU-Vertrag von Maastricht und schlechte wirtschaftliche Ergebnisse in den Mitgliedsstaaten, schieden die italienische Lira (vorübergehend) und das britische Pfund Sterling aus dem EWS aus. Zusätzlich mussten die Bandbreiten für Wechselkursschwankungen auf 15 % erhöht werden (wobei zwischen D-Mark und Gulden an 2,25 % festgehalten wurde), um das System zu erhalten. Erstaunlicherweise wurde diese Bandbreite nie ausgeschöpft, alle Staaten hielten an dem bestehenden Leitkurs fest.

Unterdessen waren die politischen Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion wieder aufgenommen worden. 1988 hatte ein Komitee unter Führung des damaligen EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors Vorschläge für eine Währungsunion in drei Stufen ausgearbeitet. Mit Annahme des Vorschlags („Delors-Plan“) durch den Europäischen Rat in Madrid begann am 01.07.1990 die **erste Stufe der WWU**: Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Europäischen Binnenmarkt. Ziel war die zunehmende Annäherung in der Preisstabilität und beim Abbau der öffentlichen Defizite.

Im Vertrag von Maastricht wurde 1992 die Schaffung der WWU bis spätestens Anfang 1999 vereinbart. Er war Voraussetzung für die Umsetzung der folgenden Stufen des Delors-Plans.

Die **zweite Stufe der WWU** begann am 01.01.1994 mit der Errichtung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), das die Einführung des Euro vorbereitete und am 01.06.1998 durch die Europäische Zentralbank (EZB) abgelöst wurde.

Die Einführung des Euro in den zwölf Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland) am 01.01.1999 als eigenständige Währung parallel zu den Landeswährungen war der Beginn der **dritten Stufe der WWU**. Der Euro wurde bis zur Ausgabe des tatsächlichen Euro-Geldes nur im bargeldlosen Verkehr benutzt und erschien zusätzlich nachrichtlich auf Rechnungen, Bankpapieren und Preisschildern, um den Bürgern die Umgewöhnung zu erleichtern und den Firmen ausreichend Vorlaufzeit für die Umstellung zu geben. Der ECU wurde durch den Euro im Verhältnis 1:1 ersetzt und existiert nicht mehr. Ab 01.01.2002 wurde das Euro-Geld ausgegeben.

Der Wert der nationalen Währungen in Euro wurde mit der so genannten Euro-Konversionsrate festgelegt.

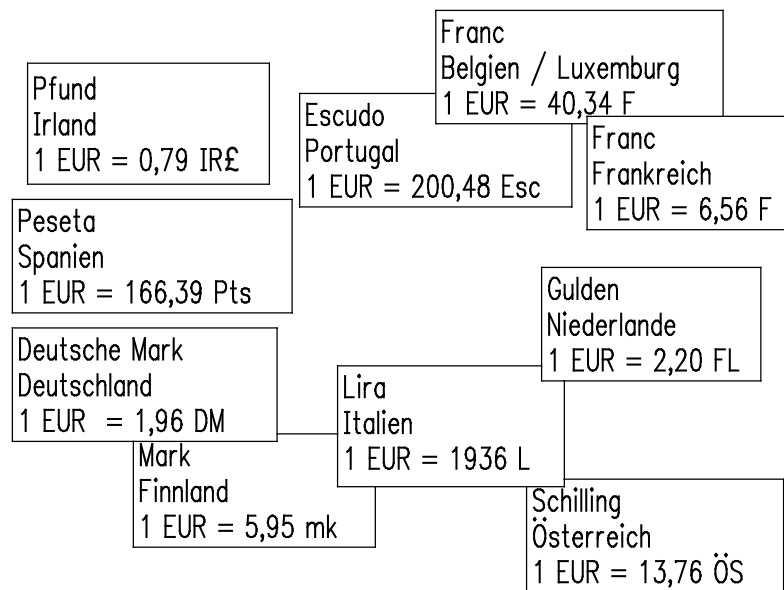


Abbildung 30 Euro-Landeswährungen (Beispiele)

Der Euro hat für die Bürger unter anderem den Vorteil, dass bei Urlauben in den Teilnehmerländern ein Geldumtausch nicht mehr nötig ist und somit Umtauschgebühren nicht mehr entstehen. Den Unternehmen bringt der Euro vor allem im Außenhandel eine verlässliche Kalkulationsgrundlage. Für Bürger und Unternehmen bedeutet er eine bessere Preistransparenz.

In einem Stabilitätspakt wurden so genannte **Konvergenzkriterien** zur stabilitätspolitischen Vergleichbarkeit der beteiligten Volkswirtschaften vereinbart, auch als Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten in das EWS:

- Der Preisanstieg soll nicht mehr als 1,5 % über dem durchschnittlichen Preisanstieg der drei stabilsten EU-Länder liegen.
- Das Haushaltsdefizit (jährliche netto-Neuverschuldung des Staates) darf höchstens 3 %, die Staatsverschuldung (Summe der bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen öffentlichen Schulden) höchstens 60 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) betragen.
- Der langfristige Zinssatz soll höchstens 2 % über dem durchschnittlichen Zinssatz der drei preisstabilsten Länder liegen.
- Bei Beitrittskandidaten: Teilnahme am EWS-Wechselkursverbund seit mindestens zwei Jahren, ohne dass die betreffende Währung unter Abwertungsdruck geraten ist.

Durch diese Konvergenzkriterien soll sichergestellt werden, dass sich die Gemeinschaftswährung nur aus solchen Währungen zusammensetzt, die sich zum Zeitpunkt des Übergangs als stabil erwiesen haben. Weitere Stabilitätsfaktoren sind die Geldpolitik der **Europäischen Zentralbank**, die Haushaltsdisziplin der am Euro beteiligten Länder und die künftige europäische Tarifpolitik.

Die folgende Tabelle zeigt beispielhaft die reale Entscheidungsgrundlage im Mai 1998 für die Aufnahme in den Euro-Verbund. Bei strenger Beachtung der Konvergenzkriterien hätten einige Staaten, so auch die Bundesrepublik Deutschland, nicht dabei sein dürfen.

Staat	Inflation	Langfristiger Zinssatz	Haushaltsdefizit	Staatsverschuldung
Belgien	1,4 %	5,7 %	-2,1 %	122,2 %
Deutschland	1,4 %	5,6 %	-2,7 %	61,3 %
Finnland	1,3 %	5,9 %	-0,9 %	55,8 %
Frankreich	1,2 %	5,5 %	-3,0 %	58,0 %
Irland	1,2 %	6,2 %	0,9 %	66,3 %
Italien	1,8 %	6,7 %	-2,7 %	121,6 %
Luxemburg	1,4 %	5,6 %	1,7 %	6,7 %
Niederlande	1,8 %	5,5 %	-1,4 %	72,1 %
Österreich	1,8 %	5,6 %	-2,5 %	66,1 %
Portugal	1,8 %	6,2 %	-2,5 %	62,0 %
Spanien	1,8 %	6,3 %	-2,6 %	68,8 %

Tabelle 22 Entscheidungsgrundlage Mai 1998

Dänemark, Großbritannien und Schweden sind aus verschiedenen Gründen nicht dem Euro beigetreten: Dänemark und Großbritannien haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, nicht beizutreten (opting-out-Klausel). Schweden hatte sich auf Grund von Bedenken gegen den Euro nicht am EWS-Wechselkursverbund beteiligt und kann somit zurzeit nicht beitreten.

Das System der Europäischen Zentralbanken (ESZB) wurde nach dem Beispiel der Deutschen Bundesbank konzipiert. Es besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den ihr unterstehenden Landeszentralbanken. Anker im stabilitätspolitischen Konzept der WWU ist die Unabhängigkeit der EZB und der Landeszentralbanken von politischen Weisungen:

„Bei der Wahrnehmung der ihnen in diesem Vertrag und in der Satzung des ESZB übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten dürfen weder die EZB noch eine Zentralbank eines Mitgliedstaates noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisung von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, den Regierungen der Mitgliedstaaten und anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der ZEB oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.“ (Art. 108 EGV)

AufgabenAufgabe 1

Im ersten EGV wurde das so genannte Subsidiaritätsprinzip verankert.

- 1.1 *Erläutern Sie mit eigenen Worten, was es beinhaltet!*
- 1.2 *Welche Gründe haben zur Einführung dieses Prinzips geführt?*

Aufgabe 2

Die EU ist eine Dachorganisation, die drei Kernbereiche, „Säulen“, unter sich vereint.

- 2.1 *Nennen Sie die Politikbereiche jeder Säule!*
- 2.2 *Welche Säule ist Ihrer Ansicht nach die stärkste?*

Aufgabe 3

Der europäische Binnenmarkt beruht auf 4 Grundfreiheiten.

Nennen Sie diese und erläutern Sie sie kurz!

Aufgabe 4

Erläutern Sie den Unterschied zwischen ECU und Euro!

Aufgabe 5

- 5.1 *Nennen Sie die Länder, die an der WWU teilnehmen!*
- 5.2 *Warum sind nicht alle Mitgliedstaaten der EU beteiligt?*

Aufgabe 6

Die Konvergenzkriterien sollen die Stabilität des Euro sicherstellen.

- 6.1 *Nennen Sie die Konvergenzkriterien!*
- 6.2 *Hatten am Stichtag im Mai 1998 alle Mitgliedstaaten diese Kriterien erfüllt? Erläutern Sie anhand von zwei Beispielen!*
- 6.3 *Warum konnten trotzdem damals alle zwölf Staaten den Euro zum vereinbarten Zeitpunkt einführen?*

Lösungsanhang

Lösungen

1 Volkswirtschaftliche Grundbegriffe

Aufgabe 1

Werbung schafft Bedürfnisse. Die Grund- und Sicherheitsbedürfnisse verspüren die Menschen auch ohne Werbung. Aber schon der Wunsch, diese Bedürfnisse mit ganz bestimmten Produkten zu erfüllen, entsteht durch Werbung. Ganz großen Einfluss hat Werbung bei der Entstehung von Luxusbedürfnissen. Oft verspürt der Mensch gar nicht den Mangel an einem bestimmten Gut. Dieses Gefühl bekommt er erst durch die Werbung.

Aufgabe 2

Produktionsgüter sind Güter, die zur Herstellung weiterer Güter benötigt werden. Das können Rohstoffe, Vorprodukte, Maschinen, LKWs sein. Konsumgüter sind Güter für den Endverbrauch. Das sind Kleidung, Fernseher, Fahrräder. Produktionsgüter treten aber nicht nur in Unternehmen auf. Auch in privaten Haushalten gibt es Produktionsgüter, z.B. Nähmaschinen, Werkzeuge. Ebenso gibt es Konsumgüter in Unternehmen, z.B. Getränke, Kantinenessen.

Aufgabe 3

Trinkwasser war über Jahrhunderte ein freies Gut. Dieses gab es in ausreichender Menge in Bächen, Flüssen, Seen. Mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl und der wachsenden Industrialisierung wurde das freie Gut Trinkwasser immer knapper. Das Wasser in Flüssen und Seen ist oft stark verschmutzt und als Trinkwasser nicht geeignet, sodass es mühsam aufbereitet werden muss. Trinkwasser ist damit zu einem wirtschaftlichen und wertvollen Gut geworden.

Aufgabe 4

Der Mensch muss wirtschaften, weil seine Bedürfnisse viel weit reichender sind als seine Möglichkeiten, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Er kann immer nur eine begrenzte Zahl an Gütern herstellen und ist deshalb gezwungen, immer genau das herzustellen und zu konsumieren, was ihm am wichtigsten erscheint.

Aufgabe 5

Das nominale BIP ist die Summe der Geldwerte aller in einem Jahr erzeugten Sachgüter und Dienstleistungen zu den Preisen in demselben Jahr. Um das reale BIP zu bekommen, wird die Geldentwertung mitberechnet. Das reale BIP bezieht sich also immer auf Preise aus einem vergangenen Jahr.

Aufgabe 6

Wirtschaftswachstum ist der Anstieg des realen BIP. Wirtschaftswachstum kann auch negativ sein.

Aufgabe 7

Produktionsfaktoren sind dauerhafte Produktionsmittel. Sie fließen in die hergestellten Güter nicht mit ein. Es wird unterschieden zwischen drei Arten von Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital.

Aufgabe 8

Vorteile sind: schnellere und damit günstigere Produktion durch Spezialisierung, Möglichkeit des Einsatzes spezialisierter Maschinen, die speziellen Fertigkeiten der Menschen werden optimal genutzt.

Nachteile sind: Abhängigkeit der Menschen von ihren Betrieben, Abhängigkeit der Betriebe von anderen Betrieben (z.B. Zulieferer in der Automobilindustrie), Fließbandfertigung führt zu einseitiger Beanspruchung der Arbeiter.

2 Entstehung und Verteilung des Sozialproduktes**Aufgabe 1**

- Unter den Tarifparteien versteht man zwei große Gruppen. Auf der einen Seite die Arbeitgeber, die in verschiedenen Arbeitgeberverbänden organisiert sind. Auf der anderen Seite sind die Arbeitnehmer, deren Verbände die Gewerkschaften sind.
- Tarifautonomie heißt, dass die Tarifparteien die Freiheit haben, ohne staatlichen Einfluss Tarifverträge auszuhandeln. In den Tarifverträgen wird insbesondere die Lohn- und Gehaltshöhe der Arbeitnehmer geregelt.

Aufgabe 2

Voraussetzungen für einen Streik:

- Die Friedenspflicht wird eingehalten
- sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten wurden ausgeschöpft
- es werden keine politischen Ziele verfolgt
- die Gewerkschaftsmitglieder müssen zustimmen

Aufgabe 3

Hausarbeit wird nicht als Dienstleistung gegen Geld verkauft. Es gibt also keinen Bewertungsmaßstab, mit dem Hausarbeit in das Bruttonationaleinkommen einfließen kann.

Aufgabe 4

Eine Steigerung des Bruttonationaleinkommens kann zu einer Schädigung der Umwelt führen, die auf Kosten zukünftiger Generationen gehen kann. Eine Steigerung der Industrieproduktion kann z.B. zu einem verstärkten Waldsterben führen, Gewässer können verschmutzt werden, die dann aufwändig geklärt und gereinigt werden müssen. Die Ausbeutung von Bodenschätzen und Naturressourcen führt ebenfalls zu einer Steigerung des Bruttonationaleinkommens. Als Beispiel sei hier die Abholzung der Regenwälder genannt.

Aufgabe 5

Beispiele:

Soziale Absicherung, Kriminalitätsrate, Lebenserwartung, ärztliche Versorgung etc.

Aufgabe 6

Ein langfristiges Sinken des Bruttonationaleinkommens und damit des Volkseinkommens führt langfristig dazu, dass der Wohlstand der Bevölkerung nicht mehr auf gleichem Niveau gesichert ist. Zum einen gibt es insgesamt weniger zu verteilen, zum anderen fehlen dem Staat langfristig die Mittel, um z.B. die Absicherung durch Sozialversicherungen dauerhaft zu gewährleisten. Dennoch muss auch beachtet werden, dass es nicht um jeden Preis eine Steigerung des Bruttonationaleinkommens geben darf.

Aufgabe 7

Wichtige Aufgaben des Staates:

- er schafft Gesetze und sorgt für deren Durchsetzung
- er sorgt für innere und äußere Sicherheit
- er schafft die Infrastruktur
- er sorgt für das Funktionieren der Märkte
- er sorgt für die soziale Absicherung der Bevölkerung
- er hilft mit bei der Ausbildung (Schulen, Universitäten)

Aufgabe 8

Steuern sind Zwangsabgaben, die der Staat seinen Bürgern auferlegt. Der Bürger erhält dafür keine direkten Gegenleistungen.

Aufgabe 9

Zwecke der Steuererhebung:

- Einnahme-Erzielung des Staates
- Wirtschaftspolitische Zwecke
- Sozialpolitische Zwecke
- Umweltpolitische Zwecke

Aufgabe 10

Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Solidaritätszuschlag

Aufgabe 11

- Die Steuerbemessungsgrundlage ist z.B. ein Einkommen oder der Verkaufspreis eines Gutes, der für die Berechnung der steuerlichen Belastung herangezogen wird.
- Der Steuertarif ist der Prozentsatz, mit dem die steuerliche Belastung der Bemessungsgrundlage berechnet wird.

Aufgabe 12

Beim progressiven Steuersatz ist die steuerliche Belastung bei niedriger Bemessungsgrundlage gering, bei höherer Bemessungsgrundlage steigt der Prozentsatz der Besteuerung, die steuerliche Belastung steigt also nicht nur absolut, sondern auch relativ zur Bemessungsgrundlage.

3 Markt und Preisbildung**Aufgabe 1**

Markt ist die Plattform, an der Güter und Dienstleistungen angeboten und nachgefragt werden. Die Anbieter können Unternehmen, der Staat und private Haushalte sein, die auch am Markt als Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen auftreten.

Aufgabe 2

Unter konkreten Märkten werden Märkte verstanden, auf denen Anbieter und Nachfrager zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort aufeinander treffen. Beispiele: Wochenmarkt, Trödelmarkt, Versteigerungen, Supermarkt.

Abstrakte Märkte sind Märkte, die nicht an Ort und Zeit gebunden sind. Der Immobilienmarkt, der Kapitalmarkt, der Arbeitsmarkt usw. sind Beispiele für abstrakte Märkte.

Aufgabe 3

Polypol: viele Nachfrager und viele Anbieter (Büchermarkt)

Angebotsoligopol: wenig Anbieter und viele Nachfrager (Mineralölmarkt)

Nachfrageoligopol: wenig Nachfrager und viele Anbieter (Spezialsoftware)

Angebotsmonopol: ein Anbieter, viele Nachfrager (Nahverkehrsverbund)

Nachfragemonopol: ein Nachfrager, viele Anbieter (Schutzwesten für die Polizei)

zweiseitiges Oligopol: wenig Nachfrager, wenig Anbieter (Mineralölkonzerne, Tanklastwagenhersteller)

zweiseitiges Monopol: ein Anbieter, ein Nachfrager (Bundeswehr, Panzerhersteller)

Aufgabe 4

Die Unternehmen können die Nachfrage erst erfahren, nachdem sie ein Produkt zu einem bestimmten Preis auf den Markt gebracht haben. Diese Information muss dann verarbeitet werden, damit ein angemessener Marktpreis festgelegt werden kann. Es kommt zu zeitlichen Verzögerungen zwischen der Nachfrage und der Preisfestlegung. Zudem sind viele Märkte so komplex und so groß, dass es den Unternehmen nicht möglich ist, diese Märkte jederzeit komplett zu überblicken. Deshalb wird das Angebot immer etwas zu groß oder etwas zu klein sein. Schätzt ein Unternehmen einen Markt völlig falsch ein, so kann der Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage auch sehr groß sein.

Aufgabe 5

Anzeige des Tauschwertes, Indikatorenfunktion, Lenkungsfunktion, Auslesefunktion

Aufgabe 6

Kann ein Gut zum Preis der Herstellungskosten nicht verkauft werden, so kann es sinnvoll sein, die schon hergestellten Güter zu einem geringeren Preis zu verkaufen, um wenigstens einen Teil der Kosten wieder einzunehmen. Weitere Möglichkeiten: Lagerräumung; Versuch, Konkurrenten aus dem Markt zu drängen; Kundenbindung.

Aufgabe 7

Fällt ein Monopol, so haben neue Anbieter den Sprung in einen Markt geschafft. Der ehemalige Monopolist ist gezwungen, wirtschaftlich zu arbeiten und seine Preise der tatsächlichen Marktsituation anzupassen.

Aufgabe 8

Oligopolmärkte sind sehr übersichtlich. Deshalb reagieren andere Hersteller auf Preissenkungen eines Herstellers, Preissteigerungen machen sie aber nicht unbedingt mit. Will kein Hersteller die Preisführerschaft übernehmen, so bleiben die Preise stabil. Ein Kleinwagenhersteller wird immer die Preise der anderen Kleinwagenhersteller im Blick behalten. Deshalb werden die Preise für vergleichbare Autos nicht nur wenig schwanken, sie werden sich auch auf Dauer angleichen, weil die Kunden problemlos einen guten Überblick über den Gesamtmarkt bekommen können.

Aufgabe 9

Beispiel Gesundheitswesen. Damit eine Krankenhausbehandlung nicht nur für Leute mit hohem Einkommen möglich ist, werden die Preise für diese Leistungen vom Staat festgelegt. Damit haben auch Leute mit geringem Einkommen Zugriff auf diese Dienstleistungen.

4 Geldwesen**Aufgabe 1**

Geld ist Tauschmittel, es dient als Recheneinheit, es ist Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel.

Aufgabe 2

Die Kaufkraft des Geldes gibt die Höhe seines Tauschwertes an. Die Kaufkraft sagt also aus, wieviel Geldeinheiten man bezahlen muss, um eine bestimmte Einheit eines Gutes (z.B. ein Brot) kaufen zu können.

Aufgabe 3

Fallende Preise führen zu steigender Kaufkraft und umgekehrt.

Aufgabe 4

Zur Messung der Kaufkraft wird ein Warenkorb aus dem durchschnittlichen Verbrauch der Bevölkerung eines Landes zusammengestellt und jährlich neu zu den aktuellen Preisen bewertet. So lassen sich die Preise und damit die Kaufkraft verschiedener Jahre vergleichen, und man kann Vergleiche zwischen der Kaufkraft in verschiedenen Ländern anstellen.

Aufgabe 5

Die Zusammensetzung des Warenkorbs muss regelmäßig geprüft werden, da sich die Konsumgewohnheiten der Bevölkerung im Laufe der Zeit ändern. Produkte die es vor zwanzig Jahren noch gar nicht zu kaufen gab, sind heute übliches Konsumgut geworden. Zudem ändert sich die Qualität der Produkte. Ein im Jahr 2000 neuproduzierter PKW ist von Qualität und Ausstattung nicht zu vergleichen mit einem PKW aus dem Jahr 1980.

Aufgabe 6

Die amtliche Preisentwicklung fasst einzelne Waren zu Warengruppen zusammen. Dadurch entstehen Durchschnittswerte, die von der Preisentwicklung im heimischen Supermarkt abweichen kann. Zudem werden Preisänderungen bei z.B. Lebensmitteln viel stärker wahrgenommen als die Gewichtung der Nahrungsmittelpreise im Gesamtindex tatsächlich ist.

Aufgabe 7

- Vergrößerung (Verringerung) der Geldmenge und/oder Vergrößerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht (verringert) das Preisniveau (bei gleichbleibenden Handelsvolumen).
- Vergrößerung (Verringerung) des Handelsvolumen senkt (erhöht) das Preisniveau (bei gleichbleibenden Geldvolumen und Umlaufgeschwindigkeit).

Veränderung des Geldumlaufs und des Handelsvolumen in gleicher Höhe führt zu stabil bleibendem Preisniveau.

Aufgabe 8

- Inflation ist eine langfristig zu beobachtende Zunahme des Preisniveaus.
- Deflation ist eine langfristig zu beobachtende Abnahme des Preisniveaus.

Aufgabe 9

Ursachen der Inflation:

- Nachfrageinflation: Preissteigerungen resultieren aus einem Nachfrageüberhang oder einem Anwachsen der Geldmenge. Ist die gestiegene Nachfrage auf einem Zuwachs des Exports zurückzuführen, so spricht man von einer importierten Inflation.
- Angebotsinflation: Preissteigerungen resultieren aus gestiegenen Kosten für die Unternehmen oder aus erhöhten Gewinnaufschlägen der Unternehmer auf ihre angebotenen Güter.

Aufgabe 10

Auswirkungen der Inflation: Preissteigerungen, erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, Geldentwertung, Flucht in Sachwerte, Warenhortung, dadurch Rationierung von z.B. Lebensmitteln, was zu Bildung von Schwarzmärkten führt, Nachteile für Gläubiger und z.B. Rentner, die nicht von Lohnerhöhungen profitieren können.

Vorteile durch eine hohe Inflation haben insbesondere Schuldner. Als Beispiel sei die Inflation von 1919-1923 in Deutschland genannt. Hat jemand 1919 einen Kredit von 20000 Mark z.B. für den Bau eines Hauses aufgenommen, so hat er 1923 immer noch 20000 Mark Schulden, kann diese aber problemlos zurückzahlen, weil die 20000 Mark praktisch wertlos geworden sind, der Wert seines Hauses ist aber gleich geblieben.

Aufgabe 11

Inflation trifft insbesondere diejenigen, die zum einen nicht von Lohnerhöhungen profitieren können, z.B. Rentner, zum anderen diejenigen, die keine Sachwerte aufweisen können. Ein Mieter muss immer größere Summen für die Miete aufbringen, während ein Hausbesitzer von der Geldentwertung nicht so stark betroffen ist.

Aufgabe 12

Starke Inflation führt zu einer Entwertung des Geldes. Dadurch kann das Geld seine Funktion als Tauschmittel und damit als Zahlungsmittel verlieren (z.B. inoffizielle Zigarettenwährung nach dem Zweiten Weltkrieg). Das Geld verliert zudem seine Funktion als Wertaufbewahrungsmittel, da es bei starker Geldentwertung schon nach einigen Tagen seinen Wert verloren haben könnte.

Aufgabe 13

Deflation, also langfristig fallende Preise, können zu einer Nachfragezurückhaltung beim Verbraucher und damit zu insgesamt geringerer Nachfrage führen. Die fallenden Preise lassen die Produktion für die Unternehmen immer uninteressanter werden. Die Konsequenz kann eine hohe Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen sein.

5 Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland**Aufgabe 1**

Das Grundgesetz macht keine genauen Vorgaben zum Wirtschaftssystem. In einer Reihe von Artikeln werden aber freiheitliche und demokratische Grundsätze sowie soziale Grundsätze für die Politik vorgegeben. Diese Vorgaben schließen eine absolute freie Marktwirtschaft und auch ein planwirtschaftliches Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Aufgabe 2.1

Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist ein Kompromiss zwischen Freier Marktwirtschaft und einer staatlich gelenkten Wirtschaftsordnung. Die positiven Wirkungen der Marktwirtschaft werden ausgenutzt, die negativen Folgen werden abgeschwächt oder verhindert.

Aufgabe 2.2

Marktwirtschaftliche Grundsätze in der Sozialen Marktwirtschaft sind u.a. die Preisbildung auf den Märkten, der Wettbewerb, das Privateigentum, die Gewerbefreiheit und die Privatinitiative. Diese Grundsätze sorgen dafür, dass jeder die vorhandenen Mittel optimal einsetzt und damit die gesamte Volkswirtschaft optimal wirtschaftet. Mögliche Folgen einer absolut freien Marktwirtschaft können Kartell- und Monopolbildung sowie Arbeitslosigkeit und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten sein. Diese sollen durch die sozialen Grundsätze der „Sozialen Marktwirtschaft“ verhindert werden: Sozialversicherungen, gerechte Einkommensverteilung, Wirtschaftsförderung, Ausbildungsgesetze usw.

Aufgabe 3

Die Gewerbeordnung gestattet jedermann den Betrieb eines Gewerbes. Ausnahmen davon sind nur in bestimmten gesetzlichen Rahmen zugelassen.

Aufgabe 4

Viele Gesellschaftsmitglieder, z.B. Kinder, Kranke, Behinderte, alte Menschen, können ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig durch Erwerbstätigkeit bestreiten.

Unterschiedliche Fähigkeiten der Menschen würden in einer freien Marktwirtschaft sehr große Einkommensunterschiede als Folge haben. Das ungezügelte Streben nach maximalem Gewinn könnte die Gesundheit der Arbeitnehmer gefährden. Staatliche Vorgaben zu Urlaubs- und Freizeitregelungen so wie zu Arbeitsbedingungen sind deshalb notwendig.

Aufgabe 5

Die Durchsetzung der Forderung nach sozialer Gleichheit würde den Wettbewerb in einem Wirtschaftssystem ausschalten, da sich eine höhere Leistung nicht mehr lohnt. Soziale Gerechtigkeit verlangt die Sicherung eines bestimmten sozialen Standards und eine teilweise Angleichung extremer sozialer Unterschiede.

Aufgabe 6

Arbeitslose sind auf Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Im Gegenzug kommt es bei hoher Arbeitslosigkeit zu weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen. Das bedeutet, dass die Sozialversicherungen bei hoher Arbeitslosigkeit doppelt belastet werden. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist demnach im Sinne der Arbeitnehmer und der Sozialversicherungen.

Aufgabe 7

Eine Rezession führt zu sinkenden Gewinnen in den Unternehmen, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Steuereinnahmen des Staates aus Einkommens- und Unternehmenssteuern werden also sinken. Auch die anderen Steuerarten (z.B. Mehrwertsteuer) werden durch die sinkenden Umsätze auf den Märkten zurückgehen.

Aufgabe 8.1

Das Stabilitätsgesetz verlangt Stabilität des Preisniveaus, einen hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenen Wirtschaftswachstum.

Aufgabe 8.2

Mögliche weitere Ziele der Wirtschaftspolitik können der Schutz der Umwelt, ein möglichst geringer Rohstoffverbrauch oder eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sein.

Aufgabe 8.3

Die Zentralbank verfolgt in erster Linie das Ziel der Preisstabilität, die Bundesregierung die anderen Ziele mit jeweils unterschiedlicher Intensität.

Aufgabe 9

Konflikte können entstehen, wenn z.B. die Zentralbank die Zinsen erhöht, um das Preisniveau stabil zu halten, die hohen Zinsen können aber andererseits das Wirtschaftswachstum verlangsamen. Umgekehrt können Maßnahmen des Staates zur Förderung der Konjunktur zu steigenden Preisen führen.

Aufgabe 10

Würde ein Nullwachstum einhergehen mit einem Produktivitätswachstum, so könnte diese Produktivitätssteigerung z.B. zu einer Verkürzung der Arbeitszeit bei konstanter Lohnsumme führen. Auch die Belastung der Umwelt könnte dadurch verringert werden.

Aufgabe 11

Die Europäische Zentralbank verfolgt ihre Währungspolitischen Ziele in erster Linie über die Festsetzung der Leitzinsen. Das geschieht durch die Offenmarktpolitik, die ständigen Fazilitäten, den Basiszinssatz. Zudem steht ihr noch das Instrument der Mindestreservpolitik zur Verfügung.

Aufgabe 12

Offenmarktpolitik bezeichnet den An- und Verkauf von Wertpapieren durch die Zentralbank. Durch die Höhe der Abschläge auf die Wertpapiere wird versucht, das allgemeine Zinsniveau und damit die Nachfrage- und Preisentwicklung auf den Märkten zu beeinflussen.

Die Mindestreservpolitik zwingt Geschäftsbanken dazu, eine bestimmte Geldmenge bei der Zentralbank zu hinterlegen. Dadurch soll die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken beeinflusst werden. Dieses hat Auswirkungen auf die Zinsen auf den Kapitalmärkten und damit auf Nachfrage und Preise auf den Gütermärkten.

Aufgabe 13

Vollbeschäftigung bedeutet, dass es keine Arbeitslosigkeit gibt. Dieser Zustand wird in einer Volkswirtschaft aber nicht komplett erreicht werden können, da es durch den laufenden Strukturwandel, durch Unternehmenskonkurse, durch freiwillige Arbeitslosigkeit oder durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit, z.B. wegen Krankheit, immer eine gewisse Zahl an Arbeitslosen geben wird. Von Vollbeschäftigung wird deshalb schon bei Arbeitslosenquoten von ca. 1,5 % bis 2,5 % gesprochen.

Überbeschäftigung in einer Volkswirtschaft liegt vor, wenn die Unternehmen ihren Arbeitskräftebedarf nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt decken können. Die Folge werden stark steigende Löhne sein, die viele Unternehmen überfordern können. Die Folge von Überbeschäftigung kann also ein Konjunkturabschwung mit anschließender hoher Arbeitslosigkeit sein. Überbeschäftigung kann es auch in einzelnen Wirtschaftsbereichen (z.B. der Computerindustrie) geben, während es insgesamt eine hohe Arbeitslosenquote gibt.

6 Europäische Union

Aufgabe 1.1

„Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig. In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkung besser auf Gemeinschaftsebene bzw. Unions-ebene erreicht werden können. Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.“

Aufgabe 1.2

In der Europäischen Gemeinschaft haben sich damals souveräne Staaten mit dem Ziel zusammengefunden, gemeinsam in Europa den Frieden zu sichern und Wirtschaft und Wohlstand zu stärken. Sie haben dabei Souveränitätsrechte abgegeben und auf die EG übertragen. Dieses führte zu einer Verunsicherung in den Mitgliedstaaten, insbesondere in den Regionen: „Sind wir überhaupt noch souveräne Staaten oder nur noch Bundesländer der EG? Wie kann die EG wissen, was gut für unsere Region ist? Wir machen hier schon seit x Jahren Politik und können die Bedürfnisse der Menschen hier viel besser einschätzen.“ Das Subsidiaritätsprinzip sorgt dafür, dass die Macht der EG in den Bereichen, die natürlicherweise von den Mitgliedsstaaten oder Regionen besser zu regeln sind, nicht zu groß wird.

Aufgabe 2.1

Erste Säule - Europäische Gemeinschaften

- EG: Zollunion, Binnenmarkt, Agrarpolitik, Strukturpolitik, Handelspolitik, Unionsbürgerschaft, Bildung und Kultur, Transeuropäische Netze, Verbraucherschutz, Gesundheitswesen, Forschung und Umwelt, Sozialpolitik, Asylpolitik, Außengrenzen, Einwanderungspolitik
- Euratom (EAG)
- Montanunion (EGKS)

Zweite Säule - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

- Außenpolitik: Kooperation, gemeinsame Standpunkte und Aktionen, Friedenserhaltung, Menschenrechte, Demokratie, Hilfe für Drittstaaten
- Sicherheitspolitik: die Sicherheit der EU betreffende Fragen, Abrüstung, wirtschaftliche Aspekte der Rüstung, langfristig: Europäische Sicherheitsordnung

Dritte Säule - Zusammenarbeit Innere Sicherheit und Justizpolitik

Justitielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen, Polizeiliche Zusammenarbeit, Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Kampf gegen Drogen- und Waffenhandel, Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Terrorismusbekämpfung, Straftaten gegenüber Kindern und Menschenhandel

Aufgabe 2.2

Die stärkste Säule ist die der Europäischen Gemeinschaften. Ihre Teile existieren zum großen Teil schon seit den 50er-Jahren und ihre Institutionen sind etabliert. Die Europäischen Gemeinschaften haben zudem weit reichende Rechtsetzungsbefugnisse.

Aufgabe 3

Der **freie Warenverkehr** war bereits durch die Zollunion vorbereitet worden, erfordert aber zusätzlich noch den Abbau von so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. Im Rahmen der erforderlichen Harmonisierung mussten gemeinsame Regeln geschaffen werden.

Der **freie Verkehr von Dienstleistungen** ermöglicht das Angebot von Dienstleistungen innerhalb der europäischen Grenzen, nicht mehr nur der Grenzen des Mitgliedsstaats.

Der **freie Personenverkehr** gibt Bürgern der Mitgliedstaaten das Recht, sich innerhalb der Grenzen der EU frei zu bewegen und auch niederzulassen und zu arbeiten. Der freie Personenverkehr hat allerdings auch zu Problemen in den Bereichen Innere Sicherheit, Drogenbekämpfung und Asylrecht geführt und erschwert die Verbrechensbekämpfung.

Der **freie Kapitalverkehr** führte zur Abschaffung von Devisenkontrollen und Mengengrenzungen für Kapitalströme innerhalb des Binnenmarktes.

Aufgabe 4

Die europäische Währungseinheit ECU entstand in Verbindung mit der Einführung des EWS. Ihr Wert wurde nach einem Währungskorb der Mitgliedswährungen festgelegt. Sie fungierte als Leitwährung, offizielles Verrechnungsmittel der EWS-Notenbanken, Recheneinheit für den Haushalt und die Statistik der EU und wurde teilweise auch bei privaten Geschäften verwendet (private ECU).

Der Euro wurde am 01.01.1999 eingeführt und ersetzte ab diesem Zeitpunkt den ECU 1:1. Er löste ab 01.01.2002 die nationalen Währungen ab. D-Mark, Lire, Gulden und die anderen Währungen der Mitgliedstaaten wurden am 01.07.2002 ungültig.

Aufgabe 5.1

Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Spanien, ab 2008 vor. auch Malta.

Aufgabe 5.2

Dänemark, Großbritannien und Schweden sind aus verschiedenen Gründen nicht dem Euro beigetreten: Dänemark und Großbritannien erfüllen die Kriterien, haben aber von ihrem Recht Gebrauch gemacht, trotzdem nicht beizutreten (opting-out-Klausel). In einem Referendum im September 2000 hat die Bevölkerung Dänemarks sich gegen den Beitritt entschieden. Schweden hatte sich auf Grund von Bedenken gegen den Euro nicht am EWS-Wechselkursverbund beteiligt und kann somit zurzeit nicht beitreten.

Aufgabe 6.1

Der Preisanstieg soll nicht mehr als 1,5 % über dem durchschnittlichen Preisanstieg der drei stabilsten EU-Länder liegen.

Das Haushaltsdefizit (jährliche Netto-Neuverschuldung des Staates) darf höchstens 3 %, die Staatsverschuldung (Summe der bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen öffentlichen Schulden) höchstens 60 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) betragen.

Der langfristige Zinssatz soll höchstens 2 % über dem durchschnittlichen Zinssatz der drei preisstabilsten Länder liegen.

Bei Beitrittskandidaten: Teilnahme am EWS-Wechselkursverbund seit mindestens zwei Jahren, ohne dass die betreffende Währung unter Abwertungsdruck geraten ist.

Aufgabe 6.2

Nein, die meisten Länder hatten nicht alle Konvergenzkriterien erfüllt. Luxemburg hatte die besten Voraussetzungen mit nur 6,7 Prozent Staatsverschuldung. Belgien und Italien lagen mit weit über 100 % nicht mehr im Rahmen, aber auch mehrere andere Länder hatten insbesondere bei der Staatsverschuldung Schwierigkeiten. Sie wurden aufgefordert, sich weiter um Erreichung der Grenzwerte zu bemühen.

Aufgabe 6.3

Dass es trotzdem zur Einführung des Euro zum vereinbarten Zeitpunkt kam, war eine rein politische Entscheidung. Nach Auffassung der Verantwortlichen waren die Voraussetzungen hinreichend erfüllt.